

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 1.80 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4.20 M. einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und 12 Pfg. Postgebühren für den Auslandabonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Eilendrucke für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Wohlfahrt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Wohlfahrt in die Vorkriegszeit“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag  
18. Oktober 1929  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die ständige Korrespondenz des Vorwärts, Kasselstr. 1 — Reichsmarkt, Kleine Angelgraben der städtischen Post 25 Wienig gültig mit beigebundenen Briefen, jedes weitere Wort 12 Wienig, Stellungnahme der ersten Wort 15 Wienig, jedes weitere Wort 10 Wienig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Wienig, Familienanzeigen 30 bis 40 Wienig, Anzeigenannahme im Hauptpostamt, Lindenstr. 1, nachmittags von 2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 202—207, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37556. — Bankkonto: Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamten, Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Debesstr. 10.

# Die Republik macht ernst.

## Regierungsrat vom Dienst suspendiert. — Disziplinarverfahren eingeleitet.

Regierungsrat Bierbach bei der Regierung in Düsseldorf ist — wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt — vom Amte suspendiert worden, weil er einen von Gemeinheitsen stehenden Aufruf zur Teilnahme an dem Volksbegehren unterzeichnet hat. Das Disziplinarverfahren gegen Bierbach ist bereits eingeleitet worden.

Die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten im Landtag über die Auffassung des preussischen Kabinetts hinsichtlich der Teilnahme der Beamten am Volksbegehren und die Stellungnahme des Reichsinnenministers zu dieser Frage sind vom preussischen Innenminister inzwischen allen nachgeordneten Behörden nochmals schriftlich übermittelt worden. Der preussische Innenminister hat gleichzeitig gebeten, die Erklärungen allen Staats- und Gemeindebeamten zur Kenntnis zu bringen und alle Beamten, die gegen die Auffassung der Reichs- und preussischen Regierung handeln, zu melden.

Die übrigen preussischen Minister werden ähnlich verfahren und die ihnen nachgeordneten Behörden ebenfalls zur Weidung der pflichtwidrigen Beamten auffordern.

### Die richtige Antwort.

Der Reichsausschuss für das Inflationsbegehren hat auch am Donnerstag wieder ein halbes Duzend Erklärungen herausgegeben und, wie in den vorausgegangenen Tagen, Briefe an die Ministerien gerichtet. Die Briefe sind zum Teil eines derart unverschämten Inhalts, daß sich der Reichsminister des Innern zu folgender Antwort gezwungen sieht.

„Am übrigen lehne ich es ab, weiterhin auf Eingaben von Ihrer Seite zu antworten, soweit deren überheblicher Ton der im Geschäftsverkehr mit Behörden üblichen Bescheidenheit sachlicher Erörterung widerspricht.“

Das ist der richtige Ton im Umgang mit Volkshäuten.

### Der Aachener Regierungspräsident über Volksbegehren und Beamtenpflicht.

Aachen, 17. Oktober.

In einer Besprechung mit den Landräten und den Oberbürgermeistern des Regierungsbezirks wies Regierungspräsident Stiller auf die wirtschaftliche Notlage hin, unter deren Aus-

nutzung die radikale Opposition gedeihe und die Verheerung ihre Früchte zeitige. Was die radikale Opposition in den letzten Monaten an Beschimpfungen und Beleidigungen des Staats und seiner führenden Männer geleistet habe, sei kaum noch zu überbieten. So werde es von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes lebhaft begrüßt, daß Reichs- und Staatsregierung den Kampf mit den radikalen Elementen aufnahmen. Das Volksbegehren sei ein Ausfluß des Kampfes gegen den Staat und es sei nicht nur Aufgabe, sondern auch Pflicht der leitenden Beamten, daß sie die Regierung in diesem Kampfe unterstützen. Die Zeit sei vorbei, wo sich ein Beamter während der Dienststunden „auf den Boden der Laubbäume“ stelle und nach Dienstschluß gegen den Staat und seine Symbole agitieren und hege. Die staatsbürgerlichen Freiheiten müßten eine Grenze im Treueverhältnis zum Staat und im Dienste finden. Deshalb gehöre ein Beamter, der sich beim Volksbegehren aktiv gegen den Staat betätige, nicht in den Dienst des Reiches, des Staates oder der Kommune. Für das Rheinsland stehe beim Volksbegehren seine Freiheit auf dem Spiele. Die Rheinländer dürften nicht daran, eine Katastrophenspolitik mitzumachen.

### Gegen die Hafenzustellung.

#### Auflösung einer nationalsozialistischen Versammlung.

Freiburg i. Br., 17. Oktober.

Gestern Abend wurde eine nationalsozialistische Versammlung polizeilich aufgelöst, da sich der Redner, Reichstagsabgeordneter Dreher, in maßlos beschimpfenden und aufreizenden Äußerungen gegen den Staat und einzelne Bevölkerungsklassen erging. Der Redner und der Versammlungsleiter wurden kurze Zeit von der Polizei festgehalten, um eine Weiterführung der Versammlung in einem anderen Lokal zu verhindern. Die zu der Versammlung einladenden Handzettel waren auf Antrag der Polizeibehörde wegen ihres aufreizenden Inhalts vom Amtsgericht Freiburg i. Br. vorher beschlagnahmt worden.

### Hafenzustellung verhaftet.

München, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

In Koburg wurde laut Mitteilung des „Völkischen Beobachters“ der nationalsozialistische Lehrer Dietrich, früher Reichstagsabgeordneter und verantwortlicher Redakteur eines Revolverblatts der Hafenzustellung, von auswärtigen Kriminalbeamten verhaftet und abtransportiert. Ueber die Gründe der Verhaftung ist Näheres nicht bekannt.

## Landtagsdebatte beendet.

### Abstimmung über das deutsch-nationale Mißtrauensvotum am Mittwoch.

Der Landtag beendete gestern die Beratung über die deutsch-nationalen Agitationsanträge.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion Eng-Barmen legte dem Hause eine Fülle von Beweismaterial vor, aus dem hervorging, daß die Stahlhelmorganisation zweifellos auf dem Grundsatze der Gewalt gegen die Republik aufgebaut ist.

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum findet am nächsten Mittwoch statt. Der von den Deutsch-nationalen und der Wirtschaftspartei beantragte Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der politischen Seite der Klare Angelegenheit wurde dem Vorschlag des Aeltestenrats entsprechend auf 29 Mitglieder festgesetzt.

### Der Kurs der Volkspartei.

#### Die Rechtsströme am Werk.

Am 4. November tritt in Berlin der Industrie- und Handelsausschuß der Deutschen Volkspartei zusammen. Während der vorkonferenzliche Parteitag und andere schon seit Monaten anberaumte Tagungen der Deutschen Volkspartei mit Rücksicht auf den Tod ihres Führers abgelehnt wurden, konnte der Industrie- und Handelsausschuß gewissen Persönlichkeiten nicht schnell genug zusammenberufen werden: ein charakteristisches Vorzeichen für die künftige politische Orientierung der Volkspartei und ihrer Reichstagsfraktion. Starke reaktionäre Kräfte sind hier am Werk, um das Steuer scharf nach rechts zu richten. Die bevorstehende Tagung des Industrie- und Handelsausschusses hat den Zweck, diese Bestrebungen zu unterstützen und vor allem auch auf den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs bestimmenden Einfluß auszuüben. In welcher Richtung — das kann nach den letzten schweren

Auseinandersetzungen der Koalitionsparteien des Reichstags mit der Fraktion der Volkspartei über die Arbeitslosenversicherung nicht zweifelhaft sein.

Innenpolitisch werden wir deshalb wahrscheinlich in eine Zeit fortgesetzter Krisen hineinsteuern.

## Sanierung des englischen Bergbaues.

### Arbeitszeit ab 1. Januar 7 1/2 Stunden.

London, 17. Oktober.

Die Regierung hat ein Programm aufgestellt, das in der Hauptsache folgt:

Die Grubenbesitzer haben ein Verkaufssystem ausgearbeitet und der Regierung vorgelegt, das nach der Zustimmung durch die Vertreter der Verbraucher und die Bergarbeiter im Januar 1930 eingeführt werden soll.

In der Frage der Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit ist man übereingekommen, die Arbeitszeit zunächst auf 7 1/2 Stunden ab 1. Januar herabzusetzen, da nach Ansicht der Regierung eine Herabsetzung um eine volle Stunde schwere Folgen für die englische Bergwerksindustrie nach sich ziehen würde. Da die 7 1/2stündige Arbeitszeit die Zeit der Ein- und Ausfahrt nicht umfaßt, soll es der Bergarbeiterorganisation freistehen, sich für die achtstündige Arbeitszeit einschließlich der Ein- und Ausfahrt zu entscheiden.

Die jetzt bestehenden Lohnsätze sollen trotz der verkürzten Arbeitszeit in Kraft bleiben. Die Löhne der Stückerbeiter sollen um 6 Proz. erhöht werden.

Von der Regierung werden Schritte unternommen, um den Abschluß eines nationalen Lohnabkommens zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitergewerkschaften zu ermöglichen.

In der Frage der Unterstützung älterer Bergarbeiter wird die Regierung das Pensionswesen weiter ausbauen und später ein Gesetz einbringen, in dem ein Mindestlohn für Bergarbeiter festgesetzt werden soll.

## Kommunale Finanzpolitik.

Von Bruno Asch, Stadtkämmerer in Frankfurt a. M.

Die deutschen Gemeinden befinden sich in schwerer finanzieller Not. Die ungünstige Wirtschaftslage schmälert ihre Einnahmen, aber sie führt gleichzeitig zu ständiger erheblicher Steigerung ihrer Ausgaben. Die Budgets der Wohlfahrtsämter nehmen einen immer bedeutsameren Platz im gemeindlichen Haushalt ein. Die langwährende Arbeitslosigkeit führt zur Aussteuerung zahlloser erwerbsfähiger Arbeitslosen, die von der Versicherung zum städtischen Wohlfahrtsamt hinüberströmen. Die Ziffer dieser Erwerbslosen steigt von Monat zu Monat. In einzelnen Orten übersteigt sie bereits die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung betreuten Personen. Damit entstehen für die Gemeinden nicht nur schwere organisatorische Probleme, sondern natürlich auch finanzielle Fragen allerersten Ordnung. Es handelt sich um Mehraufwendungen, die in den Großstädten Millionensummen erreichen und deren Deckung ohne die Zuführung neuer Mittel unmöglich ist.

Droht die Flut der sozialpolitischen Erfordernisse jeden noch so sorgfältig aufgestellten Voranschlag unzuwerfen, so bereitet uns das Problem der großstädtischen Verkehrsverhältnisse kaum geringere finanzielle Sorgen. Die Automobilmotoren des Verkehrs erfordert nicht nur umfangreiche Straßeneubauten, wenn es nicht zu schweren Hemmungen des örtlichen Verkehrs- und Wirtschaftslebens kommen soll, sondern vor allem auch kostspielige Straßverbesserungen. Der Zustand der Straßen ist zumeist höchst unzulänglich für den Verkehrsstrom, den sie aufnehmen sollen. Der Bestand der angrenzenden Häuser wird in vielen Städten geradezu gefährdet, wenn nicht durch neue erschütterungsfreie Straßendecken Wandel geschaffen wird.

Die Lage des Kapitalmarktes ist seit Jahr und Tag schwierig. Die Beschaffung der für die dringlichsten Aufgaben erforderlichen Mittel ist kaum möglich, die Verlängerung der bestehenden kurzfristigen Verbindlichkeiten macht überall Sorge. Für das Budget aber wirken sich bei dauernd steigenden Zinssätzen für kurz- und langfristiges Geld die Mehrbelastungen am Kapitaldienst bedenklich aus. Auch hier unvorhergesehene Mehraufwendungen, die den Staat in vielen Gemeinden gefährden.

Greift man aus der Fülle gegenwärtiger kommunaler Finanzsorgen einiges heraus, so gewinnt auch der Außenstehende ein Bild unserer Lage. Die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde sind notwendigerweise der Punkt, von dem aus das kommunale Leben in allen seinen Teilen entscheidend bestimmt wird. Die kommunale Finanzpolitik wird damit zum Kern der gesamten Gemeindepolitik.

Die Arbeiterklasse hat ein besonderes stärkstes Interesse an der Entwicklung der örtlichen Gemeinwesen, insbesondere der großen Städte. Ihre Lebensbedürfnisse auf den verschiedensten Gebieten — Mutterchutz, Kinderpflege, Schulwesen, Gesundheitsfürsorge, Verkehrsverhältnisse und vieles andere — können nur von der Gemeinde zweckmäßig befriedigt werden. Ihr ist es nicht möglich, angemessene Lebensbedingungen in der Stadt zu erreichen, sofern diese nicht durch die örtliche Gemeinschaft kollektiv gesichert werden.

Die Erschütterung der kommunalen Finanzkraft, die in diesem Jahre sich bereits in ihren Wirkungen deutlich zeigt und zweifellos in der allernächsten Zukunft noch stärker in Erscheinung treten wird, berührt daher die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung in entscheidendster Weise. Es darf keine Unklarheit darüber gelassen werden, daß wir vor Rückschritten und Störungen der kommunalen Sozial- und Kulturpolitik stehen, die tiefgreifende Folgen für Wohl und Aufstieg der Arbeiterklasse haben werden, wenn es nicht gelingt, bei der Neuordnung des Finanzausgleichs wesentlich günstigere Beteiligungsverhältnisse am Gesamteinkommen für die Gemeinden durchzusetzen als bisher.

Man hat in den letzten Jahren die Signale, die hier und dort aufstauten und den Ernst der Lage kennzeichneten, nicht beachtet, sondern sich gern, an vereinzelte Mißstände an einzelnen Orten anknüpfend, gegen die Gemeindefinanzwirtschaft gewandt. Die Warnungszeichen, die jetzt kommen und deren Dringlichkeit kein Verantwortlicher übersehen sollte, zwingen zur Stellungnahme. Insbesondere zur Stellungnahme der sozialdemokratischen Vertreter in Reich und Land, die sich darüber klar sein müssen, daß kleine Mittel, wie man sie durch Lastenverschiebung zwischen den Gemeinden angewandt hat, keine wirksame Hilfe bringen können. Man hat den Kommunen die bedeutsamsten Aufgaben auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge zugewiesen, aber man enthält ihnen gleichzeitig die notwendigen Mittel vor, um diese Pflichten zu erfüllen.

Die Steigerung der Realsteuern und der Werttarife, die in den letzten Jahren ein überaus unerfreuliches Mittel der kommunalen Finanzverwaltung zum Haushaltsausgleich gewesen ist, ist wirtschaftlich kaum noch vertretbar und politisch fast überall undurchführbar. Hier kann nur im Rahmen einer grundlegenden Reform geholfen werden, die einerseits

den Gemeinden einen angemessenen Anteil an den großen Reichs- und Landessteuern gewährleistet, ihnen aber auf der anderen Seite auch für die autonome örtliche Besteuerung eine Bewegungsmöglichkeit gibt, die im Interesse der Sicherung kommunaler Selbstverantwortung nicht länger entbehrt werden kann.

## Die versteinerte Opposition.

Eine Rede des Prälaten Raas.

In Dortmund hat der Führer des Zentrums, Prälat Raas, am Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung eine politische Rede gehalten, die den Anspruch erhebt, gehört zu werden.

Raas bedauert die innere Schwäche der gegenwärtigen Reichsregierung, die nach seiner Ansicht an dem Mangel einer engeren Bindung der beteiligten Parteien krankt und die infolgedessen nicht die notwendige Führerenergie aufbringe, zu der sie verpflichtet sei. Alle beteiligten Parteien, vor allem die Sozialdemokratie (!) müßten den Mut zur Unpopularität in höherem Maße aufbringen als bisher. Im Anschluß an diese Mahnung fährt Raas fort:

Das Unbefriedigende dieses Zustandes wird verstärkt durch die Haltung der sogenannten nationalen Opposition und durch die Versteinernung, in die diese politische Gruppe durch den „Kurs Hugenberg“ geraten ist. Dadurch, daß hier sowohl wie im Außenpolitischen ein Programm gegeben wurde, das in absehbarer Zeit auf keinerlei Verwirklichung rechnen kann, eine Außenpolitik, die gleichbedeutend ist mit einem Sprung entweder in das Nichts, oder in das Chaos, und daß man dieser Gruppe eine Zielsetzung gibt, die vielfach eine Delformation darstellt, oder kein sachliches Ernstprogramm, hat man die koalitionspolitischen Möglichkeiten des deutschen Parlaments in unnatürlicher Weise verändert und verflüchtigt. Dadurch erhielt die Sozialdemokratie in der heutigen Koalition eine Machtposition, die im Interesse eines ausgeglichener politischen Arbeitens nur bedauert (!) werden kann.

Wie anders würden sich die Dinge gestalten, wenn die Rechtsopposition in dieser nun einmal vorhandenen und als historisches Entwicklungsergebnis zu betrachtenden Staatsform wertvolle Kräfte konservativen und christlichen Denkens einziehen würde gegen das forcierte und unorganische Entwicklungstempo, wie es vielen sozialdemokratischen Betreibern des republikanischen Gedankens vorzuziehen.

Trotz dieser stillen Liebe zu den „Kräften konservativen und christlichen Denkens“ muß Raas sich doch in aller Schärfe gegen das sogenannte Volksbegehren wenden, von dem er sagt, daß es eine Gefahr nicht zu ertragen sei. Besonders Hugenbergs Redensart, daß „jeder bereit sein müsse, zum Proletariat zu werden“, beantwortet er mit der Frage, wie hoch wohl im Kreise Hugenbergs die Gefahr der Proletarisierung im Ernstfalle eingeschätzt würde! Raas hält ein Weiterstreben der Verständigungsarbeit nach außen für notwendig, aber daraus ergebe sich zunächst die Pflicht, im Innern finanzielle Ordnung zu schaffen. Dabei dürften die sozialen Gemeinschaftspflichten nicht vernachlässigt werden, aber auch die Arbeiter müßten daran denken, die Sozialversicherung so zu gestalten, daß sie ihrem ethischen Zweck und der wirtschaftlichen Kraft des ganzen Volkes angepaßt ist.

Das ist oratorisch gesprochen. Aber die Zentrumsarbeit, die die vorhergehenden Sätze über den Zwang zur Unpopularität gehört haben, werden den Sinn der Worte sofort verstanden, nämlich ihn in Verbindung mit der Arbeitslosenversicherung gebracht haben. Und das war wohl auch der Zweck der Uebung.

## Gaubere Berichterstattungsmethoden.

Otto Brauns „neueste Niederlage“.

Daß die wirtschaftlichen Ausführungen in der Festrede des preussischen Ministerpräsidenten Otto Brauns am Mittwoch abend vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller den eigentlichen Reaktionen von Hugenberg nicht gefallen würden, war vorauszu sehen und ist für ihn nur eine Ehre. Daß aber die fortwährenden, klärenden Elemente unter den Kaufleuten und Industriellen für den Standpunkt des heutigen demokratischen Staates in seinem Verhältnis zur Wirtschaft durchaus Verständnis haben, das konnte jeder Rundfunkhörer aus dem spontanen und lebhaften Beifall entnehmen, der diese Rede wiederholt unterbrach und namentlich am Schluß besonders stark zu hören war.

Die deutsch-nationale Presse, voran die Süddeutsche Hugenbergs, läßt aber ihren Lesern nicht nur vor, daß der Beifall sehr matt war, sondern sie unterstellt sogar den Festgästen ein fleißiges Verhalten, indem sie von einem starken Zischen erzählt, das am Schluß der Rede zu vernehmen gewesen wäre.

„Schmähliche Abfuhr für Brauns! Die neueste Niederlage des preussischen Ministerpräsidenten“, so lautet die Vorkampfschreie des Hugenbergschen Nachgeschwärs. In seinem Bericht schreibt dieses berüchtigte Ständebild:

„Die Niederlage, die der preussische Ministerpräsident auf sich nehmen mußte, hatte aber ihren Ausdruck in einer außerordentlich gut abgemessenen und ganz heroischen Rede des Präsidenten des Vereins, Alexander Hirsch, der die parteipolitische Neutralität des Vereines gegenüber den zarten Andeutungen des preussischen Ministerpräsidenten für eine Propaganda gegen das Volksbegehren hervorhob.“

Es folgen nun einige Stellen über die Rede von Hirsch, aus der man eine schroffe Gegnerschaft der von ihm vertretenen Wirtschaftskreise gegen die Auffassungen Brauns herauslesen könnte. Was in diesem Bericht freilich nicht steht, das ist in dem Bericht anständiger Blätter zu lesen. Danach führte Herr Hirsch aus:

„Der Verein habe nicht einen Mann der Wirtschaft, sondern den preussischen Ministerpräsidenten gebeten, die Festrede zu übernehmen, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die Wirtschaft allen Grund habe, diesem Mann, der schon 10 Jahre an der Spitze der preussischen Regierung stehe, für seine tollkühne Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes zu danken. Es werde der Verbesserung der öffentlichen Sitten unseres Landes nicht im Wege stehen, wenn wir den Männern, die die Staatsgeschäfte unter Hintanhaltung ihrer persönlichen Interessen, ihrer Gesundheit und mitunter auch ihres Lebens führen, auch einmal öffentlich Dank sagen.“

Was der „Verbesserung der öffentlichen Sitten unseres Landes“ im Wege steht, das sind die Methoden der Lüge und der Fälschung, die von der Hugenberg-Presse angewendet werden und die mir in diesem neuen, trassen Fall niedriger hängen.

Bei der Waffenstillstandsfeier in London am 11. November wird auf Verlangen der Arbeiterregierung die Zahl der teilnehmenden Soldaten, Matrosen und Flieger stark herabgesetzt, um den zirkel Charakter der Feier zu betonen.

# Reaktion in Lettland.

## Eintägiger Generalstreik unter sozialdemokratischer Führung.

Riga, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Die lettische Regierung hat den Krankenkassen auf dem Verordnungswege ihre bisherige Selbstverwaltung genommen. Die lettische Sozialdemokratie wird diesen Streich am Freitag mit einem Generalstreik beantwortet.

Die Absicht der lettischen Regierung steht im Widerspruch zu einem Beschluß des Internationalen Krankenkassen-Kongresses in Zürich, auf dem eine Entschliessung für die Selbstverwaltung aller Krankenkassen verabschiedet wurde. Im übrigen ist der Entschluß des lettischen Kabinetts auch mit der Verfassung nicht vereinbar.

## Ein Telegramm an die SMJ.

Zürich, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Sekretariat der Arbeiterinternationale erhielt aus Riga von der lettischen Sozialdemokratie folgendes Telegramm:

„Im Widerspruch zur Verfassung hat die Regierung Lettlands einige Tage vor Eröffnung der Parlamentsession ein Notgesetz erlassen, das den Krankenkassen die Selbstverwaltung raubt und ihnen die Hälfte der bisherigen Zuschüsse entzieht. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben gegen diesen Rechtsbruch den schärfsten Protest erhoben und organisiert für den 18. Oktober einen eintägigen Generalstreik.“

## Kampfmaßnahmen der Regierung.

Riga, 17. Oktober.

Die Regierung hat alle Maßnahmen ergriffen, um Ruhestörungen während des eintägigen Generalstreiks, der am Freitag um 0 Uhr beginnt, zu verhindern. Der Innenminister hat nicht nur alle Kundgebungen, Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel, sondern auch in geschlossenen Räumen (!) verboten, da bekannt geworden ist, daß die Kommunisten Ruhestörungen planten. Die Generaldirektion der Eisenbahn hat alle Beamte und Arbeiter angewiesen, Dienst zu tun, widrigenfalls ihnen die Entlassung drohe. Durch den Generalstreik werden auch die Zeitungen teilweise am Erscheinen verhindert sein. Die Regierung hat dafür Sorge getragen, daß die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben nicht unterbrochen wird.

## Ein sozialdemokratisches Volksbegehren

Ueber die allgemeine politische Lage in Lettland, die sich in letzter Zeit zuspitzt hat, unterrichtet eine uns kürzlich vom Abg. Genossen Bruno Kalnin-Riga zugegangene Zuschrift:

Zum zweitenmal sieht sich die lettische Sozialdemokratie gezwungen, im Kampf gegen das vereintigte Bürgertum zum Volksbegehren zu greifen. Das erstemal war es 1925, als die bürgerlichen Parteien die Absicht hatten, die radikalste Agrarreform durch hohe Entschädigung an die ehemaligen Gutsherren zu erschüttern. Es gelang damals der Sozialdemokratie, die nötige Stimmenzahl im ersten Gang des Volksbegehrens zu erreichen und damit den Antrag dem Parlament zur Beratung zu übergeben. Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien hatte keine Lust, sich in dieser heißen Frage vor den Augen der breiten Volksmassen zu entscheiden, und so beschloß das Parlament, den baltischen Baronen keine Entschädigung zu bezahlen. Die Sozialdemokratie hatte gesiegt.

Lettland befindet sich jetzt in einer ähnlichen Situation. Zehn Jahre nach dem national-revolutionären Befreiungskrieg 1919 bis 1920, der damals hauptsächlich gegen die Truppe des baltischen Adels — die „Baltische Landeswehr“ — und die Baltikum-Buschisten aus Deutschland geführt wurde, hat die lettische Bourgeoisie sich

mit der baltisch-deutschen Reaktion ausgeöhnt.

In der jetzigen Bürgerblockregierung sitzt als Justizminister der deutschbürgerliche Rechtsanwalt Berend. Die Deutschbürgerlichen haben im Bürgerblock erreicht, daß die Regierung eine Verfügung erlassen hat, laut welcher die Landeswehrleute von 1919 das Vorrrecht bekommen, zusammen mit den Teilnehmern an der Revolution von 1905 und den Soldaten des republikanischen Heeres von 1919 bis 1920 beim Verteilen von Land in die erste Kategorie eingereiht zu werden. Die Republik gibt also Vorrrechte, erteilt besondere Geschenke an Leute, die nicht nur immer Gegner der Republik waren, sondern die 1905 an der Spitze von zaristischen Strafexpeditionen die Revolution in Lettland blutig unterdrückten, und die 1919 unter Führung des reichsdeutschen Reaktionärs v. d. Golz gegen die Republik gekämpft haben! Das lettische Volk, ganz besonders aber die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie, hat in den schicksalsschweren Stunden des Landes gerade von dieser Barontruppe und ihren Vorgängern am meisten gelitten.

## 4000 erschossene Arbeiter und Bauern.

republikanische Soldaten und Offiziere, die 1919 in Riga, in Kurland und in Livland gefallen sind, haben die Landeswehrleute auf dem Gewissen.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß der Erlaß der Regierung wie ein Hohn auf die gefallenen Freiheitskämpfer Klang und höchste Empörung in den Arbeitermassen hervorrief. Die Sozialdemokratie versuchte zuerst den Regierungserlaß im Parlament zu Fall zu bringen. Als dieses nicht gelang, griff sie zum Volksentscheid. Es begann eine sehr lebhaft politische Agitation: an drei Sonntagen fanden in unserem kleinen Lande mehr als 500 Versammlungen statt. In der Agitation wurde unsere Partei sehr aktiv durch den Verband ehemaliger republikanischer Krieger unterstützt. Anfang September wurde festgestellt, daß der sozialdemokratische Volksentscheidsantrag 208 000 Stimmen erhalten hat, d. h. zweimal so viel wie es im ersten Gang des Volksbegehrens nötig war (man muß im ersten Gang ein Zehntel aller Wählerzahl erreichen, also wie in Deutschland), um die Frage einer nochmaligen Beratung im Parlament vorzulegen.

Jetzt hat das am 22. Oktober zusammengetretene Parlament das Wort. Die verschiedenen Gruppen des bürgerlichen Zentrums werden Farbe bekennen müssen, ob sie in dieser, das ganze Volk aufwühlende Frage

mit der deutsch-lettischen Reaktion oder mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache machen

wollen. Entscheiden sie sich für das erste, dann kommt der sozialdemokratische Antrag zum zweiten Gang des Volksentscheides, an

welchem sich mindestens 50 Proz. der Wähler, d. h. 500 000 beteiligen müssen, um dem Entschluß die Gültigkeit zu geben. Geht das bürgerliche Zentrum mit der Sozialdemokratie, dann zerfällt die Koalition und wird die jetzige Bürgerblockregierung Selmin-Bolmin zurücktreten müssen.

Man hat von deutschbürgerlicher Seite im Ausland verschiedentlich versucht, die Haltung der lettischen Sozialdemokratie in der Landeswehrfrage als eine nationalistische zu verdächtigen. Diese Beschuldigungen muß man auf das entschiedenste zurückweisen. Die lettische Partei hat sich immer zu einer konsequent internationalistischen Politik bekannt, hat diese auch während des Weltkrieges in äußerst ungünstigen Umständen fortgeführt und hat am meisten dazu beigetragen, daß die junge lettische Republik im heutigen Europa als ein Musterbeispiel richtig gelöster Minoritätenfrage dasteht. Gerade die Sozialdemokratie war es, die in den letzten fünf Jahren den nationalistischen Faschismus bekämpft und auch zu Fall gebracht hat. Im Kampf um die Minoritätenrechte haben auch die Deutschbürgerlichen stets die Unterstützung der Sozialdemokratie gesucht und gefunden.

Die Landeswehrfrage ist nun keine nationale, sondern eine rein politische Frage. Zur Landeswehr gehörten nicht nur deutsche Adlige und Bürgerjöhns, sondern auch lettische Rekonstruktion. Die Landeswehr war die Truppe der internationalen Reaktion in Lettland. Gegen sie kämpften die Arbeiter und Republikaner 1919; jetzt muß, zehn Jahre später, die Sozialdemokratie noch einmal gegen die beschlossene Bevorzugung auftreten. Unsere Partei führt diesen Kampf als eine wahrhaftig internationale proletarische Partei, denn sie zählt neben lettischen Parteiorganisationen auch Sektionen deutscher, russischer, polnischer und jüdischer Sozialdemokraten. Diese nationalen Sektionen der Partei haben die Aktion gegen die Landeswehr vollkommen gebilligt und unterstützt.

Die deutschen und lettischen Sozialdemokraten Lettlands halten in der Landeswehrfrage eine und dieselbe Auffassung.

Die Sozialdemokraten und Republikaner in Deutschland sollten noch ganz anders daran erinnert werden, daß die Landeswehr eine Truppe gewesen ist, welche zusammen mit reichsdeutschen Monarchisten und sogar unter ihrer Führung gekämpft hat. Ein General von der Galt war der damalige Oberbefehlshaber. Die deutsch-nationalen Majore Fletcher und Blichow waren die militärischen Führer der Landeswehr. Koffach und seine Baltikumer haben zusammen mit der Landeswehr in Lettland gehaust. Der jetzt in Oesterreich berüchtigte Major Babst ist auch zusammen mit anderen reichsdeutschen Butschisten in Lettland gewesen. Es sind dieselben Leute, die, nachdem sie bei Wenden und Riga von den Republikanern Lettlands geschlagen wurden, nach Deutschland zurückkehrten, um dort den Kapp-Putsch und andere Aufstände gegen die Republik zu versuchen. Am 22. Mai 1920 ein Landeswehrdenkmal in Riga enthüllt wurde, da kamen viele Stahlhelmeute nach Lettland, die 1919 zusammen mit der Landeswehr gegen die lettische Republik gekämpft hatten. Jetzt führen dieselben Leute den Kampf gegen die deutsche Republik weiter.

Wenn trotzdem die ganze deutschbürgerliche Fraktion samt ihrer übercolen Dr. Schiemann-Gruppe die baltische Landeswehr vereidigt, so ist das nur wiederum ein klarer Beweis, daß die Politik der Deutschbürgerlichen in den baltischen Republiken noch immer unter starkem Einfluß des reaktionären Adels steht. Die Deutschbürgerlichen haben überhaupt in der letzten Zeit eine

## Überaus krankte Rolle

in der lettischen Politik gespielt. Sie sind durch Die und Dürm mit dem lettischen Bauernbund und den faschistischen Nationalisten gegangen. Als vor kurzem die Sozialdemokratie das Parlament zur außerordentlichen Session einberufen hatte, da haben die deutschbürgerlichen den lettischen Reaktionären förmliche sozialdemokratische Interpellationen abzugeben. Dadurch gaben sie die Möglichkeit, einem nationalistischen Kriegeminister die Heeresverwaltung im Sinne der Reaktion zu reorganisieren und mehrere demokratische Offiziere aus dem Heere zu entfernen. Die Krankenkassen sind bedroht! Diese Antündigung ist nun durch die gestern eingetretene telegraphische Meldung bestätigt: Red. d. „B.“, man will ihnen die Hälfte der Staatszuschüsse wegnehmen und Vertreter der Unternehmer in die Verwaltungsorgane einführen. Die korrupte Kreditpolitik der Regierung, die große Summen Staatsgelder von halbbankrotten Banken des Bauernbundes nicht zurückfordert, wurde aufgegeben. Die Deutschbürgerlichen, unter Führung von Baron W. Girds und Dr. B. Schiemann, sind die treuesten Schleppeuträger der lettischen Reaktion geworden.

Die Sozialdemokratie Lettlands wird ihren Kampf gegen die im Bürgerblock vereinigte lettisch-deutsche Reaktion weiterführen, fern von jedem Nationalismus, aber gestützt auf die Folgerungen geschichtlicher Vergangenheit und der jetzigen politischen Situation.

## Zweierlei Maß bei Hugenberg.

Die nationale Beschwerdestelle.

Im „Log“ vom 13. Oktober 1929 ist zu lesen, daß in Berlin eine besondere Stelle eingerichtet worden ist, die die Aufgabe hat, Anfragen des Publikums über das Volksbegehren zu beantworten und Beschwerden aller Art zu prüfen und in Verbindung mit dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren und den zuständigen Behörden zu erledigen.

Sieh, sieh! Wo eine Sammelstelle für Beschwerden. Gesehlich zulässig? Zweifellos, vgl. Reichsverfassung Artikel 126. Diese neue Beschwerdestelle ist eine Nachahmung der seit fünf Jahren bestehenden republikanischen Beschwerdestelle. Die republikanische Beschwerdestelle ist von jeder von der „nationalen“ Presse in der übelsten Weise beschimpft worden, größtenteils auch aus dem Grunde, weil sie Beschwerden von Einzelpersonen entgegennimmt und diese Beschwerden in eigenem Namen, nicht im Namen der Einzelpersonen — die bei Namensnennung in den meisten Fällen dem wüsten Terror der „nationalen“ Kreise ausgelegt sein würden — an die zuständige Amtsstelle weitergibt. Da bogel es gegenüber der republikanischen Beschwerdestelle in der „nationalen“ Presse nur so von Beschimpfungen, wie „Freiheit, Gemeinheit, Denunziantentum, Spießbüchse, Schmeichelei“ usw.

Jetzt wird auf genau derselben Grundlage, auf der die republikanische Beschwerdestelle beruht, eine „nationale“ Beschwerdestelle eingerichtet: sie nennt sich selbstverständlich „Volksbeschwerdestelle“. Bei dieser Beschwerdestelle ist nun natürlich von Freiheit, übem Denunziantentum usw. nicht die Rede. Alles ist in bester Ordnung.

# Auslandsanleihe und Monopol

Meldung über ein deutsches Telephonmonopol.

Aus Frankreich kommt eine kurze, aus besonderen Gründen von der deutschen Öffentlichkeit nicht zu übersehende Meldung. Die „Agence Economique et Financière“, die wichtigste französische Wirtschafts- und Finanzzeitschrift, meldet ohne nähere Angaben, daß eine englisch-amerikanische Bankengruppe dem Reich eine Anleihe angeboten hat mit dem Ansinnen, dieser Bankengruppe die Ausnutzung eines Telephonmonopols zu überlassen. Eine Nachprüfung dieser Meldung war uns nicht möglich.

Wir sind nicht geneigt, trotz der Ernsthaftigkeit der Quelle, diese Nachricht zu überschätzen. Aber folgendes ist zu bedenken: Vor wenigen Tagen ist unter der Führung der International Telephone and Telegraph Corporation und der AEG, ein Telephonbauverein gegründet worden, was zu der vielbesprochenen scharfen Kontroverse zwischen der AEG und Herrn C. F. von Siemens geführt hat. Wäre das genannte Angebot gemacht worden, so läme nach Kapitalkraft und Leistung für die Beherrschung eines deutschen Telephonmonopols nur die Gruppe der International Telephone and Telegraph Corporation in Frage. In Deutschland wäre ein Telephonmonopol nur möglich durch Herauslösung des Telephonbetriebes aus der öffentlichen Reichspost und durch dessen Privatisierung. Die Deutsche Reichspost ist der ausschlaggebende Kunde für die deutsche Schwachstromindustrie. Es ist anzusehen, daß die öffentliche Anleihe des Reiches und aller öffentlichen Betriebe in Deutschland nicht von der Hand zu weisen, daß die große hinter dem neuen deutschen Telephonbauverein zusammengestellte ausländische Kapitalmacht durchaus ernsthaft mit dem Gedanken spielen kann, die allgemeine öffentliche Kapitalnot zu einem Anleiheangebot an das Reich auszunutzen, deren Gegenleistung ein Telephonmonopol wäre. Diese Möglichkeit liegt um so näher, als der unbestrittene Privatisierungswille der organisierten Unternehmer Deutschlands die öffentliche Kapitalnot bemüht zu verstärken bemüht, um die öffentliche Wirtschaft zu erobern, und daß der Privatisierungswille des deutschen Privatkapitals durch die Verstärkung der öffentlichen Finanznot auch die Angriffskraft des ausländischen Kapitals auf die deutsche öffentliche Wirtschaft erhöht. Beweise liegen vor, daß das Auslandskapital, nachdem in früheren Jahren die besten und billigsten Anleihechancen Deutschlands durch die Politik der Beratungsstellen veräußert worden sind, heute Kapitalanlagen in Deutschland mit dem Ziel der Industriebeherrschung sucht. Herr Dr. Rehl hat in Düsseldorf gezeigt, daß das deutsche Bankkapital dazu den Weg zu weisen bereit ist.

So muß die Meldung der „Agence Economique et Financière“, auch wenn sie heute noch falsch wäre, in hohem Maße beunruhigend wirken! Es ist notwendig, daß die zuständigen öffentlichen Stellen klipp und klar erklären, ob sie von einem ähnlichen Angebot jemals gehört haben. Es ist weiter notwendig, daß Regierungen und Öffentlichkeit mit gespanntester Aufmerksamkeit besonders die Entwicklung in der Elektroindustrie und der öffentlichen Kraftversorgung verfolgen, denn hier drohen zunächst die ernstesten Gefahren. Es muß auch erwogen werden, inwieweit die wirtschaftspolitischen Konsequenzen des Kreuger-Angebots die Tendenzen zur Beschränkung der wirtschaftspolitischen Autonomie Deutschlands zu verstärken geeignet sind, besonders auf dem Gebiet der öffentlichen Wirtschaft.

## Die Liste der Inflationsfreunde.

Die gestrigen Einzeichnungen für das Hugenberg-Begehren.

Am Donnerstag zeichnen sich für das Hugenbergische Inflationsbegehren ein:

Verwaltungsbezirk Lietzgarten	1669	(am Mittwoch 1878)
Bedding	627	( „ 749)
Brenzlauer Berg	1035	( „ 1238)
Friedrichshain	720	( „ 814)
Kreuzberg	1562	( „ 1751)
Reutchen	605	( „ 690)

In diesen Bezirken sind die Eintragungen gegenüber dem Vortage erheblich zurückgegangen.

Der Pressedienst des Hugenberg-Ausschusses verbreitete gestern zur Stimmungsmache eine Meldung, daß das Ergebnis des ersten Einzeichnungstages sehr günstig sei. Soweit Zahlen aus dem Reich vorliegen, sind sie trügerisch. Es trugen sich ein: Hamburg 1650, Altona 256, Frankfurt a. M. 620, Leipzig 797.

## Das Stimmvieh.

In der Presse, die für das Inflationsbegehren agitiert, wird seit einigen Tagen dauernd Klage geführt über angebliche Sabotage dieser Aktion durch die Behörden, namentlich durch den Berliner Magistrat. In einer Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“ wird zunächst darüber Klage geführt, daß die Bekanntmachungen über die Eintragungstafeln zu hoch an den Sitzsäulen angebracht sind, so daß der kleine Druck nicht zu lesen sei.

Der zweite Punkt dieser Beschworde lautet:

Die Bekanntmachungen für das Volksbegehren sind oft über den Bekanntmachungen für die Kommunalwahl am 17. November 1929 angebracht, wodurch viele Leute die unklare Bekanntmachung nur lesen werden und dann nur die Wählerlisten einsehen und glauben, damit auch für das Volksbegehren ihre Pflicht getan zu haben.

Damit bestätigt die „Kreuz-Zeitung“, daß viele Leute, die man für eine hochpolitische Aktion einzuspannen hofft, die für das Schicksal Deutschlands entscheidend sein würde, auf einer so niedrigen geistigen Stufe stehen, daß sie die einfachsten Begriffe nicht voneinander unterscheiden können. Was mühten das für politische Analphabeten sein, die die Nachprüfung einer Wählerliste mit einer Eintragung für das Volksbegehren verwechseln?! Aber die Hugenberger unterstellen sogar vielen ihrer Anhänger dieses nicht zu überbietende Maß staatsbürgerlicher Idiotie.

Wie sind zu häßlich, um dieser Vermutung zu widersprechen, zumal die Drahtzieher des Volksbegehrens ihre eigenen Leute wohl am besten kennen. Sie haben seit jeher die eigenen Wähler nur als Stimmvieh betrachtet und genießen sich nicht, ihnen dies öffentlich zu bescheinigen.

## Schiebungsversuche der Hugenberger.

Amlich wird mitgeteilt: Es sind Bestrebungen im Gange, auf Gemeindebehörden in dem Sinne einzuwirken, daß sie Listen zum Volksbegehren amlich anerkennen, deren Eintragungen durch Umhertragen von Haus zu Haus zustande gekommen sind. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nur solche Listen Gültigkeit haben, die in der amtlich vorgeschriebenen Einzeichnungsstelle beschriebenen worden sind.

# Hugenbergs Volksbegehren startet . . .



Kopfslos und zwei lahme Beine — wenn das man gut geht!

# Beamte der Republik!

Wie sie ihren Dienst auffassen.

Wir erfahren aus dem Landgericht I Berlin:

Wie weit die Verblendung gemisser für das Volksbegehren agitierender Kreise geht, zeigt folgender Vorfall. Der Rechnungsrat R. des Berliner Landgerichts I konnte es nicht unterlassen, an der Hand eines öffentlichen Flugblattes in einer Geschäftsstelle dieses Landgerichts Hebrden zu führen und die Beamten zu versichern, daß sie sich durch Unterzeichnung des Volksbegehrens nicht strafbar machten, wobei dieser öffentliche Held Redebanden wie „jüdischer Terror“, „asiatische Schweinebande“ und „sozialdemokratische Verbrecher, die ins Zuchthaus gehörten“, in seine Agitationsrede einflacht. Hierfür wurde er zur Rede gestellt und angeht des ihm drohenden Disziplinarverfahrens, über dessen Ausgang auch er wohl nicht im Zweifel war, hielt er es doch für der Weisheit besseren Teil und entschloß sich, in derselben Geschäftsstelle in Anwesenheit der Beamten- und Betriebsvertretung, sich zu entschuldigen und alle getanen Ausführungen und Schimpfsreden mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.

## Der Reichsbankrat.

Der Reichsbankrat J. treibt in den Diensträumen der Reichsbank während der Dienststunden Propaganda für Hugenbergs Inflationsbegehren und sammelt Gelder für die Hugenberg-Propaganda. Herr J. ist strammer Stahlhelm-Mann.

## Ein immuner Feigling.

Aus der nationalsozialistischen Verbrecherpresse.

Die nationalsozialistische „Berliner Arbeiter-Zeitung“, verantwortlicher Redakteur Gregor Strasser, M. d. R., schreibt zum Aufruf der Reichsminister gegen das Inflationsbegehren:

„Am Tage vor Beginn der Einzeichnung zum Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlichte die Presse zwei Aufrufe gegen das Volksbegehren, deren Inhalt so schamlos, deren Geist so ungeheuerlich und deren Zweck so verbrecherisch ist, daß für einen Augenblick lang eisiges Entsetzen das Herz packt: „das ist doch unmöglich!“ — bis man begreift, daß es doch möglich ist und das Entsetzen dann abgestößt wird von Verachtung und Haß und Rache schwört.“

Der eine Aufruf, unterschrieben von sämtlichen Reichsministern und einer Reihe prominenter Vertreter des heutigen Systems, wie: Dr. Henning-Köln, Dr. Blüher-Dresden, Otto Braun-Breußen, Professor Einstein, Gerhart Hauptmann, Professor Kahl, Frau von Oheim-Rardorf, Professor Liebermann, Dr. Schacht, Karl Severing usw. ist ein Dokument so offener Lüge und so ungeheuerlichen Betruges, daß man sich schämt, anzunehmen, jeder der Unterzeichner hätte den Aufruf überhaupt nur gelesen, geschweige nachgeprüft.

Ist dieser Aufruf so ein Dokument der Lüge und des Betruges, so ist der Aufruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, gezeichnet Hörling, ein Dokument der Ehrlosigkeit und Schamlosigkeit, wie es in diesem Ausmaß selbst seit den Novembertagen 1918 ohne Beispiel ist.

Ist es denkbar: Deutsche gibt es, „Führer“ des deutschen Volkes, die mit Lüge und Betrug, mit Haß und Ehrabschnidung gegen den Versuch kämpfen, neue drückende, unwiderrufliche Verflanzung vom deutschen Volke fernzuhalten.

Brandmarkt sie mit dem Reinszeihen der Verräter! Schreit es ihnen offen ins Gesicht: „Agenten Frankreichs!“

Der Stralch, der diese Beschimpfungen fabriziert hat, ist ebendrein feige, weil er nicht für sie einsticht: es ist Herr Gregor Strasser, M. d. R., und deshalb im un-

## Noch eine Beschimpfung der Reichsregierung.

Die „Deutsche Zeitung“ vom Donnerstag schreibt: Die Reichsregierung der Müller, Severing und Hülferding hat also auch damit den geschäftlichen Nachwuchs geliefert, daß es ihr eiliger um die Verflanzung des

## Der Regierungsrat.

In der soeben herausgekommenen Nr. 40 des Mitteilungsblattes „Kreislandbund Rothenburg D.-L.“ findet sich ein Aufruf des „Ausschusses für das deutsche Volksbegehren im Kreise Rothenburg D.-L.“. Unter den vielen hochtönenden Namen, die unter dem Aufruf stehen — Rittmeister a. D., Doktoren, Grafen, Rechtsanwält, Freiherrn, Fabrikbesitzer, Direktoren, Gutsbesitzer usw. — „prangen“ auch solche von hochgestellten und gut bezahlten Beamten der Republik. An erster Stelle glänzt da vor allem Regierungsrat Corganico-Rothenburg. Er legt seinem Namen auch heute noch den Amtstitel bei: „Leiter des Finanzamts Rothenburg D.-L.“. Das Finanzamt ist eine Reichsbehörde. Der vorgenannte Leiter ist eingeleitet zur Wahrung der Interessen des Reiches, aber nicht zu dessen Schädigung. Wenn dieser höhere Beamte in seiner amtlichen Eigenschaft sich dazu hergibt, den Staat untergraben zu helfen, dann ist es höchste Zeit, daß der Reichsfinanzminister sich diesen Herrn ansieht.

Doch weiter: „Wie der Herr — so's Geschert.“ Als Nr. 2 eines Beamten zeichnete der Finanzamtssteuerinspektor Bötsche-Schneider, der seinen Titel als Stadtoberverordnetenortsteher hier mißbraucht.

Dann fehlt auch nicht der Amts- und Gemeindepfleger Beller-Gebeilig unter dem Aufruf, ferner der Herr Kantor Schneide-Horta.

deutschen Volkes ist, als selbst den verächtlichen äußeren Feinden der Nation.“

Diese Sorte von Presse bemüht sich, Material für die Notwendigkeit des neuen Republikshungriges beizubringen.

## Sie schreien über Terror!

Die „Pommersche Tagespost“, das Organ der Deutschnationalen in Pommern, veröffentlicht das folgende Gedicht:

„Fragt alle, die noch abseits stehen:  
Wollt ihr, daß Deutschland soll untergehn;  
Seid ihr Deutsche? — Und find sie es nicht,  
Tilgt sie aus jeder Gemeinde!  
Sperrt ihnen in das Teufelsgeißel,  
Sie sind im Dienste der Feinde.“

So etwas schreit über Terror, wenn die Regierung zur Abwehr übergeht!

## Der Umsturz in Afghanistan.

Nadir Khan zum König gewählt.

Habibullah hat sich endgültig ergeben. Die sofort einberufene Nationalversammlung des Landes hat keinen Besieger, Nadir Khan, angeblich trotz seines Widerstrebens, zum König gewählt. Der neue Herrscher will alle Gesandten Afghanistans im Auslande entlassen, weil sie sich während der kurzen Herrschaft Habibullahs als unzuverlässig erwiesen haben. Die alten Verträge zwischen Afghanistan und der Sowjetunion sollen wiederhergestellt werden.

Eine siebente Bundesrepublik der Sowjetunion, Tadschikistan, das bisher der Usbekenrepublik angehört, wurde auf dem in Dueschambe eröffneten außerordentlichen Rätekongress zur Bundesrepublik erklärt. Somit zählt die Sowjetunion nunmehr sieben Bundesrepubliken, nämlich: RSFSR (Sowjetrußland), Ukraine nebst der moldauischen autonomen Republik, Weißrußland, Transkaukasische Föderation, Turkmennistan, Usbekistan und Tadschikistan. Die neue Bundesrepublik umschließt eine Fläche von 150 000 Quadratkilometer und zählt etwa eine Million Einwohner. In der an den Berghängen/Pamirs gelegenen Republik wird Baumwollbau getrieben.

Die staatsrechtliche Erklärung des Slowenen Gorton in Pola hat lebhafteste Empörung und Protestkundgebungen in Belgrad ausgelöst.

# Das wahre Gesicht des Stahlhelms

## Abrechnung mit den Staatsfeinden im Preussischen Landtag.

In der weiteren Aussprache des Preussischen Landtags über die deutschnationalen Anträge und das Mißtrauensvotum, über die wir bereits im gestrigen „Abend“ berichteten, wandte sich der Abg. Riedel (Dem.) gegen die systematische Ausschlochtung des Stahelhelms zu Agitations- und Sensationszwecken. Das Volksbegehren sei eine unglaubliche Verhöhnung.

Die Deutschnationalen operierten bewußt mit unwahren Angaben, aber sie haben bisher unterlassen, zu sagen, was sie im Falle der Annahme des Volksbegehrens an die Stelle des gescheiterten Young-Planes setzen wollen.

Abg. Hestermann (Wirtschaftspartei) lehnt für seine Fraktion den Young-Plan ab. Er verurteilt das Volksbegehren auf das schärfste. Selbst deutschnationale Beamte hätten es als vollkommenen Unsinn bezeichnet. Trotzdem halte er das Vorgehen der Regierung gegen die Beamten für zu hart. Das Stahlhelms-Verbot zeige, daß es die Regierung jetzt wie früher an nationalem Takt fehlen lasse. Deshalb werde seine Fraktion für das Mißtrauensvotum stimmen.

Abg. Kaufmann (Nat.-Soz.) bezeichnet den Young-Plan als Vorkurs der internationalen Finanzkapitalen. Die ministerielle Rundfunktafel werde den Erfolg des Volksbegehrens nicht beeinträchtigen. Die fremden Truppen würden nur deshalb vom Rhein zurückgezogen, weil der Innenminister längst die Aufgaben der französischen Besatzung übernommen habe. Seine Partei fürchte nicht die starke Faust des Innenministers, der mit seinem Waffen-orden gestern einen Fahnenschwergang aufgeführt habe. Die gezeigten Waffen stammten von Todspießen.

### Abg. Eng-Barmen (Soz.):

Die unglaubliche Zahl der Robeidsdelikte der Nationalsozialisten ist gerichtsnotorisch, aber es ist zwecklos, mit Herrn Kaufmann darüber zu diskutieren. Ebenso zwecklos ist es, sich mit den Deutschnationalen über den Young-Plan und über das Volksbegehren auseinanderzusetzen. In der Auseinandersetzung über diese Frage haben hier eine Reihe von Vertretern verschiedener Parteien eine sehr komische Rolle gespielt. Ich erinnere nur an die Ausführungen des Herrn Dr. Bachm von der Volkspartei und an den Wirtschaftsparteiler Hestermann. Mehr als alles andere kennzeichnet den moralischen Tiefstand der politischen Auffassung das Gelächter, in das die rechte Seite des Hauses ausbrach, als der Minister gestern die Wardenaffen der Nationalsozialisten zeigen ließ. (Unruhe rechts.)

Diesen Maffen ist jeder anständige Bürger, jeder Republikaner ausgekehrt. Wir begrüßen deshalb das energische Vorgehen der Regierung.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier einzelne Fälle von Robeiden und Gewalttaten des Stahlhelms vorzutragen. Diese Taten sind nur möglich durch die Hegorheit der Führer der Rechtsradikalen. Es ist deshalb notwendig, von der geistigen Einstellung des Stahlhelms zu reden. Diese wird dadurch schon genügend gekennzeichnet, daß er sich mit dem Hememörder Schulz in öffentlichen Kundgebungen solidarisiert. In Berlin ließ man bei einem Umzug das Lied singen:

„Wert an den Gassen, die Juden an die Wand,  
Die rote Front ins Zuchthaus, dann wird Ruhe im Land.“

Das ist zweifellos Aufforderung zu Gewalttaten! Auch die Hochbatschaften des Stahlhelms liegen auf derselben Linie. Freilich hat man hinterher dem Herrn Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das alles nicht so gemeint gewesen ist, daß die Ziele des Stahlhelms nur auf legalem Wege erreicht werden

lassen und daß es sich nur um Opposition gegen das parlamentarische System handelt. Verantwortliche Führer des Stahlhelms haben den eben verstorbenen Dr. Strofeimann den Gerichtsvoßzieher unserer auswärtigen Politik genannt und ganz offen damit gedroht, daß der Stahlhelm bei geeigneter Gelegenheit seinen Charakter als Abwehrverband beweisen werde, indem er auf die Straße geht und handgreiflich wird. Man hat die Parlamente Quasselbuden und die Abgeordneten Hallunken genannt. Und Herr Seibte hat die Hoffnung ausgesprochen, daß er eines Tages zum Reichstag sagen werde: „Ich beurlaube euch. Ich habe unten eine Batterie aufahren lassen.“

Solche Aeußerungen beweisen, daß der Stahlhelm sich das Ziel gesetzt hat, die Verfassung mit Gewalt zu beseitigen.

In seinen amtlichen Nachrichten hat der Stahlhelm nach dem sogenannten Geländespiel von Langenberg allen Teilnehmern Dank und Anerkennung für die ausgezeichneten Leistungen ausgesprochen, die das wirksamste Bekenntnis für den Wehrgedanken seien. Es sei besonders wichtig, in der neutralen Zone trotz des Verbots militärischer Betätigung Wehrsport zu treiben und die alten Soldatentugenden zu hegen. Es war also ganz offenbar Absicht, durch dieses Manöver der Regierung außenpolitische Schwierigkeiten zu machen und innerpolitische Verwicklungen hervorzurufen.

Man weiß nicht, ob es Dummheit oder Frechheit ist, wenn jetzt die Landesrechtsführer Seibte und Düsterberg in der Beschwerde an den Reichsminister des Innern über das Verbot ihre Unschuld beteuern. Sie reißen das Maul auf, wenn sie nicht gelacht werden und leifen, wenn die Regierung mit starker Hand zupackt.

Wir begrüßen dieses Vorgehen und wünschen mit dem Zentrum, daß es auch auf die Nationalsozialisten ausgedehnt wird. (Sehr gut! links.)

Uebrigens beweist eine bekannt gewordene vertrauliche Kundgebung des Stahlhelms an die Landesführer, daß man jetzt auch intensive Verbindung nach Oesterreich sucht. Als Hauptmann Melager ist Linz bezeichnet worden. Man will damit der falschistischen Bewegung in Oesterreich, den Heimwehren, zu Hilfe kommen. Uns ist bekannt, daß die Großkapitalisten Deutschlands die Geldgeber für diese dunklen Ziele sind. (Hört, hört! bei den Soz.)

Es ist nur merkwürdig, daß die verantwortlichen Leute, sobald sie im Parlament darüber sprechen, sich auf die Reichsverfassung und auf die darin gewährleistete politische Meinungsfreiheit berufen. Sie nehmen für sich in Anspruch, die Verfassung anzugreifen und allen Republikanern den Krieg zu erklären und leifen, wenn sie gestellt werden. Das sind Errungenschaften, die ein guter deutscher Mann mit Freigkeit und Hinterlist bezeichnet. (Sehr gut! bei den Soz.)

Über den Herren müßt alles nichts. Das Beweismaterial, das wir in Händen haben, zeigt, daß der Stahlhelm in seiner geistigen Verfassung und seinem Charakter nach eine Organisation ist, die auf dem Grundfah der Gewalt gegen die Republik aufgebaut ist.

Darauf kommt es an. Deshalb ist auch ein Vergleich mit dem Reichsbanner völlig unzulässig. Das Reichsbanner ist gegründet worden, um der Gewalt des Stahlhelms im politischen Leben entgegenzutreten. Daß das Reichsbanner diesen Zweck erfüllt hat, regt Sie so auf und erklärt Ihr ganzes Verhalten.

Wir sind stolz darauf, daß 9 Millionen Wähler hinter uns stehen. Und die Herren von rechts dürfen sich darauf verlassen, daß wir noch eine ganz erkleckliche Zahl Mitstreiter in unserer Werbe-woche hinzuholen werden. Wir begrüßen das feste Zupacken der Regierung und wir unterstützen es. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. von Winterfeldt (Dnat.) gibt eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß die deutschnationalen Fraktionen den Staats-

gerichtshof anrufen wird gegen das Verbot der Regierung an die Beamten, sich für das Volksbegehren einzusetzen. Dieses Verbot sei nur ein plumper Einschüchterungsversuch.

Abg. Meißnermann (D.) meint, daß es den Deutschnationalen bei der Behandlung des Stahelhelms nur darauf ankomme, dem verhassten Staat alles in die Schuhe zu schieben. Keine Partei sei gegen unfaire Elemente gefeilt.

Abg. Kuschke (Dem.) erklärt, daß sich nicht diskutieren lasse, wenn Herr Steuer behauptet, er vertrete nationale Interessen und die Republikaner ein System der Korruption. Es handele sich bei Erscheinungen wie im Fall Stahel um Nachwirkungen der Inflation, die unabhängig vom politischen System sind. Korruption gebe es auch bei den Deutschnationalen, er erinnere nur an den Abg. Bruhn.

Abg. Labendorff (Wirtschaftspartei) macht die Einführung des sozialistischen Wirtschaftssystems in den Kommunen dafür verantwortlich, daß sich Stahelhelmsfälle ereignen können. Es sei notwendig, einen solchen Saufall auszuräumen. Die Kommunalisierung dürfe sich nur auf die Regelung des öffentlichen Bedarfs erstrecken.

Abg. Kahl (Volksrechtspartei) bezeichnet den Young-Plan als ebenso untragbar wie den Dames-Plan, aber das Volksbegehren sei Katastrophopolitik. Seine Freunde seien dafür, daß die Grundrechte der Beamten nicht angetastet werden.

Abg. Dr. Pönfisch (Christl.-Nat. Bauernpartei) wendet sich gegen das Verbot des Stahlhelms. Die Liebedienerei der Minister gegenüber dem Ausland habe Formen angenommen, die man als würdevolles Benehmen müsse. (Ordnungsruuf des Präsidenten.)

Damit schließt die Aussprache. — In persönlicher Bemerkung erklärt Abg. Kube (Nat.-Soz.), daß er die Behauptung des Innenministers, er führe den politischen Kampf mit Verdächtigungen seiner Gegner, zurückweise. Er sei erst in einen Prozeß verwickelt worden, den jetzt der Innenminister gegen ihn angestrengt habe. Nicht Nationalsozialisten, sondern ein Dr. Braun aus Bremerhaven habe mitgeteilt, daß der Innenminister dort betrunken gemessen sei.

Nach dem Schlußwort des Abg. Einaber (Dnat.) zu den deutschnationalen Anträgen erklärt Staatssekretär Wegg zu der persönlichen Bemerkung des Abg. Kube namens des Innenministers, daß sich der vom Abg. Kube erwähnte Zwischenfall weder in Bremen noch in Bremerhaven abgespielt habe und daß der Innenminister erwägen wird, nicht nur gegen Abg. Kube, sondern auch gegen dessen Gewährrmann Dr. Braun ein Strafverfahren einzuleiten, das ja volle Klarheit bringen werde.

Ein von den Kommunisten vorgeschlagener Gesetzentwurf über Änderungen der zur Ausfüllung der Familiengüter und der Hausvermögen erlassenen Gesetze und Verordnungen wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 23. Oktober statt. Tagesordnung: Abstimmung über die von den Deutschnationalen gestellten Anträge und über das Mißtrauensvotum. Die Abstimmungen beginnen um 2 Uhr.

Tagung des Republikanischen Studentenbundes. Vom 24. bis 27. Oktober d. J. hält der Bund auf Burg Lauenstein (Dobr.) eine bedeutende Arbeitstagung. Es werden hierbei (sprechen): Geheimrat Hesehoe, „Agrarreform“ Prof. Meusel, „Das Grundeigentum“, Staatssekretär Krüger, „Innere Kolonisation“, Dr. Adolf Damajste, „Bodenreform“, Oberbürgermeister Luppe wird hier sprechen über Republik und Akademiker. Die Tagung endet mit einer gemeinsamen mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstalteten öffentlichen Kundgebung, für die Oberpräsident Hering und Regierungsdirektor Kahl als Redner gewonnen sind.

(Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Seeger; Bericht: G. Ringelblat; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: R. D. Böhler; Lokales und Sonstiges: Fritz Kerth; Anzeigen: Th. Meier; Familien in Berlin: Bertha; Sonstiges: E. m. h. Berlin; Druck: Verlags- und Buchdruckerei und Vertriebsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 3. Stern 3 Beilage, „Unterhaltung und Wissen“ mit „Stadtblatt“.

# WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengenabgabe vorbehalten. Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

## Holländische Blumenzwiebeln

Hyazinthen		Narzissen	
Gr. I 0.70	10 Stück 6.75	Gr. II 0.50	10 Stück 4.75
Gr. III 0.30	10 Stück 2.75	Gr. IV 0.22	10 Stück 1.90
		einfache	0.10 10 Stück 0.95
		prämierte	0.25 10 Stück 1.10

in Wislargarten Leipzig Kakteen-Schau reichhaltige Sort., Topf von 0.35 an Verkauf in allen Geschäften

## Frisches Fleisch

Kalbskamm u. -Brust	0.85 Pfund
Kalbsnierenbraten	0.94 Pfund
Kalbskeule	1.05 ganz u. geteilt, bis 9 Pfd., Pfd.
Kalbsschnittel	2.10 Pfund
Querrippe	0.80 Pfund
Gulasch	0.95 Pfund
Rinderkamm u. -Brust	0.85 Pfund
Rindfleisch	1.10 Pfund
Roastbeef	1.10 Pfund
Frische Rinderzungen	1.20 Pfund
Gehacktes	0.85 Pfund
Schweinebauch	1.24 Pfund
Schweinekamm	1.26 Pfund
Schweineschinken	1.30 Pfund
Kahler	1.28 Pfund

### Prima Gefrierfleisch

Hammelvorderfleisch	0.88 Pfund
Hammelrücken	0.94 Pfund
Rinderkamm u. Brust	0.80 Pfund

## Obst u. Gemüse

Preiselbeeren	0.85 Pfund
Kochäpfel	0.28 Pfund
Kochbirnen	0.28 Pfund
Holl. Graubirnen	0.18 Pfund
Tafelbirn	0.20 Pfund
Gewürzbirnen	0.20 Pfund
Baumann-Rennetten	0.18 Pfund
Goldparmänen	0.20 Pfund
Fr. Ananas	0.95 an Pfund
Winterkartoffeln	3.25 an Zentner

Weintrauben	0.18 Pfund
Möhren gewaschen	0.05 Pfund
Weißkohl	0.05 Pfund
Rot- u. Wirsingkohl	0.08 Pfund
Blumenkohl	0.10 an Kopf
Zwiebeln	0.15 Pfund
Sellerie	0.22 Pfund
Märk. Rübchen	0.25 Pfund
Grüne Bohnen	0.25 Pfund

## Wurstwaren

Dampfwurst	0.95 Pfund
Sülz- u. Rotwurst	1.10 Pfund
Wien. Würstchen	1.20 Pfund
Hausm. Leberwurst	1.25 Pfund
Fleischwurst	1.25 Pfund
Mettwurst	1.45 Pfund
Jagdwurst	1.45 Pfund
Mettwurst gekochte	1.55 Pfund
Filet- u. Schinken	1.85 Pfund
Plockwurst	1.65 Pfund
Feine Leberwurst	1.80 Pfund
Zervelat u. Salami	1.80 Pfund
Speck fett	1.35 Pfund
Schinkenspeck	2.05 Pfund

## Wein Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas

1928 Wöllsteiner milder Tischwein	0.88
1928 Dürkheimer Portugieser milder Rotwein	0.95
1928 Heßlocher Berg saftiger Rheinhesse	1.20
1926 Niersteiner fein entwickelt	1.40
1921 Grand Poujeaux stiftiger Bordeaux	1.60
1928 Edigerer Sonnenseit spritziger Mosel	1.60
1927 Niersteiner Domtal fruchtig, würzig	2.00
Ruster Gold	1.20
Malaga Gold u. Wermut „Evisa“	1.40
Deutsch. Weinbrand	3.80

Renetten-Apfelwein süddeutscher	0.58 vom Paß, Liter
Johannisbeerwein süß, reichhaltig	0.80 vom Paß, Liter
Tarragona Special ernt. Qualität	1.10 vom Paß, Liter
Jamaika-Rum-Verschnitt	4.50 vom Paß, Liter

## Kolonialwaren

Bruch-Reis	0.20 Pfund
Amerik. Reis	0.30 Pfund
Linson	0.20 Pfund
Viktoria-Erbsen	0.24 Pfund
Gelbe Erbsen	0.32 Pfund
Weißer Bohnen	0.32 Pfund
Kartoffelmehl	0.20 Pfund
Auszugmehl	0.24 Pfund
Gem. Backobst	0.48 Pfund
Amerik. Ringäpfel	0.62 Pfund
Bosn. Pfäumen	0.68 Pfund
Kalif. Aprikosen	0.85 Pfund
Ital. Makkaroni	0.75 Pfund
Ital. Spaghetti	0.75 Pfund

## Konfitüren

Olympia-Kakao	0.90 Pfund
Speculatus	1.20 Pfund
Gold-Bonbons	0.70 Pfund
Vollmilch-Schokolade	0.23 Tafel à 100 Gramm

## Kattee

Konsum-Misch	2.10 Pfund
Haushalt-Misch	2.60 Pfund
Sonder-Misch	3.00 Pfund
Olympia-Misch	3.40 Pfund
Globus-Misch	3.80 Pfund
Residenz-Misch	4.20 Pfund

## Tee

Ceylon II	1.25 Pfund
Indien	1.55 Pfund
China	1.70 Pfund
Ceylon	1.85 Pfund
Darjeeling	2.00 Pfund

## Käse u. Fette

Camembert	0.23 Pfund
Emmentaler	0.75 Pfund
Limburger	0.58 u. 1.10 Pfund
Holländer	0.72 u. 1.10 Pfund
Steinbuscher	1.00 Pfund
Edamer	0.78 u. 1.10 Pfund
Tilsiter Art	0.78 Pfund
Tilsiter vollf.	0.95 Pfund
Münster vollf.	1.15 Pfund
Schweizer Art	1.15 Pfund
Schweizer, dan.	0.95 Pfund
Margarine	0.50 Pfund
Kokosfett	0.50 Pfund
Kalbsnierefett	0.68 Pfund
Molkereibutter	1.82 Pfund
Grasbutter	1.92 Pfund
Tafelbutter	2.10 Pfund
Dän. Butter	billigst

## Räucherwaren

Fettbücklinge	0.38 0.45 Pfund
Kieler Bücklinge I	0.48 Pfund
Fleckerlinge	0.62 Pfund
Bundaaale	0.28 an Pfund
Spickaale	2.55 an Pfund
Lachs in Stücken	billigst

## Geflügel u. Wild

Tauben	0.68 an Stück
Suppenhühner	0.88 an Pfund
Braigänse I	1.05 an Pfund
Braihühner	1.10 an Pfund
Enten	1.25 an Pfund
Rebhühner	1.05 an Stück
Hirsch- u. Gänsefleisch	billigst

## Fische

Schellfische	0.38 Pfund
Goldbarse	0.34 Pfund
Kabeljau	0.38 Pfund
Zander	0.58 an Pfund
Grüne Heringe	0.55 0.65 Pfund
Lebende Karpfen	1.10 an Pfund
Fischfilet	billigst

# Radau im Rathaus.

## Kommunisten toben — Deutschnationale freuen sich.

Abrechnung mit den Kommunisten hielten gestern in der Stadtverordnetenversammlung wieder die Sozialdemokraten. Bei der Fortsetzung der in der vorigen Sitzung abgebrochenen Debatte über den Wohnungsbau der Stadt nahm unser Genosse Gutschmidt das Wort, um sinnlose Angriffe gegen die Gehag zurückzuweisen. Aus den Erfolgen der Gehag erklärte er den Haß, mit dem Kommunisten und Deutschnationale die Arbeit dieses gemeinnützigen Unternehmens herabzusetzen sich bemühen. Nachher gab es eine erregte Debatte über eine neue Korruptionsaffäre, die aus dem Berufsschulwesen gemeldet worden ist. Der Kommunist Lange hatte sie mit dem üblichen Geschrei in der „Roten Fahne“ auf seinem Gabelchen ausgespießt, und die sozialdemokratische Fraktion fordert nun in einer an den Magistrat gerichteten Anfrage die dringend notwendige Aufklärung über die beschuldigten Fortbildungsschuldirektoren und behauptet, daß sie Demokraten seien. Über Herr Lange und die „Rote Fahne“ brauchen einen Sozialdemokraten — und so mußte diesmal Stadtschulrat Rydahl als der „Schuldige“ hingestellt werden, der die Sache habe „vertuschen“ wollen. Unser Genosse Flatau kennzeichnete dieses Treiben gebührend. Schon hierbei ergingen sich die Kommunisten in lärmenden Zwischenrufen. Am letzten Teil der Debatte aber brachten sie wieder die gewohnten Radaujungen zustande, ohne die sie den Abend für verloren gehalten hätten. Die Deutschnationalen freuten sich darüber, wie immer, wenn Kommunisten gegen Sozialdemokraten wüten. Im Haß gegen die Sozialdemokratie findet sich die Einheitsfront der Deutschnationalen und Kommunisten immer wieder zusammen.

Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten erhebt Protest gegen das von der Reichsregierung beabsichtigte Zündholzmonopol und fordert den Magistrat auf, die zuständigen Stellen auf die Auswirkungen der bevorstehenden Preiserhöhungen hinzuweisen.

In der Debatte über die Anfrage der Kommunisten betreffend

### Durchführung des zusätzlichen Wohnungsbaues

sprach nach den Stadtverordneten Jelder (Dnat.) und Weber (Dem.) Genosse Gutschmidt. Er polemisierte gegen die Kommunisten, wobei diese nicht gerade parteilich weitlamen. So zum Beispiel: Die Großsiedlung der „Gehag“ in Brix wird von den Kommunisten als „Bonzendorf“ bezeichnet und des öfteren in Flugblättern angegriffen. Man macht der wohnungsbauenden „Gehag“ den Vorwurf, nur Wohnungen fertigzustellen, die zu groß und zu teuer und für „Arbeiter“ nicht bezahlbar seien. Dabei rechnet die „Rote Fahne“ Handwerker und Witwen nicht zu den Arbeitern. Schallendes Gelächter löste es in der Versammlung aus als Genosse Gutschmidt meinte:

„daß der eines der Flugblätter verantwortliche Reichs-tagungsgeordnete Brülling sich selbst bei der „Gehag“ um eine Wohnung in der von ihm beschriebenen Siedlung „Bonzendorf“ beworben habe.“

Fu den Wohnungsbewerbern bei der „Gehag“, der von den Gewerkschaften gegründeten gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft, gehört auch Herr Rintorf, Mitglied der kommunistischen Partei. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten und den anderen Parteien.) Genosse Gutschmidt rechnete dann noch mit den deutschnationalen „Sachverständigen“ in den städtischen Körperschaften ab und bewies, daß, wenn schon Stadtverordnete Interessenspolitik treiben, es nur die deutschnationalen Privatarchitekten sein können, die allein für sich arbeiten, während doch beispielsweise der Vertreter der „Gehag“ die Interessen von Tausenden von Arbeitern und Angehörigen wahrnimmt. Unsere Gegner rechts und links haben gemerkt, daß die Sozialdemokraten auf dem rechten Wege sind und

daß ihnen die Gemeinwirtschaft als „rote Macht“ sehr gefährlich werden kann. Herr Steiniger, früherer Kammerer von Berlin und derzeitiger deutschnationaler Stadtrordner, hat wenigstens solche Angstzustände schon in Flugblättern offenbart. Genosse Gutschmidt schloß: Herr Steiniger ermahnt seine Gesinnungsgenossen, gegen die „rote Macht“ zu arbeiten und nicht zu Hause zu bleiben; nun wohl, die Sozialdemokraten werden in kürzester Zeit dafür sorgen, daß recht viele Deutschnationalen am 17. November zu Hause bleiben! (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

### Das Brandunglück am Kurfürstendamm,

bei dem drei Feuerwehrbeamte ums Leben kamen und 12 andere schwer verunglückten, gab damals der sozialdemokratischen Fraktion Anlaß, folgenden Antrag einzubringen:

„Das am 28. August 1929 am Kurfürstendamm 178 geschehene Brandunglück hat drei Feuerwehrleute das Leben gekostet und acht weitere Beamte sind dabei verletzt worden. Wir fragen an: 1. Worauf ist dieser so verhängnisvolle Ausgang eines an sich nicht bedeutenden Brandes zurückzuführen? 2. Welche Vorkehrungen gebietet der Magistrat zu treffen, um das Leben der Beamten mehr als bisher vor solchen Katastrophen zu schützen. 3. Welche Vorkehrungen hat der Magistrat getroffen, um die Hinterbliebenen vor Not zu schützen?“

Die Demokraten hatten besondere Zuwendungen an die Hinterbliebenen gefordert, die Kommunisten verlangten eine Erweiterung der Befugnisse der Feuerwehr in der Richtung der Kontrolle von Bauten. Genosse Ulrich fragte, ob es wahr sei, daß, wie behauptet wird, die Feuerwehr zu spät am Brandherd ein-

## Musterschule in Köpenick.

Berlins Aufbauarbeit im Schulwesen darf jetzt vorbildlich genannt werden. Unter Führung der Sozialdemokratie wird mit Eifer die innere und äußere Weiterentwicklung der Volksschulen, der mittleren Schulen und der höheren Schulen gefördert. Knappheit der Geldmittel erschwert und verlangsamt leider die wünschenswerte Erneuerung veralteter Schulbauten. Wo



aber neue Schulhäuser geschaffen werden, sind sie ausgestattet mit den Einrichtungen, die dem Fortschritt der Schulbautechnik entsprechen. Ein moderner Schulbau dieser Art ist das neue Heim des Dorotheenkinzems in Köpenick, dessen Grundstück an der Berliner Straße liegt und von der Spree begrenzt wird. Das jetzt fertig gewordene Schulhaus, das schon in seinem Bauherren gar nicht an die Schulhäuser der alten Art erinnert, ist wieder ein Denkmal sozialdemokratischen Schaffens.

getroffen ist und ob Wassermangel vorgelegen hat? Ulrich fragte weiter, ob es an der Konstruktion des Baues gelegen habe, daß der Brand so verheerende Folgen hatte. Stadtrat Genosse Ahrens verneinte die ersten beiden Fragen. Seit vier Jahren war die Berliner Feuerwehr von großen Unglücksfällen verschont, erst in diesem Jahr sind wieder Feuerwehrleute ihrem schweren Beruf zum Opfer gefallen. Der Brand am Kurfürstendamm sei ein an sich normaler Brand gewesen, der nur durch die veraltete Konstruktionsart der Decke im vierten Stock so schwerwiegende Folgen hatte. Leider ist die „Hängelkonstruktion“ noch heute zulässig, aber die Feuerwehr wird die Häuser mit solchen Deckenkonstruktionen kenntlich machen, um die Feuerwehr von Anfang an zu warnen. Für die Hinterbliebenen sei nach Maßgabe der bestehenden Bedingungen gesorgt, besondere Unterstützungen würden aus Staatsmitteln und Stiftungen gegeben. Die Baupolizei sei beauftragt, mit der Feuerwehr Hand in Hand zu arbeiten. Genosse Ulrich bat den Kammerer, bei der Festlegung des neuen Etats die Mittel für die technische Ausrüstung der Feuerwehr nicht zu streichen. Der Redner betonte die Notwendigkeit des Schutzes von Leben und Gesundheit der Feuerwehrmänner. — Die Anträge wurden angenommen.

In einer Anfrage nahmen die Sozialdemokraten Bezug auf einen Artikel der „Roten Fahne“, der

### Angriffe gegen das Berufsschulwesen

enthält; an den Magistrat werden eine Anzahl Fragen gerichtet. Genosse Flatau legte klar, um was es sich handelte: der Betriebsrat hatte Berufsschulkurse durch städtische Berufsschullehrer einrichten lassen, und diese Lehrer und der Schuldirektor hätten sich dafür unbedingterweise bezahlen lassen. Der Redner nannte dieses Verfahren zum mindesten sehr ungewöhnlich und betonte, daß die Sozialdemokraten und insbesondere er selbst als Vorsteher des KfV-Ortsstellens alles Interesse an einer völligen Klarstellung hätten. Deshalb seien auch die Unterstellungen der Kommunisten und ihrer Presse in dieser Hinsicht haltlos. Die Schulverwaltung soll Auskunft über alles geben. Stadträtin Kausler (Dnat.) stellte in Vertretung des Stadtschulrates Rydahl fest, daß allerdings vom Betriebsrat in verschiedenen Handwerkerkursen Kurse eingerichtet wurden, daß er dabei die Hilfe der Lehrer und Direktoren fand, daß aber die Schulverwaltung keine Mittelung erhielt und daß deswegen gegen Lehrpersonen das Disziplinarverfahren eröffnet sei. Der Kommunist Lange behauptete, Stadtschulrat Rydahl habe die Angelegenheit bewußt an das Handelsministerium weitergegeben, „um den von demokratischen Schulleitern angeführten Riß von demokratischen Ministerialbeamten zudecken zu lassen!“ Selbstverständlich lehnte Lange die ganze Angelegenheit wieder gegen die Sozialdemokraten, denen er alles mögliche anhing. Genosse Flatau stellte an den Magistrat die Frage, ob er es bei den mageren Erklärungen der Stadträtin Kausler bewenden lassen oder ob er nicht zu den ungeheuerlichen Anschuldigungen des Lange irgendwie Stellung nehmen wolle? Stadträtin Kausler betonte, daß die Akten keine Anhaltspunkte für nicht einwandfreie Verhältnisse des Stadtschulrates enthielten.

Während der Verhandlung der Anfrage wegen der Vorgänge im Berufsschulwesen kam es zu

### Krawalljungen der Kommunisten.

Die Kommunisten, unter Anführung ihres sattem bekannten Ulrich Lange-Kneuföll, hatten sich insbesondere unseren Genossen Ulrich aufs Korn genommen. Man geht wohl nicht sehr in der Annahme, daß der verlorengegangene kommunistische Rohrliegerstreik, der an dem gemeinschaftlich einwandfreien Verhalten der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Rohrlieger scheitern mußte, die Verantwortung zu der Nervosität bei den Kommunisten gab. Als schließlich Genosse Ulrich sich in längeren Ausführungen gegen die Kommunisten wandte, erreichte der Lärm seinen Höhepunkt. Genosse Ulrich sagte den Kommunisten, daß sie keine Verantwortung hätten, über Korruption zu schreiben, solange sie sich noch gemisse Mitglieder in ihren Reihen gefallenen ließen. Dem Stadtverordneten Wisniewski sagte Genosse Ulrich: „Ein Mann, der, wie er selbst zugibt, einmal bei Elster war und dann hinterher einen gegen die Kleiderbetriebsgesellschaft eingebrachten Antrag im Bezirk Mitte wieder zurückzog, hat kein Recht, hier so aufzutreten.“ Die Kommunisten, die unseren Genossen Ulrich fortgesetzt als Streikbrecher beschimpft hätten, mußten sich von Ulrich lösen lassen, daß jetzt Leute die Berichte aus der Stadtverordnetenversammlung für die „Rote Fahne“ machten, die noch vor wenigen Jahren als Streikbrecher aus den Betrieben gejagt wurden. Damals handelte es sich allerdings im Gegensatz zu dem jetzigen Rohrliegerstreik um einen

Johann Komáromi:

# 6) He, Kosaken!

aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch

Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

Mehrere Leute hörten, wie Antal Turbis zweimal als Antwort vor sich hin murmelte: — ich weiß, Frau, ich weiß... Und vor zwei Tagen als Antal Turbis aus dem Wirtshaus heimging, stand plötzlich — in der Nähe des Glockenturmes — ein Mann ohne Kopf vor ihm und ging — immer einen Schritt vor ihm bleibend — nach rückwärts. Denn Turbis versuchte ihn mit der verkehrten Linken eins zu versetzen. Als ihm das in seiner großen Angst endlich gelang, fiel der geköpfte Kerl der Länge nach zu Boden, und es blieben an seiner Stelle nur zwei Sack voll Ähre übrig. Noch in der gleichen Nacht tanzten Teufel unter Turbis Fenstern, schlugen klirrend gegen die Fenster Scheiben, und während der zur Salzsäule erstarrte Antal drinnen betete, lockten ihn die Teufel unentwegt: — komm heraus! komm heraus!

Diese Geschehnisse erfüllten mich mit großer Furcht, und ich schluckte still vor mich hin. Als mir der Gedanke kam, daß die tote Frau Turbis sich vielleicht auch hierher verirren könnte, stockte mir der Atem...

Da hörte ich Schritte aus der Richtung der Wehr. Energetische, feste Schritte. Der Oberlofal konnte es nicht sein, denn der war zu Pferde. Ich steckte vorsichtig den Kopf heraus.

Droben, vor der Wehr, näherte sich niemand anderer als Josef Paczal, nach welchem der Oberlofal nun schon seit Tagen wie nach einer Stednadel fahndete.

Wie mich das freute!

„Grüß Gott, Onkel Josef“, rief ich freudestrahlend.

Er blieb vor der Hütte stehen, sein Kopf reichte fast bis ans Dach heran: „Serous, Junge! Bist du allein?“

„Jawohl, Onkel Josef, wober belieben Sie zu kommen?“

„Woher?“ und seine Stimme schwall an vor Ueberlegenheit.

„Run, aus der großen, weiten Welt, wie gewöhnlich.“

„Und jetzt bleiben Sie daheim, Onkel Josef?“

„Ja.“

Er sah sich im Regen um, hob seine Nase dem Wind entgegen und starrte, die Fäuste in den Taschen vergraben, zum Röhricht hinüber. Nach einer Weile wandte er sich um: „Wie ich höre, suchst mich dein Großvater...“

Ich antwortete nicht. Ich ahnte nämlich, weshalb ihn der Alte so sehr suchte.

Er sagte noch etwas, aber es schien, als stellte er sich selbst die Frage: „Ich weiß nicht, was er von mir will, daß ich ihm auf einmal so wichtig geworden bin.“

Und indem er dem Herbststurm standhaft entgegen sah, begann er wohlgeklaut zu pfeifen.

Ich betrachtete den pudelhaften Gesellen, wie er da vor der Hütte stand, die Fäuste in den Taschen. Er war ein hochaufgeschossener, etwas vornüber gebeugter Kerl und trug den Stoffhut, der keine Krempe hatte, hinten über das Ohr geschoben. Er stand da in einem vielfach geflickten, hinten an zwei Stellen zerrissenen kurzen Rock, auf den Beinen trug er vollkommen verbläute Soldatenhosen und als deren Fortsetzung schaffiose Stiefel. Die beiden Schäfte hatte nämlich Josef Paczal schon im Vorjahre abgesehen und irgendwo verdrunken. Sein Gesicht war von slowakischem Typ, die Augen standen weit auseinander, und während er, mit den Händen in den Taschen, vor sich hinträllerte, prasselte der Regen auf sein Gesicht hernieder.

Ich bestaunte die engen Hornöbkleider, die in der Mitte der Waden endeten — weiter unten, bis zum Beginn der schafflosen Stiefel, waren die metallfarbenen Beine Josef Paczals sichtbar, von dichten Haaren überwuchert. Er sah mich aus den Augenwinkeln an: „Du quast meine Hosen an? Bei Gott, sie halten wacker stand.“

„Waren Sie auch Soldat? Onkel Josef?“ fragte ich arglos.

Josef Paczal wieherte unterdrückt: „Ob ich Soldat? Ich habe ja nicht Schühwachs gegeben, um drei Jahre lang den Karzen zu schleppen! Ich bin ein freier Burche, mein Söhnchen!“

Der Regen prasselte weiter auf ihn nieder und stieß von seinem rotgerbten Halse auf seine Brust und seinen Bauch herunter. Er trällerte noch eine Zeilang vor sich hin, dann sah er mich an, aus den Augenwinkeln: „Weißt du denn überhaupt, Kind, unter welchen Voraussetzungen die Soldaten-doktoren einen zu den Husaren oder zur Infanterie einreihen?“

„Ich weiß es nicht, Onkel Josef“, beeilte ich mich zu antworten. Denn über soldatische Dinge hörte ich für mein Leben gern erzählen.

„Nun, die Voraussetzungen sind diese: Es handelt sich jeweils darum, wie die Ferse des Rekruten steht. Dessen Ferse nach rückwärts steht, der wird Husar, weil er gerade in die Steigbügel hineinpast. Derjenige aber, dessen Ferse gerade steht, kann nur mehr in die gemeine Infanterie aufgenommen werden, weil er gut marschieren kann...“

„Und wenn mal einer da ist, dessen Ferse nach vorn steht, was geschieht mit diesem?“ fragte ich ungeschickt.

Josef Paczal dachte nach.

„Ich weiß nicht, ob es je einen Dienstpflichtigen gegeben hat, der solche Ferren hatte. Wenn aber ja, dann wurde er sicher zu den Fuhrwehern gesteckt...“

Er schwieg, als wäre er selbst nicht ganz mit dieser Antwort zufrieden. Er zwirbelte seinen Schnurrbart und murmelte vor sich hin.

Der Wind sauste noch immer, das Schiff ringsum wogte und flüsterle, aber der Regen schien nachzulassen. Ich warf ein paar Zweige aufs Feuer. Es mochte um die Mittagszeit sein. Und auf einmal verführten die Wolken sich drüben über den Unger Bergen zu lichten, und in Handtellerebreite schimmerle das helle Blau des Himmels durch, als wäre der Himmel geborsten. Und unerwartet tauchten auch die Kosaken auf, wie sie das schwere Reß hinter sich her schleppten und durch den Moorgrund stampfend ein seltsam langgezogenes Lied sangen. Vielleicht aber irrte ich mich und es war nur das Rauschen des Schiffsmeeres. Wieder hörten wir ein, zwei Schreie aus der unbekanntlichen Ferne, als riefte irgendeine ertrinkende Seele um Hilfe. Fern, sehr fern, schien es, als tauchten die Wälder von Lazonj auf, in deren Tiefe es zahllose Herden gibt, unter Georg Bajbas Oberbefehl. Unter Hand tauchte einige kurze Pausen lang die Ebene von Rézpest auf. In ihrer Mitte standen Ziehbrunnen, und im Kreise um den langen Brunnenarm stand die Pferdeherde zusammengedrängt und die Tiere legten die Köpfe einander über die Nacken. Am drübereken Rande der Ebene trauerlen kahle Weiden, aber so fern, daß sie vielleicht nur in Gedanken da waren. Dort mußte der Oberlofal irgendwo lagern.

Dann schlossen sich die Wolken genau so plötzlich, und ringsum wurde wieder alles finster. Wir sahen die Kosaken nicht, die Wälder von Lazonj verschwand, die Ebene von Rézpest mit ihren Ziehbrunnen ging unter. Nur das Röhricht wogte und der Regen prasselte in das Antlitz der Gewässer.

(Fortsetzung folgt.)

# Die Kredite der Stadtbank.

## Wer verhinderte die Kontrolle?

von den freigewerkschaftlich organisierten geführten Streit. Ulrich betonte auch, daß ihm auch Leute wie der Kommunist Repschläger nicht beleidigen könnten. Repschläger habe erst am 16. d. M. eine Vereinbarung mit den Unternehmern unterzeichnet, die den von den Kommunisten im Bauwerksbund und im Zimmerverband angezielten wilden Streit beim Verbandsbauhaus des Deutschen Metallarbeiterverbandes lang- und langlos quitierte. „Solche Leute“, betonte Ulrich noch einmal mit besonderem Nachdruck, „kann man nicht beleidigen.“

Die Kommunisten veranstalteten während der Ausföhrungen des Genossen Ulrich einen fürchterlichen Spektakel. Wisnewski machte viele Worte über seinen zurückgezogenen Antrag gegen die Sklarek; daß er aber bei den Sklarek gewesen war, bestritt er nicht. Der Bevollmächtigte des Zimmererverbandes, Repschläger, brachte es fertig, die von ihm unterschriebene Verurteilung des wilden Streits zu verleiden. So sehen die kommunistischen Heiden in der Berliner Stadtverordnetenversammlung aus.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„Verträge, durch die die Stadt zu Leistungen irgendwelcher Art über das laufende Rechnungsjahr hinaus verpflichtet werden soll über die die Stadt über das laufende Rechnungsjahr hinaus Dritten Rechte zugestiftet, unterliegen der Beschlußfassung durch die städtischen Körperschaften. Die vorstehenden Vorschriften gelten nicht für im Rahmen der laufenden Verwaltung abgeschlossene, ihrer Natur nach regelmäßig wiederkehrende Verträge.“

## Mit Gas gegen die Ehefrau.

### Drei Jahre Zuchthaus wegen versuchten Mordes.

Der 24jährige W. von Haus aus Schlosser, zurzeit Musiker, hat in der Nacht vom 12. zum 13. Juli d. J. zweimal hintereinander den Gashahn geöffnet, um seine schlafende Ehefrau schmerzlos in den ewigen Schlaf hinüberzuleiten. Das erstmal erwachte die Frau, das andere Mal führte er seine Absicht nicht ganz aus. Er hatte sich vor dem Landgericht III wegen versuchten Mordes zu verantworten.

Die Verhandlung enthüllte traurige eheliche Verhältnisse. Der junge Ehemann war von seiner Frau in der Ehe geschlechtlich angeleitet worden. Um seine Frau an Ordnung zu gewöhnen, verschaffte er sich durch das Wohnungsamt eine Wohnung, kaufte schöne Möbel auf Abzahlung und hoffte nun, ein trautes Heim zu haben. Aber auch das nützte nichts. Die Streitigkeiten zwischen den Eheleuten hörten nicht auf. Da übermannte ihn eines Tages die Verzweiflung. Er öffnete den Gashahn, schloß die Fenster und suchte sich. Erst um 7 Uhr morgens lehrte er in seine Behausung zurück. Die Frau schlief. Am legte er an das Gasrohr einen verlängerten Schlauch an und setzte diesen an das Schlüsselloch der Schlafzimmertür. Dann packte ihn abermals die Neugier. Er wickelte mit Schlägen an die Tür seine Frau. Einige Tage darauf besuchte die Schwiegermutter ihren Schwiegerohn. Er klagte ihr sein Leid. Die Frau aber erzählte ihrer Mutter, was sich zgetragen hatte. Die Schwiegermutter bestand auf Anzeige bei der Polizei. Auf dem Revier erklärte sie: Ich will nicht anzeigen, meine Mutter verlangt es aber.

Jetzt leben die Eheleute einträchtig beieinander. Die Frau sorgt für Ordnung. In der Gerichtsverhandlung verweigerten sowohl die Ehefrau als auch die Schwiegermutter ihre Aussagen. Der Sachverständige Dr. Leppmann konnte nicht mit Bestimmtheit sagen, ob dem Angeklagten im Augenblick der Tat die Ueberlegungsfähigkeit gefehlt habe. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Das Gericht verurteilte den Musiker wegen versuchten Mordes zu drei Jahren Zuchthaus, gab aber schriftlich zu Protokoll, daß die vom Gericht erkannte Mindeststrafe angeht die Tat und der Persönlichkeit des Täters eine zu schwere sei und deshalb auf Gnadenwege in eine mildere Strafe umzuwandeln sei.

## Aufregung in der Potsdamer Straße.

### Lastauto fährt in ein Schaufenster.

Ein schlimmes Ende nahm gestern Abend eine Diebesfahrt mit einem gestohlenen Lastauto. Durch die Potsdamer Straße raste gegen 15 Uhr ein Lastfahneauto der Materhütte. Vor dem Hause Potsdamer Straße 123b verlor der Führer des Autos die Herrschaft über die Steuerung. Im Zickzack fuhr der Wagen über den Bürgersteig und landete mit großem Krach in dem Schaufenster eines Papiergeschäfts. Einige Fußgänger, die in diesem Augenblick die Unfallstelle passierten, hatten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen können. In der ersten Aufregung gelang es dem Führer des Autos, zu flüchten. Sein Mitfahrer dagegen konnte festgehalten und der Polizei übergeben werden. Auf der Revierwache wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß der Lastwagen vor dem Hause der Arbeiterbank in der Wallstraße, wo er einige Zeit gestanden hatte, gestohlen worden war. Der Festgenommene, ein gewisser A. aus der Ringbahnstraße in Tempelhof, der den Betrunknen markierte, gab an, den Chauffeur nicht zu kennen. Er sei von ihm unterwegs zur Mitfahrt aufgefordert worden. Ob diese Angaben stimmen, wird noch nachgeprüft.

## Rechtsrichter unter Anklage.

### Die Berufungsverhandlung Schwarzschild—Bewer verlag

Die Berufungsverhandlung in der Verleumdungsklage des Redakteurs des „Tagebuch“ Leopold Schwarzschild gegen den Senatspräsidenten des Reichsgerichts Reichert und den Reichsgerichtsrat a. D. Bewer nahm einen eigenartigen Verlauf. Rechtsanwält Dr. Paul Levi hatte, wie bereits im „Wend“ berichtet wurde, den Antrag auf Verlesung des Urteils im Rogers-Tatubowsti-Prozess gestellt.

Das Gericht lehnte den Antrag ab mit der Begründung, daß die im Urteil getroffenen Feststellungen für diesen Prozeß ohne Bedeutung seien. Als Rechtsanwalt Dr. Levi darauf aus dem Urteil einige Sätze verlesen wollte, um bezüglich der darin festgestellten Tatsachen an die Angeklagten einige Fragen zu knüpfen, widersprach Rechtsanwalt Elisch. Es folgten einige erregte Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß der Vorsitzende eine Pause anordnete.

Nach der Pause machte Rechtsanwalt Dr. Levi noch einmal den Versuch, noch einmal einige Stellen aus dem Urteil im Prozeß August Rogers und Genossen zu verlesen. Der Vorsitzende hinderte ihn daran. Dr. Levi erklärte darauf: Wenn das Gericht kein Verständnis dafür hat, daß die Verlesung dieser Stellen aus dem Urteil für diesen Prozeß unbedingt erforderlich ist, so werde ich der Verhandlung weiter nur als Nummer Zuhörer beiwohnen. Ich sage kein Wort mehr. Vorsitzender: Stellen Sie irgendwelche Anträge? Dr. Levi: Nein. Der Vorsitzende beugt sich nach rechts und nach links zu den Schöffen und verkündet: Ich vertage die Verhandlung. Dies Ende hatte niemand erwartet.

Eine der Hauptfragen bei der Untersuchung im Falle Sklarek drehte sich bisher darum, wer den Auftrag gegeben habe, die Kontrolle der eingereichten Rechnungen zu unterlassen, die die Sklarek als Unterlage für die Kredite der Stadtbank gegeben haben. Bei den gestrigen Vernehmungen hat nun einer der Beteiligten, und zwar Abteilungsleiter Schröder, die sensationell wirkende Auskunft gegeben, daß nicht er diese Maßnahme eingeführt habe, sondern sein Vorgänger Hirsch, der frühere Abteilungsleiter bei der Danat-Bank, der in diesem Frühjahr gestorben ist.

Unter Hirsch soll die Kontrolle bereits aufgehört haben, und Schröder habe im Sinne seines Vorgängers weitergearbeitet. Ob diese Angabe richtig ist, wird von Regierungsrat Tapolsti noch weiter nachgeprüft, denn dem Disziplinarunterrichtungsrichter liegt ein Bericht Schröders aus dem Herbst 1929 vor, in dem ausdrücklich dem Vorstand der Stadtbank gegenüber alle Maßnahmen aufgezählt werden, die veranlaßt worden waren, um eine Ueberbreitung der Kredite zu verhindern und die Stadtbank gegen Ausfälle zu sichern. Diese Darstellung wird allerdings von Direktor Schmitt nicht in dem oben wiedergegebenen Sinne voll bestätigt, der der Ansicht ist, daß, wenn wirklich bereits unter dem Abteilungsleiter Hirsch die Einstellung der Kontrolle vorgenommen worden wäre, Schröder bei der Uebernahme des Amtes dem Vorstand und der Direktion von dieser so wichtigen Maßnahme hätte Kenntnis geben müssen. Direktor Schmitt machte auch bei seinen Vernehmungen sehr interessante Mitteilungen über die Art und Weise, wie den Sklarek über jede Maßnahme der Stadtbank sofort von ihren Freunden Mitteilung gemacht worden sei. So habe er einmal geschwätzelt sich mit einem Bezirksbürgermeister darüber unterhalten, ob die Uebertragung der Sklarek auch alle in Ordnung gingen. Der Bürgermeister habe das bestätigt, aber schon zwei Tage später sei Max Sklarek zu Direktor Schmitt gekommen, habe sich sehr erregt über dieses Gespräch geäußert und sich dahin ausgesprochen, daß er die Anträge Schmitts an den Bürgermeister geradezu als einen Bruch des Bankgeheimnisses betrachte. Sklarek verbat sich für die Folgezeit derartige Anfragen. Eines Tages habe die Direktion dem Kreditausschuß den Vorschlag gemacht, daß die Stadtbank von den Sklarek eine besondere Provision für die Kredite verlangen möhle, wie das bei Privatbanken auch der Fall sei. Schon am nächsten Tage kam Sklarek wiederum zu Direktor Schmitt und erklärte, daß er auf keinen Fall eine solche Belastung übernehmen werde. In beiden Fällen ist also Sklarek von dem Inhalt der Gespräche Schmitts sofort benachrichtigt worden.

## Die Suspendierung des Bürgermeisters Schneider.

Bürgermeister Schneider ist, wie bekannt, durch seinen augenblicklichen Disziplinarvorgesetzten, Bürgermeister Scholz, vorläufig suspendiert worden. Diese Maßnahme ist jedoch ein Provisorium, das, wie wir erfahren, sobald als möglich dadurch behoben werden soll, daß von der zuständigen Stelle, nämlich vom Oberpräsidenten, ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll. Der Magistrat will jetzt Material sammeln, um dem Oberpräsidium die notwendigen Unterlagen geben zu können, und aus diesem Grunde wird bereits in den nächsten Tagen der jetzige stellvertretende Bürgermeister des Bezirks Mitte, Obermagistratsrat Gordon, gehört werden, der die Geschäftsführung Schneiders genau kennenlernten Gelegenheit hatte. Außerdem sind, wie wir hören, bereits am gestrigen Tage von mehreren Bezirksverordneten Beschwerden beim Oberpräsidium eingegangen, in denen ein disziplinares Vorgehen gegen Schneider verlangt wird.

Herr Schneider verendet übrigens durch seinen Rechtsbeistand Justizrat Werthauer eine Erklärung, in der er es für durchaus unrichtig bezeichnet, irgend etwas mit den strafbaren Handlungen der Gebrüder Sklarek zu tun zu haben.

## Das Verleumder-Gefindel.

Die kommunistischen Peleläuse haben mit unserer Genossin Stadträtin Weyl großes Pech: erst sollte sie einen australischen Dopsumpel besitzen, jetzt einen Herz-Genossin Weyl teilt uns mit, daß sie auch gegenüber dem neuesten Schwindel vom Kermantel an ihrer früheren Erklärung festhalten kann: weder kennt sie die Sklarek, noch hat sie jemals von ihnen direkt oder indirekt etwas erhalten oder bezogen.

Genossin Weyl ist zurzeit auf einer auswärtigen Tagung. Nach ihrer Rückkehr wird sie sich über das weitere Vorgehen gegen die Verleumder schlüssig werden.

## Bezirksamt Kreuzberg packt zu.

Die „Nachtausgabe“ vom 11. Oktober brachte im engen zeitlichen Zusammenhänge mit Mitteilungen über die Sklarek-Affäre eine Notiz, wonach das Bezirksamt Kreuzberg eigens „mehrere handfeste Leute“ angestellt hätte, die als „Hinauswerfer“ die sich über Preis und Qualität der Sklarekischen Ware beschwerenden Unterstützungsempfänger aus dem Gebäude zu entfernen hätten. Diese Behauptung ist im ganzen Umfang unwahr. Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Nachtausgabe“ wird vom Bürgermeister des Bezirks, Genossen Herz, nicht nur wegen übler Nachrede, sondern darüber hinaus wegen Verleumdung Strafantrag gestellt. Ein Vergleich mit einer Notiz des „Lokal-Anzeigers“ ergibt, daß die Beziehung auf Sklarek-Beschwerden erst von der Redaktion der „Nachtausgabe“ hineingebracht worden ist. Die Staatsanwaltschaft wird ersucht, das Strafverfahren möglichst zu beschleunigen und auf baldige Herbeiführung des Hauptverhandlungstermins hinzuwirken. Vorgänge, die sich vor und nach dem Erscheinen des Artikels abspielten, legen — bemerkt hierzu das Nachrichtenamt des Magistrats — den Verdacht nahe, daß mit der Veröffentlichung von einer Seite, die sich durch die Stadt geschädigt glaubt, ein Druck auf die Organe des Bezirksamts zur Durchsetzung eines zurzeit vor Gericht anhängigen Klageanspruchs ausgeübt werden sollte. Der Sachverhalt wird der Staatsanwaltschaft zur Prüfung übermittelt, ob ein strafrechtliches Einschreiten wegen versuchter Erpressung gegeben ist.

Gegen die „Welt am Abend“, die im Anschluß an die Notiz der „Nachtausgabe“ gegen den Wohlfahrtsdezernenten des Bezirksamts Angriffe in beschimpfender Form gerichtet hat, wird gleichfalls Strafantrag gestellt. Der hier zugrundeliegende Sachverhalt ist bereits früher durch einen Ausschuß der Bezirksoberversammlung als völlig einwandfrei klargestellt worden.

## Hotelbrand fordert sieben Opfer.

### Das ganze Haus völlig zerstört.

Seattle (USA), 17. Oktober.

Das hiesige Portlandhotel wurde heute früh durch ein Feuer zerstört. Nach den bisherigen Ermittlungen sind mindestens sieben Personen umgekommen und zwölf verletzt worden.

Aus dem niedergebrannten Portlandhotel sind bisher sieben Personen als Leichen geborgen worden. Mehrere Personen haben lebensgefährliche Verletzungen erlitten. Das Hotel war ein Backsteinbau. Es war innerhalb einer Stunde ein einziger Trümmerhaufen.

## Beim Schiedsmann.

Neben seinem Duzend Amtsgerichten besitzt Berlin noch 514 Schiedsmänner, moderne abendländische Radies, die kurzerhand zahlreiche Streitfälle schlichten und die Gerichte entlasten sollen. Im vergangenen Jahre bearbeiteten diese Berliner Scheriffs insgesamt 17 294 Rechtsstreitigkeiten und Straffälle, so daß auf jeden Berliner Friedensrichter durchschnittlich rund 34 Fälle kamen. Hierbei waren die Charlottenburger Schiedsmänner am schärfsten angepannt, nämlich mit je 68 Fällen, während in Berlin-Mitte nur je 22 mehr oder weniger umfangreiche Kapitalgezeiten und Strafbestrafte auf jeden Schiedsmann entfielen.

Seit zwei Jahren hat eine neue Schiedsmannsordnung den Kreis der Tätigkeit der Schiedsmänner wesentlich erweitert und ihr Hauptwirken erstreckt sich jetzt im Gegenjah zu früher auf Strafsachen. Sie sind die zuständige Vergleichsbehörde für die Fälle des Hausfriedensbruchs, der Beleidigung, der leichten vorfälligen und der jahrlässigen Körperverletzung, der Sachbeschädigung, der Verletzung fremder Geheimnisse und der Bedrohung und in 92,6 Proz. aller derartigen Fälle sind im Vorjahre Antragsteller und Beschuldigte zur Sühneverhandlung erschienen. Von den so unternommenen Sühneverhandlungen sind insgesamt 37,6 Proz. erfolgreich ausgegangen. Bei den rein bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist der Prozentsatz der erfolgreichen Vermittlung noch höher, denn dort gelang es in nicht weniger als 67 Proz. aller Fälle einen außergerichtlichen Vergleich zustande zu bringen. Allerdings ist die Zahl der Sühneverhandlungen vor dem Schiedsmann in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nur gering, sie betrug im vergangenen Jahre im ganzen Gerichtsgebiet von Groß-Berlin nur 113 Fälle.

## Geschenke und Geschäfte.

Ein Mittagsblatt brachte am Freitag einen Aufsatz beizelt „Städtebauamt verbietet geschenkte Autobuswarte“. Da dieser Artikel offenbar auf einseitiger Information beruht, sind wir gezwungen, folgendes festzustellen:

Zunächst ist ganz allgemein zu sagen, daß es Geschenke gibt, die man ablehnt, und daß auch die Stadt Berlin oder die Berliner Verkehrs-A.G. es vorziehen muß, dann ein Geschenk abzulehnen, wenn es sich nicht um ein bedingungsloses Geschenk, sondern um ein Anerkanntes handelt, mit dem ein Gastwirt seine Geschäfte machen will. Die geplante Wartehalle ist nämlich nicht nur eine Wartehalle, sondern das klug ausgedachte Kernstück eines neuen Gastwirtsbetriebes, den sich der Gastwirt auf dem Umwege über ein „Geschenk“ kostenlos zulegen wollte.

## Mit 150 Passagieren in die Luft.

### Eine beabsichtigte Rekordleistung des „Do. X“.

Friedrichshagen, 17. Oktober.

Die starken Nebel, die in der letzten Zeit auch tagsüber größere Flüge mit dem Großflugzeug „Do. X“ verhindert haben, sind vorgestern nachmittags zweimal einen größeren Flug durchzuführen. Das Flugzeug wird am alten Rhein mit 150 Fluggästen aufsteigen. Außer einer größeren Anzahl Pressevertreter werden Werstangehörige das Flugzeug füllen. Der Flug wird insofern eine Rekordleistung darstellen, als noch nie eine so große Zahl von Menschen durch die Luft befördert worden ist.

## Weitere Besserung im Befinden Leipzigs.

Genosse Theodor Leipart hat auch den gestrigen Tag, wie Oberarzt Dr. Kleiber aus dem Hildegard-Krankenhaus mitteilt, sehr gut verbracht. Die Temperatur war normal, die Besserung schreitet fort. Eine erfreuliche Nachricht!

Illuzes Sonnabend im Zoo! Am Sonnabend, dem 19. Oktober, beträgt das Eintrittsgeld in den Zoo ab 3 Uhr nachmittags nur 50 Pf. für 2-wöchens, für Kinder 20 Pf. Die schönen Brühlböden, die uns jetzt noch bedeckt sind, eignen sich ganz besonders zu einem nachmittäglichen Besuch unseres Zoo, der in schöner Brühlböden beim Anblick der schwebenden Fische und aber sonst noch im Reizen befindlichen Tiere sein Recht beansprucht.



Das Wohl Ihres Kindes geht Ihnen gewiß über alles! Beobachten Sie, wie gern viele Kinder Milch trinken, wenn Kaffee Hag dazu gegeben wird. Auch für Ihr Kind ist der koffeinfreie Kaffee Hag das gegebene Getränk. Kaffee Hag ist ein Genussmittel, das selbst dem zarten Organismus des Kindes nicht schädlich ist. Sie sollten unbedingt einen Versuch mit Kaffee Hag machen. Viele Ärzte sagen: „Kaffee Hag ist ein Segen für die Menschheit.“

# Schützt die öffentliche Wirtschaft!

## Die Notwendigkeit der Aufnahme von Anleihen.

Es wird keinen Politiker geben, der nicht genug ist, zu glauben, daß die bürgerlichen Parteien und ihre Presse die aus Anlaß der Claret-Affäre entfachte Hege gegen die Berliner Stadtverwaltung nur aus Gründen der Keimlichkeit betreiben. Der wahre Grund ist vielmehr der, daß sie in dieser Affäre eine wirksame Waffe gegen die verhaßte Berliner öffentliche Wirtschaft gefunden zu haben glauben.

Schon seit Jahren wird von der Privatindustrie ein erbitterter Kampf gegen die immer mehr erstarkende öffentliche Wirtschaft der Kommunen geführt. Bisher ohne Erfolg — trotz tatkräftigster Unterstützung der sogenannten „Beratungsstelle“ und der Reichsbank. Die bevorstehende neue Kostenverteilung aus Anlaß des Young-Planes hat diesen Kampf der Entscheidung nahegebracht und aufs äußerste verschärft. Erst vor kurzem hat die vornehmste und größte Unternehmerorganisation, der Reichsverband der Deutschen Industrie, durch seinen Präsidenten Duisburg erklären lassen, daß der Reichsverband für die Durchführung seiner Forderungen gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand „sich mit aller Energie, unaufhörlich und unerbittlich einsetzen werde“.

Der Kampf gegen die kommunalwirtschaftliche wird daher bei den kommenden Kommunalwahlen nicht nur in Berlin, sondern überall das Hauptobjekt des Kampfes bilden.

Es kommt hinzu, daß in aller kürzester Zeit auch die Entscheidung darüber fallen wird, ob, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Kompetenzen die „Beratungsstelle“ weiterbestehen soll. Nach der vernichtenden Kritik, die der Enqueteausschuh an ihrem bisherigen Wirken und damit zugleich an der Auslandsanleihepolitik des Reichsbankpräsidenten geübt hat, wird es für ihre Befürworter nicht ganz einfach sein, sie in ihrer bisherigen Art weiter „beraten“ zu lassen. Bei dieser Sachlage ist es zu begrüßen, daß vor kurzem zwei Aufsätze erschienen sind, die in wissenschaftlicher, der Tagespolitik entrückter Weise die Ergebnisse der letzten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts zur kommunalen Verschuldung würdigen; der eine im Septemberheft der „Mitteilungen des deutschen Städtebundes“ von Dr. H. W., der andere in Heft 37 des „Wirtschaftsblattes“ von Wilhelm Franke, Berlin. Aus ihnen seien nachfolgend einige Angaben wiedergegeben.

Der für den 31. März 1928 ermittelte Schuldenbestand sämtlicher Gemeinden und Gemeindeverbände von 5774,4 Millionen

umfaßt die Alt- und die Neuverschuldung. Eine wirkliche Kapitalzufuhr stellt nur die seit der Währungsstabilisierung im In- wie im Ausland aufgenommene Neuverschuldung dar; sie beträgt mit 4636,5 Millionen ungefähr vier Fünftel des Gesamtbetrages.

Die so heiß umstrittenen kommunalen Auslandsanleihen machen an der Neuverschuldung mit ihren 541,5 Millionen nur 11,7 Proz. der Neuverschuldung aus.

Das Schwergewicht der Neuverschuldung liegt ganz überwiegend auf der inländischen Verschuldung (4095 Millionen = 88,3 Proz.). Bei den Auslandsanleihen handelt es sich fast ausschließlich um langfristige Kredite (94,5 Proz. mit mehr als zehnjähriger Laufzeit). Die inländische Neuverschuldung ist dagegen nur zu drei Fünftel (2570,4 Millionen) als langfristig anzusehen.

Die langfristigen Schulden sind durchschnittlich um mindestens 1 Proz. niedriger verzinst als die mittel- und kurzfristigen Kredite. Diese durchschnittlichen Angaben erfassen nur die nominalen Zinssätze. Die effektive Zinsbelastung ist wegen der Auszahlungsspesen und der unter Pari liegenden Begebungskurse höher. Die gesamte kommunale Zinslast in 1928 für alle Schuldarten einschließlich der Altverschuldung beläuft sich auf rund 400 Millionen Mark. Von der gesamten Neuverschuldung der Gemeinden über 10 000 Einwohner (3711,1 Millionen einschließlich Hypotheken) sind allein 1458,1 Millionen oder etwa zwei Fünftel den Werken und Betrieben aller Art sowie der Vermögensverwaltung zugeführt worden. 791,5 Millionen, also ein weiteres Fünftel, entfallen auf den Wohnungsbau. Für Straßenbau und Kanalisation, die mit dem Wohnungs- und Siedlungswesen aufs engste zusammenhängen, sind 558,2 Millionen oder 15 Proz. verwendet. Auf das Bildungswesen (in der Hauptsache Schulbauten) entfallen 3,7 Proz., auf das Wohlfahrtswesen (Krankenhausbauten) 6,1 Proz., Förderung der Wirtschaft 1,4 Proz., allgemeine Verwaltung 1,7 Proz., Anstalten und Einrichtungen verschiedener Art 1,1 Proz. Für Sportanlagen sind nur 0,4 Proz. angewendet worden. Schon diese wenigen Ziffern belegen die wirtschaftliche Notwendigkeit der Verwendung der aufgenommenen Gelder.

Die Tätigkeit der „Beratungsstelle“ wird durch die folgenden Zahlen beleuchtet: In den Jahren 1925 bis 1928 hat sie von den beantragten ausländischen Kommunalanleihen in Höhe von

2088,5 Millionen Mark 930 Millionen (45,62 Proz.) befürwortet, der Rest (54,38 Proz.) wurde nicht befürwortet. Von staatlichen Anleihen dagegen wurden 91,98 Proz., von landwirtschaftlichen Anleihen 97,54 Proz. befürwortet. Während also allen Anleihegebern ausländische Anleihen fast reiflos genehmigt wurden, stellte sich den Kommunalbehörden, die ausländische Anleihen aufnehmen wollten, in weit über der Hälfte aller Fälle die „Beratungsstelle“ abweisend entgegen.

Die angeführten Ziffern zeigen schlagend die Unechtheit der gegen die Gemeinden wegen ihrer angeblichen Verschwendungsjucht entfachten Hege. Sie zeigen zugleich, wie schädlich und verfeuert die von der Beratungsstelle betriebene Politik sich letzten Endes für die öffentliche Wirtschaft der Kommunen und damit für die gesamte öffentliche Wirtschaft auswirkt. Die wertvolle Bevölkerung, die die Vorzüge und Vorteile der kommunalen Wirtschaft täglich selber empfindet, wird hoffentlich am 17. November, dem Tage der Stadtverordnetenwahlen, dieser verlogenen Hege ein Ende machen.

## Wählerversammlung in Charlottenburg

### Genosse Czeminaki über den Berliner Wohnungsbau

Wie eng die sozialdemokratische Wählerschaft mit der Partei verbunden ist, zeigte am Mittwochabend eine überfüllte Werbekundgebung des Kreises Charlottenburg im großen Saal des Edenpalastes. Stadtrat Genosse Czeminaki hielt ein ausgezeichnetes Referat:

Er legte eingehend die Arbeit dar, die die Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Wohnungsneubaus geleistet hat. In Berlin sind in den letzten Jahren 140 700 Wohnungen erstellt, das ist Wohnraum für 600 000 Personen. Wenn nicht noch mehr geleistet werden konnte, so in erster Linie weil die Beratungsstelle für Auslandsanleihen den ausländischen Kapitalmarkt für den Wohnungsbau verschloß. Wir haben dafür gefordert, daß keine Hinterhäuser mehr errichtet werden dürfen. Die neuerbauten Wohnungen sollen Heimstätten sein, in denen sich der Arbeiter wohlfühlen kann.

Genosse Witt schloß die Versammlung mit einem Appell an die Wähler, nicht nur für die Sozialdemokratie am 17. November zu stimmen, sondern sich auch als aktive Mitglieder in die große Partei der Arbeiter einzureihen.

Wiederöffnung des Städtischen Schulmuseums. Vom 30. Oktober ab kann an jedem 1. und 3. Sonntag jeden Monats in der Zeit von 10 bis 12½ Uhr das Städtische Schulmuseum (Kaiser-Roh-Stiftung) in der 306. Volksschule, Dunderstraße 64, wieder besichtigt werden. Der Eintritt ist vollkommen frei. Auch während der Sommerzeit, in welcher das Museum geschlossen war, sind nun verschiedenen Seiten, auch von Schülern, wieder manche wertvollen Stücke dem Museum zugeführt worden. Die 509. Volksschule liegt in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Prenzlauer Allee und ist außerdem mit den Straßenbahnlinien 71, 72, 73 sowie Omnibus 30 leicht zu erreichen.

Motto:  
„Von jetzt an stets gut gekleidet!“

**Der Mantel, der halb so teuer ist, weeraussieht, ist unsere Stärke.**

Hier ist ein famoses Beispiel dafür, einen welch modernen, guten Mantel Sie schon für Mk. 62<sup>50</sup> bei uns bekommen können, ein Mantel, dessen Wert wohl beinahe jeder auf Mk. 100- und mehr schätzen würde. Und von solchen gut aussehenden, aus guten Stoffen gut verarbeiteten Mänteln ist unser Lager voll.

Über solche Tatsachen einfach blind hinwegzusehen, wäre töricht. Wenn Sie zu den klugen Männern gehören, die auch für wenig Geld gut und elegant angezogen sein wollen dann —



Derhochmoderne elegante Ulster — blaugrau, braun — mit dezentem Ueberkaro und hübscher Absteifer; im Stehplap, Stoff in der Ausführung aufgestepter Kunststoffe, die Ärmel mit Kunstseide gefüttert. Der Ulster kostet

62<sup>50</sup>

„Um Himmelhüllen, Dick, solch' teuren Mantel?“

„Beruhige Dich, Kiddy, er ist halb so teuer, wie er aussieht.“



**GEHEN**

Königstr. 33 Chausseestr. 113  
Am Bn. Alexanderplatz beim Stettiner Bahnhof

**C&A**  
BRENNINKMEYER

# Aus der Arbeit der Bezirke.

## Gäbels Sklarek-Dienste.

### 3. Bezirk - Wedding.

Die letzte Bezirksverordnetenversammlung konnte endlich, nachdem durch das tumultuarische Verhalten der Kommunisten bereits zwei Versammlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten, den Haushaltsplan gegen die Stimmen der Kommunisten verabschieden.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen kamen Anfragen der Bürgerlichen Vereinigung, der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunisten, die sich alle mit dem Fall Sklarek befaßten, zur Beratung. Der Kommunist Bogde benutzte die Gelegenheit, um eine der üblichen Schimpftiraden gegen unsere Partei vom Stapel zu lassen. Einen durchschlagenden Heiterkeitserfolg erzielte er, als er sich von seinem Wahrheitsdrange soweit hinreißen ließ, zu erklären: „Wenn er alle diejenigen aufzählen sollte, die wegen Korruption aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen seien, dann brauche er Stunden dazu.“ Die Antwort des Genossen Bürgermeister Leid war eine glänzende Rechtfertigung sozialdemokratischer Kommunalpolitik im Bezirk Wedding. Genosse Leid konnte feststellen, daß der Bezirk Wedding durch die Gebrüder Sklarek in keiner Weise geschädigt ist. Soweit heute feststeht, ist auch kein Beamter des Bezirksamtes in die Affäre verwickelt. Einen peinlich verlegenen Eindruck machten die Kommunisten, als Genosse Leid den Brief des kommunistischen Stadtrates Gabel verlas, den wir bereits im gestrigen „Abend“ veröffentlichten. Der Bürgermeister wies in diesem Zusammenhange nach besonders darauf hin, daß Oberbürgermeister Böhm im Jahre 1926 allen Bezirksamtern in einem Rundschreiben mitteilen ließ, daß die Geschäfte der Anstaltsgesellschaft nunmehr in die Hände der K.B.G. übergegangen sei. Man mußte damals annehmen, daß die neue Firma lediglich die Aufgabe haben sollte, die Liquidation durchzuführen. Erst durch den Brief des Genossen Gabel wurde man eines anderen besahrt. Damals wäre es Pflicht des kommunistischen Stadtrates gewesen, darüber zu machen, daß nach der Liquidation wiederum die Stadt die Führung erhielt.

Genosse Leid stellte fest, daß gerade durch den von Gabel abgeschlossenen Vertrag mit den Sklareks, der ihnen eine Monopolstellung einräumte, die Korruption gefördert worden sei. In einer unglaublichen Szene kam es während der Rede des Genossen Leid. Die unbedeutenden Wahrheiten, die sich die Kommunisten von ihm lassen wollten, konnten sie nicht anders als mit einem tätlichen Angriff begegnen. Die Bezirksverordnetenversammlung artete in einen wüsten Tumult aus und mußte daraufhin ein drittes Mal, ohne ihre Tagesordnung erledigt zu haben, durch die Schuld der Kommunisten vertagt werden. So steht die kommunistische Kommunalpolitik aus. Aber die Weddingener Arbeiterschaft wird ihnen dafür bei den Kommunalwahlen die gebührende Quittung erteilen.

## Eigene Listen der Linkskommunisten.

### 18. Bezirk - Weissenfee.

Die Beratung der Bedarfsanmeldung beschäftigte die letzte Bezirksverammlung. Für unsere Partei sprach Genosse Falkenstein. Er schilderte kurz die Entwicklung des 18. Bezirks seit der durch uns geschaffenen Einheitsgemeinde Groß-Berlin bis zum heutigen Tage. Die Straßen sind bedeutend verbessert worden, viele Wohnhäuser haben wir entstehen sehen, ein Pyzium ist neu erbaut worden, eine weltliche Volksschule ist im Bau begriffen. Die Errichtung des Altersheims und der Neubau des

Hauses der Kinder sowie die Schaffung des Freibades Dranksee dienen hervorgehoben zu werden. Als dringende künftige Aufgaben bezeichnete Genosse Falkenstein die Erweiterung des Krankenhauses, den Bau des Feuerleitgebäudes und des Hallenbades sowie weiterer Schulbauten. Falkenstein erklärte, daß die Partei, die mit zirka 22 Millionen abschließende Bedarfsanmeldung annehmen werde. Kommunisten und Deutschnationale erklärten, daß sie die Bedarfsanmeldung ablehnen. Der Linkskommunist Böttcher rechnete alsdann in temperamentvoller, aber sachlicher Weise mit der K.P.D. ab. Er gab den Kommunisten den Rat, nicht dauernd von den glänzenden Verhältnissen Ruhlands zu sprechen, wo doch aller Welt die Rückvidierung Ruhlands bekannt ist. Böttcher kündigte an, daß die Linkskommunisten mit eigenen Listen in den Kommunalwahlkampf eintreten werden. Die Bedarfsanmeldung wurde ohne Spezialberatung mit 15 gegen 11 Stimmen einstimmig angenommen.

Angenommen wurde ferner ein Dringlichkeitsantrag der S.P.D., der das Bezirksamt bittet, beim Magistrat auf schleunige Errichtung des Feuerwehrdienstgebäudes hinzuwirken. Eine Anfrage unserer Partei in der Sklarek-Angelegenheit beantwortete der Bürgermeister Genosse Pannkuch dahin, daß Lieferungsaufräge des Bezirksamtes gefällt worden sind, daß aber das Bezirksamt nicht geschädigt worden ist.

## Die Partei in der Werbewoche.

### Glänzende Veranstaltung im Friedrichshain.

Im Rahmen der sozialdemokratischen Werbewoche veranstaltete auch die 32. Abteilung des 5. Kreises Friedrichshain in Schmidts Gesellschaftshaus eine öffentliche Versammlung.

Der Bürgermeister dieses Bezirkes, Genosse Rielich, erörterte die Frage „Warum muß jeder Sozialdemokrat sein?“ unter Berücksichtigung der verschiedensten Gesichtspunkte. Er verfuhr dabei sehr objektiv und versuchte nichts zu verschönern. Es war interessant zu erfahren, mit welchem Eifer Herr Stadtrat Gabel dafür gejorgt hat, daß die Sklareks nur ja sämtliche Aufträge zur Ausführung erhielten. Genosse Rielich ging dann dazu über, in seiner Rede eine Schilderung von den sozialen Einrichtungen der Stadt Berlin zu geben, die alle nur dem Antrieb der Sozialdemokratie zu verdanken seien. Man müsse immer wieder betonen, daß am Ende der Inflation nur völlig leere Kassen vorhanden waren. Die Sozialdemokratie hat nicht nur das Chaos verhindert, sondern hat Leistungen vollbracht, die in der ganzen Welt bewundernd anerkannt worden sind. Eine Partei, die so in Kommune, Staat und Reich manchmal mit dem Mut zur gegenseitigen Unpopulartät gearbeitet habe, hat den Beweis erbracht, daß sie des Vertrauens der Massen wert ist. Unfernen Segnern, die zahlreich sind, können wir mit voller Berechtigung zurufen: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“

In das vom Abteilungsleiter ausgebrachte Hoch auf die internationale Sozialdemokratie stimmte die ganze Versammlung begeistert ein. Es gingen bedeutend mehr Sozialdemokraten fort als gekommen waren. Der glänzende Verlauf aller unserer Werbveranstaltungen zeigt, daß die Werbewoche nicht nur für die Mitgliederziffern der Partei einen großen Erfolg bedeuten wird, sondern daß sie sich auch für die Entscheidung am 17. November günstig auswirken wird.

## Stadtbaurat Wagner antwortet.

### Gegen verleumderische Presseangriffe.

Da es Stadtbaurat Genosse Wagner geschäftsordnungsmäßig nicht möglich war, eine von der Demokratischen Stadtvorordnetenfraktion gestellte Anfrage sofort zu beantworten, ließ er gestern den Mitgliedern der Stadtvorordnetenversammlung eine Erklärung über seine Stellung zu der Zeitschrift „Das neue Berlin“ zugehen, die wir nachstehend auszugswise wiedergeben.

Wagner wendet sich gegen die Angriffe der bürgerlichen Presse und erklärt, was jedem Zeitungsjahrmann natürlich bekannt sein mußte, daß er mit dem Verlagsgeschäft der Zeitschrift „Das Neue Berlin“ nichts zu tun habe. Er fährt dann fort: „In einer politisch aufgeregten Zeit, in der auch der laubestielte Mensch vor den vergifteten Pfeilen einer entarteten Presse nicht sicher ist, versucht man sich die Aufklärung aller auch nur scheinbaren Fehler hochgestellter Beamter zunächst persönlich zu verschaffen. Das ist, was ich ausdrücklich feststellen möchte, nicht geschehen. Als Herausgeber der Zeitschrift „Das Neue Berlin“ habe ich mit dem Verlagsgeschäft und der Anzeigenwerbung ebensowenig etwas zu tun wie Duzende namhafter Wissenschaftler, Stadträte und Stadtbauräte, die an der Herausgabe irgendeiner wissenschaftlichen oder kulturellen Zeitschrift beteiligt sind. Darüber hinaus habe ich die Beziehung zwischen dem Verlagsgeschäft und meiner Tätigkeit als Herausgeber zu einer gewiß sehr ungewöhnlichen Klarstellung und Säuberung dadurch gebracht, daß ich es schon bei der Lebendnahme der Herausgeberschaft abgelehnt habe, für diese Tätigkeit ein direktes oder indirektes Honorar entgegenzunehmen. Ebenso habe ich es abgelehnt, mir irgendeinen eigenen literarischen Beitrag in dieser Zeitschrift honorieren zu lassen.“

Genosse Wagner sagt weiter, daß natürlich keine Zeitung heute ohne Anzeigen bestehen könne, daß er aber bereits in einem Schreiben vom 18. Januar d. J., also bei Erscheinen der ersten Nummer der Zeitschrift, den Verlag dringend ersucht habe, bei der Werbung von Anzeigen seinen Namen nicht in den Vordergrund zu stellen, und daß er den Verlag nach Anforderung des geringsten Werbedreibens heute von neuem aufgefordert habe, bei der Anzeigenwerbung seine Namensnennung zu unterlassen.

Schon vor Monaten habe er den Verlag darauf aufmerksam gemacht, daß er seine Herausgeberschaft mit dem ersten idealen Ausbau der Zeitschrift beenden sehen möchte.

Die Erklärung schließt mit folgenden Worten: „Aus dieser Feststellung werden Sie entnehmen müssen, daß die Anfrage der Demokratischen Partei einer sensationslüsternen Presse keine Beranlassung geben kann, mein Amt und meinen Namen in die Giftgasatmosphäre der Sklarek-Angelegenheit hineinzuziehen. Sollte es trotz dieser Erklärung dennoch geschehen, dann hätte ich keinen dringenderen Wunsch als den, der hier am Dienstag von Herrn Dr. Caspari ausgesprochen wurde, und der dahin ging, eine Liga anständiger Menschen aus allen Parteien zum Schutz der Ehre und des Namens der im öffentlichen Dienst stehenden Persönlichkeiten zu bilden.“

Die Freie Schulforschung Berlin-Tempelhof veranstaltet am Sonntag, dem 26. Oktober 1929, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der 1. Volksschule, Tempelhofer, Mantuffelstr. 66, einen Werbemitteltag. Unter anderem findet ein Bildbühnenkonzert über: „Die Welt ist in der Gemeinheitschule“ statt. Der Eintritt ist frei. Infolge der bestehenden Bestimmungen, erhöht die Freie Schulforschung Annehmungen für die weltliche Schule bis spätestens 15. November an Frau M. Seiff, Braunschweiger Ring 46.

Erfüllungskrankheiten, wie Grippe, Infuenza, Rheumatismus, können sich nicht so leicht in einem Organismus festsetzen, der widerstandsfähig ist. Nehmen Sie zeitigen Reichels Bacholder-Extrakt „Marte Medica“. Er steigert die Aktivität der Lebensfunktionen und hilft Krankheiten durch Ausscheidung von schädlichen Ablagerungen und Säuren aus dem Blute verhindern. In Drog. u. Apoth. erhält., echt nur in Originalfüllungen mit Marke Medica.

Besser essen / weniger dafür ausgeben / durch KARSTADT's gute

# Lebensmittel

## Butter und Käse

Molkebutter	Pfd. 1.75
Tafelbutter hochrein	Pfd. 1.95
Dänische Butter	Pfd. 2.25
Tafelmargarine	Pfd. 0.50
Gouda	20% Pfd. 0.65
Tilsiter	25% Pfd. 0.85 20% Pfd. 0.60
Camembert	1/4 Schachtel 0.65
Hornkäse	1 Pfd. Fabrik 0.65

## Kolonialwaren

Zucker fein	Pfd. 0.25
Erbisen gelbe	Pfd. 0.22
Viktoria-Erbisen	Pfd. 0.23
Linsen neue Ernte	Pfd. 0.25
Bohnen weiß	Pfd. 0.45
Auszugmehl	5-Pfd. Beh. 1.15
Burma-Reis	Pfd. 0.21
Moulin-Reis	Pfd. 0.25

## Weine u. Spirituosen

Apfelwein	Ltr. 0.52
Johannisbeerwein	Ltr. 0.55
Tarragona	Ltr. 1.05
Samos	Ltr. 1.20
Malaga	Ltr. 1.20
Muskat	Ltr. 1.20
Uttel (Span. Rotwein)	Ltr. 1.20
Edenhobener (Weißwein)	Ltr. 0.90
Martiner (Weißwein)	Ltr. 1.00
Niersteiner Domtal	Ltr. 1.30
Reiner Weinbrand	1 Ltr.-Fl. 4.40
Weinbrand Verschnitt 30%	1 Ltr.-Fl. 4.10
Weinbrand (Binger Aulsee)	Fl. 4.95
Alter Wachholder	1 Ltr.-Krug 3.50
Jägerstolz (Edelkorn)	1 Ltr.-Fl. 4.50
Obstekt zur Boule	Fl. 4.25
Himbeersaft, lose	1 Ltr. 1.80

## Kaffee

Columbia-Mischung	Pfd. 4.20
Portorica-Mischung	Pfd. 3.80
Costarica	Pfd. 3.60
Caracas	Pfd. 3.40
Konsum-Mischung	Pfd. 2.20
Auslese-Kaffee	Pfd. 1.90
Malshaffee	Pfd. 0.25
Kaffeegewinn „Kaiser“	Pfd. 0.25

## Konfitüre

Pflaumen-Konfitüre	ca. 1-Pfd.-Gl. 0.50
Aprikosen-Konfitüre	ca. 1-Pfd.-Gl. 0.55
Vierfrucht-Marmelade	2 Pfd.-Ein. 0.95
Apfel-Äpfelkosen	2 Pfd.-Ein. 0.95
Ananas-Konfitüre	lose Pfd. 0.50
Erdbeer-Konfitüre	lose Pfd. 0.50
Pflaumenmus	lose Pfd. 0.50
Preißelbeeren	lose Pfd. 0.50

## Delikatessen

Fettfische in Tomaten	Ds. 0.50
Kräuter-Anchovis	Gl. 0.40
Portug. Oelsardinen	Chbd. 0.50
Makrelen	Pfd.-Ds. 1.10
Sauere Gurken	Stck. 0.10
Sauerhohl	Pfd. 0.12
Heringsalat	Pfd. 0.90
Delikatess-Heringe	1 Schach. 0.50

## Obst-Konserven

Apfelmus	2-Pfd.-Ds. 0.65
Pflaumen m. Stein	2-Pfd.-Ds. 0.65
Mirabellen	2-Pfd.-Ds. 1.00
Ananas	2-Pfd.-Ds. 1.20
Sauerhirschen m. Stein	2-Pfd.-Ds. 1.10
Sauerhirschen a. Stein	2-Pfd.-Ds. 1.20
Gem. Früchte	2-Pfd.-Ds. 1.05
Aprikosen kalte	2-Pfd.-Ds. 1.25

## Grüne Pflanzen und Palmen

Cocos-Palmen	ab Stck. 0.60
Kentia-Palmen	ab Stck. 1.90
Aspidistra	ab Stck. 1.50
Clivia	ab Stck. 3.00
Aracaria (Edeltaupe)	ab Stck. 1.20

## Ausgeschlachtete Gänse zu billigsten Preisen

Nachfrage vorbehalten

## Gemüse-Konserven

Karotten geschm.	2 Pfd. Ds. 0.65
Junge Erbsen mittelfein	2 Pfd. Ds. 0.75
Junge Erbsen fein	2 Pfd. Ds. 0.95
Junge Erbsen m. Karotten	2 Pfd. Ds. 0.75
Junge Schnittbohnen	2 Pfd. Ds. 0.75
Gemischtes Gemüse	2 Pfd. Ds. 0.95
Stangen-Spargel dünn	2 Pfd. Ds. 2.20
Brech-Spargel dünn	2 Pfd. Ds. 2.00

## Obst und Gemüse

Preißelbeeren, ungew.	5 Pfd. 0.85
Graubirnen zum Einmachen	Pfd. 0.15
Gelbe Tafeläpfel	Pfd. 0.15
Frans. Goldweizen	Pfd. 0.45
Tomaten	Pfd. 0.15
Bohnen	Pfd. 0.25
Wirsinghohl	Pfd. 0.05
Kartoffeln	10 Pfd. 0.32

## Wurst und Fleischwaren

Sülze	Pfd. 0.45
Sächs. Blut- oder Leberwurst	Pfd. 0.50
Frische Blut- oder Leberwurst	Pfd. 0.75
Sülzwurst	Pfd. 0.90 0.55
Speckwurst	Pfd. 1.05
Dampfwurst	Pfd. 1.00 0.40
Leberwurst (Hausm.)	Pfd. 1.25 1.10
Wiener Würstchen	Pfd. 1.25

## Fleischwaren

Fleischwurst	Pfd. 1.15
Jagdwurst	Pfd. 1.15
Schinkenpolnische	Pfd. 1.35
Feine Leberwurst	Pfd. 1.40
Streichmettwurst 1. Rg.	Pfd. 1.40
Filetwurst	Pfd. 1.60
Zerelat und Salami	Pfd. 1.65
Teewurst	Pfd. 1.80

## Konfitüren

Honigbonbon	Pfd. 0.45
Malabonbon	Pfd. 0.45
Kokosflochen mit Schok.	Pfd. 1.00
Spekulatius Rhein.	Pfd. 0.60
Spitzbüchen	Pfd. 1.00
Teegebäck-Mischung	Pfd. 1.00
Hausbackkakao	Pfd. 0.55
Vollmilch Bismarck	100gr. Tr. 0.25

## Backwaren

Rollkuchen	Stck. 0.75
Spritzkuchen	3 Stck. 0.25
Buttercremetorte	Stck. 0.95
Apfeltaschen	Stck. 0.15
Hbg. Klößen	Stck. 0.50
Berl. Napfkuchen	ab 0.50
Mohnstangen	Stck. 0.50
Wiener Gebäck	3 Stck. 0.10

## Wild u. Geflügel

Mast-Hühner	Pfd. an 0.95
Junge Gänse	Pfd. an 0.95
Mast-Enten	Pfd. an 1.20
Tauben	Stck. an 0.65
Rebhühner	Stck. an 1.40

Derselbe nach allen Stadtteilen ausgenommen verderbliche Waren

# KARSTADT

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ, DER KARSTADT-BAHNHOF

## Fische

Schellfisch m. Kopf	Pfd. 0.35
Rotharsch m. Kopf	Pfd. 0.40
Grüne Heringe	3 Pfd. 0.65
Lab. Spiegelharpfen	Pfd. 1.10
Büchlinge	Pfd. 0.25

Derselbe nach allen Stadtteilen ausgenommen verderbliche Waren

# Verschleierte Bilanzen.

## Die Rückstellungspolitik der Bauunternehmungen.

Im Zusammenhang mit der Kundfrage des Reichsjustizministeriums über die Aktienrechtsreform ist in vielen Blättern wiederum auf die übliche Gepflogenheit, die Bilanzen zu verschleiern, hingewiesen worden. Die grundsätzliche Kritik, die daran geübt wurde, sei hier durch Darstellung von Einzelfällen ergänzt. Als Material dienen die Jahresausweise sämtlicher Bauunternehmungen mit 2 Millionen Mark Mindestkapital, deren Aktien oder Anteile gehandelt werden, achtzehn an der Zahl.

### Den Bauunternehmungen ist es seit der Stabilisierung Jahr für Jahr besser gegangen.

Von insgesamt 70 Abschlüssen weisen nur 3 Dividendenreduktionen auf; im letzten Jahr blieb keine Firma dividendenlos. Selbstverständlich ist die fortschreitende Besserung der Geschäftslage an den Abschlüssen nicht spurlos vorübergegangen. Was sie an Spuren hinterlassen hat, bleibt hinter dem wahren Grad des Erfolgserfolgs weit zurück. Die Bildung offener sichtbarer Reserven aller Art gibt die wirklich erfolgte Vermögensstärkung zweifellos nicht wieder. Es fällt jedenfalls schwer zu glauben, daß die Geschäftslagen im Laufe einer Reihe erfolgreicher Jahre ihren Aktionären ausnahmslos ein Mehrfaches dessen zugewandt haben, was sie zur Auffüllung ihrer Reserven verwendeten. So gab

die Firma	im Lauf von ... Jahren	an die Aktionäre	an die offenen Reserven	h. h. an die Aktionäre ... Prozent mehr als an die off. Reserven
Philipp Holzmann	3 (seit 1926)	5 215 000	179 000	3000 Proz.
Grün u. Biffinger	4 (1925)	1 766 000	281 000	600 "
Berlinische Boden	4 (1925)	1 440 000	164 000	800 "
Wäg. Häuserbau	3 (1926)	845 000	76 000	1100 "
Boswau u. Knauer	3 (1926)	1 108 000	40 000	2750 "
Gebr. Goehardt	3 (1926)	900 000	100 000	900 "
H. G. f. Bauausführungen	2 (1927)	300 000	44 000	680 "

Das sind diejenigen Unternehmungen, die seit 1925 keine Kapitalerhöhung vorgenommen haben, bei denen die Reserven also restlos aus Betriebsgewinnen gespeist werden. Bei den anderen, die ihre Reserven außerdem mit Emissionsgewinnen auffüllen konnten, liegen die Verhältnisse nicht anders; nur sind sie der Schwere wegen, denen die Trennung des Reservenwachses nach seiner Herkunft begegnet, weniger eindeutig. Soweit sie dies aber sind, fügen sich die Firmen der Auffassung an, daß gerade bei einer Firma, die seit 1925 ihr Kapital erhöht hat, ist das Verhältnis zwischen Zuzuwendungen an die Aktionäre und Zuzuwendungen an die offenen Reserven besonders groß. Es handelt sich um

### Julius Berger.

Dieses Unternehmen, das in den letzten Jahren stets die höchsten Dividenden erklärte, führte seit 1925 dem Reservefonds aus Betriebsgewinnen ein einziges Mal ganze 42 000 M. zu, während an die Aktionäre 1 163 000 M. ausgeschüttet wurden! Diese einmalige Zuzuwendung stellt fraglos eine Verlegenheitsbuchung dar, denn irgendein Anlaß, gerade im Jahre 1925 gerade diesen Betrag zur Dotierung des Reservefonds zu benutzen, ist nicht ersichtlich. Julius Berger verfolgt ganz offensichtlich das Prinzip, aus Betriebsgewinnen überhaupt keine offenen Reserven zu bilden, deren Auffüllung vielmehr nur Emissionsgewinne heranzuziehen. Daß die Relation zwischen Reserve und Aktienkapital mit knapp 40 Proz. gleichwohl überaus günstig und höher als bei jeder anderen Bauunternehmung ist, liegt an der Höhe des Börsenurses; auch bei Einräumung günstiger Bezugsrechte wird Berger immer noch hohe Emissionsgewinne erzielen. Wo diese Quelle spärlicher fließt oder wo Kapitalerhöhungen gar vermieden werden, weist die Reserve bei Befolgung dieses Prinzips eine ganz unheimliche Höhe auf.

Am trübseligen zeigen dies die Bilanzen von Boswau und Knauer. Nach drei guten Jahren hat man dort das genannte Verhältnis von gut 1/2 Proz. auf 1,7 Proz. gebracht! Man wird nicht der Übertreibung geziehen werden können, wenn man feststellt, daß eine solche

### Art der Bilanzierung dem Grundsatz der Wahrheit geradezu hohn spricht.

Für das Verhältnis zwischen Gewinnverbleib und Gewinnausschüttung ist dasjenige von Zuzuwendungen an die offenen Reserven und Gewinnausschüttung nicht kennzeichnend. Es gibt einen Weg, Gewinne schlicht dem Unternehmen zu sichern, ohne die offenen Reserven zu erhöhen: Abbau der Schulden. Die Jahresausweise übergehen ihn freilich, indem sie das Gewinnkonto um den Betrag, der zur Verringerung der Schuldenlast — worunter nur langfristige festverzinsliche Schulden zu verstehen sind, denn andere sind in dieser Beziehung erst gar nicht zu verfolgen — dem Vorweg kürzen. Selbstverständlich ist diese buchhalterische Maßnahme auf die Tatsache, daß es sich hier um echte Verwendung eines Teils des Gewinnes zugunsten der Unternehmung handelt, ohne jeden Einfluß.

Einige Bauunternehmungen sind in dieser Weise verfahren, so

daß das Verhältnis zwischen offen einbehaltenem und ausgeschüttetem Gewinn bei ihnen besser ist als die genannten Zahlen bezogen. Relativ ist es sogar bedeutend besser; die Ueberschussquote sinkt bei Gebr. Goehardt von 900 Proz. auf 450 Proz., bei Boswau und Knauer von 2750 Proz. auf 1450 Proz. Aber die so berichtigten Ziffern sind immer noch zu groß, als daß sie den anfangs ausgesprochenen Zweifel, die Reservebildung erfolge tatsächlich so, wie in Gewinnverteilungsplan, Erfolgsrechnung und Bilanz dargelegt wird, beheben könnten.

Rückstellung im eigentlichen Sinne des Wortes, wenn auch nicht für eine längere Spanne als ein Jahr gedacht, ist auch der Gewinnvortrag. Seine ursprüngliche Funktion war, etwaige Gewinnrückgänge auszugleichen, die Beobachtung einer stabilen Dividendenpolitik zu erleichtern. Heute hat er sie eingebüßt. Was will es zum Beispiel besagen, wenn Julius Berger Vorträge in Höhe von 50 000 bis 75 000 M. ausweist; sie sind zu beiseite, um erforderlichenfalls die Stützung der Dividende um auch nur 1 Proz. zu erlauben! Genau so steht es bei Boswau und Knauer, Benz und Co., und hochtief, nicht viel besser bei vielen anderen. Gewinnvorträge in aus-

reichender Höhe nahmen letztes Jahr, das in dieser Beziehung günstig dasteh, nur Industriebau-Held und Franke, Grün und Biffinger, Allgem. Häuserbau und drei bis vier weitere Firmen vor.

Aber der Gewinnvortrag soll auch eingeladenermaßen nicht mehr zum Gewinnausschütt in der Zukunft dienen; wie könnten sonst Bank und Freistog den Vortrag, den sie in ein Jahr rückläufiger Dividendenbemessung übernommen haben, unverändert in das nächste übertragen! In Wirklichkeit ist er eben nur noch eine bedeutungslose Rechengröße, deren Fehlen die ohnehin schon undurchsichtige Rechnung nicht sonderlich berühren würde.

### Versteckte Reserven.

Wären die offen ausgewiesenen Rücklagen die einzigen, die die Bauunternehmungen gemacht hätten, so wäre es um die Fähigkeiten ihrer Leiter in Finanzfragen schlecht bestellt. In Wirklichkeit wurden weitere Rücklagen gemacht, die als solche nur nicht kenntlich sind. Wahrscheinlich sind diese versteckten Reserven sogar um ein Mehrfaches größer als die offenen; andernfalls stünde die Freigebigkeit gegenüber den Aktionären in keinem Verhältnis zur Kapitalbildung innerhalb der Betriebe. Daß diese allgemein betrieben wird, ist bekannt, und ein Grund, gerade für die Bauindustrie, deren Kreditituation nicht die beste ist, das Gegenteil anzunehmen, liegt nicht vor. In Berücksichtigung der günstigen Geschäftslage wird man die Jahresausweise der Bauunternehmungen als Schulbeispiele für die Bilanzverschleierung zum Zwecke des Gewinnverbleibs ansehen müssen.

# Möglichkeiten der Konzentration.

## Bankenfusion und Industrie.

Wenn zwei Banken vom Range der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, Banken, die so eng mit zahlreichen Industrien, Transport- und Handelsgesellschaften verflochten sind, miteinander verschmelzen, so muß das für alle diejenigen Gesellschaften, deren hauptsächlichste Bankverbindung bisher eine dieser beiden Banken gewesen ist, ebenfalls von entscheidender Bedeutung werden. Die Fusion wird den Bankinstituten, die im Ausland miteinander im Wettbewerb standen, aber die im Inland einen freundschaftlichen Kontakt wählten, die Möglichkeit geben, ihre industriellen Interessen, die sie bisher trennten, zu vereinen — mit diesen Worten kennzeichnete dieser Tage eine bekannte französische Wirtschaftskorrespondenz („Agence Economique et Financiere“ vom 30. September) die wichtigste wirtschaftliche Konsequenz des Zusammenschlusses.

Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß nun auf einen Schlag etwa alle gleichartigen Industrieunternehmungen ebenfalls miteinander verschmelzen werden; denn auch die Deutsche Bank stand bereits seit Jahren in intimsten Geschäftsbeziehungen zu einer ganzen Reihe Maschinen- oder Textilfirmen, ohne daß sie bisher diese ihre Kunden zu einer Fusion veranlaßt hätte. Trotzdem wird auf jeden Fall nunmehr eine neue Periode großer Industriekonfusionen zu erwarten sein — überall mit dem gleichen Zweck, größere, kapitalstärkere Konzerne zu entwickeln, deren Produktions- und Betriebskosten zu vermindern und insbesondere auch das Lohnniveau zu senken, das heißt nach Möglichkeit Arbeiter- und Angestelltenentlassungen vorzunehmen. Nicht zuletzt diese Seite der Bankenfusion ist es daher, die von der Arbeiterklasse mit ganz besonderer Aufmerksamkeit beachtet wird; denn es handelt sich bei den Firmen, die mit diesen beiden Banken verbunden sind, um einen sehr großen Teil der deutschen Wirtschaft.

Einige wichtige Beispiele solcher Konsequenzen seien hier genannt.

In der Kaliindustrie, wo seit Jahren eine starke Tendenz zu immer stärkerer Konzernbildung und Rationalisierung zu beobachten ist, steht die Disconto-Gesellschaft dem Konzern Salzgitter, A. Schererleben, Westeregeln nahe, während die Deutsche Bank an der Kalichemie K. G. interessiert ist, jenem kalichemischen Konzern, der im vergangenen Jahr durch Verschmelzung des Kalkonzerns Neustadt-Friedrichshall mit der Rheinania-Kunheim Verein Chemischer Fabriken K. G. entstanden ist.

In der Elektro- und Elektrizitätsindustrie steht die Deutsche Bank schon seit Jahren, zum Teil Jahrzehnten, dem Siemens-Konzern besonders nahe, ebenso auch der mit Siemens zusammenarbeitenden Finanzierungsgesellschaft Elektrische Licht- und Kraftanlagen K. G. Erst im vergangenen Jahr hat diese Finanzierungsgesellschaft ihr Aktienkapital erhöht und ihre Verbindung zu Siemens noch mehr verengt. Andererseits arbeitet die Disconto-Gesellschaft aufs engste mit der größten deutschen Finanzierungsgesellschaft für Elektrizitätsunternehmungen zusammen, nämlich der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen). Auch zu der Firma Ludw. Loewe, die heute mehr eine Dach- und Beteiligungsgesellschaft als eine Maschinenfabrik ist und die ihrerseits mit der Gesellschaft seit Jahrzehnten verbunden ist, steht die Disconto-Gesellschaft in allerengsten Geschäftsbeziehungen. Ferner wird von der Disconto-Gesellschaft die Deutsch-Akanatische Telegraphen-Gesellschaft kontrolliert, anderer-

seits von der Deutschen Bank die Bergmann-Werke, die A. Bintsch-K. G., die Deutsche Telefonwerke und Kabelindustrie K. G.

In der Metallverarbeitung und im Maschinenbau sind als enge Geschäftsfreunde der Deutschen Bank zu nennen: Hirsch-Kupfer, die Maschinenfabrik Budau, Schuberth u. Salzer, Borzig, Rannesmann usw., andererseits für die Disconto-Gesellschaft außer Ludw. Loewe die Sächsische Maschinenfabrik Richard Hartmann und die Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg (M.A.N.).

In der Papierindustrie steht die Disconto-Gesellschaft dem Zellstoff-Waldhof-Konzern nahe, die Deutsche Bank unter anderen der Barginer Papierfabrik.

Sehr wichtig kann die Bankenfusion auch für das Reedereiwesen werden. Die wichtigste Bankverbindung der Hapag läuft auch heute noch, trotz des Eindringens der Darmstädter und Nationalbank, zur Disconto-Gesellschaft, während hinter dem Norddeutschen Lloyd nur allein die Deutsche Bank steht.

Die Erdölinteressen beider Banken (Deutsche Erdöl K. G., Deutsche Petroleum-Gesellschaft, Rütgerswerke) sind bereits seit einigen Jahren zu einer engen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Diese Beispiele zu erwartender Interessenverknüpfungen liegen sich auch für andere Gebiete noch vermehren, so zum Beispiel für die Montanindustrie (Haniel-Konzern, Altkoner-Konzern), für den Stein- und Braunkohlenbergbau (die Silberbergische Rheinische Braunkohlen K. G., Harpener Bergbau usw.) und auch für die Textilindustrie.

Die Arbeiterschaft, die ja durch solche Fusionen und Interessengemeinschaften zunächst am härtesten betroffen wird, hat um so mehr Anlaß, diese Folgen der Bankenfusion ins Auge zu fassen, als an der Börse bereits mit bestimmten Zusammenschlüssen dieser Art gerechnet wird.

## Merkwürdige Zurückhaltung.

### Rohlenwirtschaft — Wirtschaftsminister — Genossenschaften.

Der vom Reichstag im Juni 1929 gefaßte Beschluß zu den Ausführungsbestimmungen des Rohlenwirtschaftsgesetzes, wonach die Vereinigungen der Verbraucher-Genossenschaften die von ihnen benötigten Kohlenmengen zu den gleichen Preisen und Lieferbedingungen erhalten wie der Handel, scheint in den Labordrucken des Reichswirtschaftsministeriums ein merkwürdiges Schicksal zu erfahren. Er liegt auf der Hand, daß gewisse Stellen keine Freude an diesem Reichstagsbeschluß haben. So hat bereits der Reichskohlenverband in einem Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium gegen die Beschlässe des Reichstags Stellung genommen. Auch das Ministerium selbst, das nach dem Rohlenwirtschaftsgesetz verpflichtet ist, den genossenschaftlichen Gedanken zu fördern, hat bis jetzt für die Verwirklichung der Beschlässe nichts getan.

Dagegen haben sich andere Seltsamkeiten und Merkwürdigkeiten ergeben. So liegt gegenwärtig dem Reichswirtschaftsministerium eine Darstellung des Zentralverbandes der Kohlenhändler vor, die sich selbstverständlich auch gegen den Reichstagsbeschluß ausspricht. Man darf auch annehmen, daß die Kohlenhändler vom Ministerium um die Darlegung ihrer Auffassung ersucht worden sind.

Die große Auswahl der

# SALAMANDER

Herbst-Modelle wird Sie überraschen  
DAZU DIE PASSENDEN STRÜMPFE · ELEGANTE ÜBERSCHUHE



Es ergibt sich also, daß die Genossenschaften, die an dem Reichstagsbeschlusse vom Juni 1929 in erster Linie interessiert sind, bis zur Stunde noch nicht über ihre Meinung befragt wurden. Dagegen kommen im Reichswirtschaftsministerium die Gegner der Genossenschaften und des Reichstagsbeschlusses vom Juni 1929 ausdrücklich zu Worte.

Es ist immerhin eine seltsame Art, wie das Reichswirtschaftsministerium seiner im Kohlenwirtschaftsgesetz niedergelegten Verpflichtung entspricht. Es darf sich dann auch nicht wundern, wenn es falsch informiert wird. Es trägt die oben erwähnte Darstellung des Zentralverbandes deutscher Kohlenhändler von unglaublichen Verdrehungen; z. B. wird auf die Notwendigkeit der Lagerhaltung durch den Handel verwiesen. In der Kälteperiode 1928/29 haben wir aber etwas anderes erfahren. Die „Deutsche Kohlenzeitung“ und kein Geringerer als Dr. Silberberg vom Rheinischen Kohlenyndikat haben damals offen zugegeben, daß der Handel infolge Kapitalmangels den Forderungen der Lagerhaltung nicht genügt. Läßt sich aber das Wirtschaftsministerium in Zukunft weiter einseitig informieren, so entsteht die Gefahr, daß es diese offensichtlichen Unwahrheiten als Wahrheit hinnimmt. Das sollte man im Reichswirtschaftsministerium zu vermeiden wissen.

## Stahl- und Walzwerke im September. Erstmalig stärkerer Rückgang der Produktion.

Nach dem sehr starken Aufschwung in der Montanindustrie kommt in den Produktionsergebnissen des Septembers zum erstenmal seit dem Frühjahr ein stärkerer Rückschlag zum Ausdruck.

Wie die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ mitteilt, betrug die Rohstahlproduktion an 25 Arbeitstagen im September auf 1,23 gegen 1,40 Millionen Tonnen an 27 Arbeitstagen im August. Arbeitstäglich ging die Produktion im Berichtsmontat auf 49 232 gegen 51 912 Tonnen im Vormonat zurück, liegt aber noch um 3,5 Proz. über den Leistungen vom September 1928.

In geringerem Maße gingen im Berichtsmontat die Leistungen der Walz- und Drehwerke zurück. Sie verringerten sich von 1,01 auf 0,90 Millionen Tonnen und arbeitstäglich von 37 674 auf 36 242 Tonnen, also nur um 3,8 Proz. Gegenüber dem September 1928 liegt die Produktion im Berichtsmontat noch um rund 6 Proz. höher.

Nimmt man die durchschnittliche arbeitstägliche Produktion der deutschen Stahlwerke in den letzten vier Monaten, so ergibt sich mit 53 157 gegen 49 328 Tonnen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres eine Mehrleistung von rund 8 Proz. Die arbeitstäglichen Leistungen der Walz- und Drehwerke vom Juni bis September dieses Jahres übertreffen mit 37 829 gegen 35 946 Tonnen die Vorjahresproduktion in den gleichen Monaten und mehr als 5 Prozent.

## Deffentliche Bausparkasse für Brandenburg.

Der Verwaltungsrat der Brandenburgischen Provinzialbank und Girozentrale in Berlin hat die Errichtung einer öffentlichen Bausparkasse unter dem Titel Deffentliche Bausparkasse für die Provinz Brandenburg (Abteilung der Brandenburgischen Provinzialbank und Girozentrale) beschlossen. Nach Genehmigung der Grundzüge für die Organisation und Verwaltung durch die Aufsichtsbehörde wird die Deffentliche Bausparkasse für die Provinz Brandenburg ihre Tätigkeit aufnehmen.

**Reichsbankausweis und Wirtschaftslage.** Die Reichsbank berichtet für die Woche zum 15. Oktober eine Senkung der Beschäftigten um 326,5 auf 2082,4 Millionen, der Bestände an Reichsschatzwechseln um 92 auf 10 Millionen und eine lässliche Erhöhung der Lombarddarlehen um 57,5 auf 134,2 Millionen Mark. Die bisherige Entlastung von Wirtschafts- und Bankkrediten im Monat Oktober ist außerordentlich stark, ein Zeichen zum mindesten dafür, daß das gegenwärtige Herbstgeschäft keine großen Kreditansprüche zur Folge hat und daß die weitere Wirtschaftsentwicklung nicht günstig beurteilt wird. Die Rotendeckung — der Umlauf beträgt 4349,5 Millionen — hat sich bei ungefähre gleichgebliebenen Gold- und Devisenbeständen verbessert; die Deckung durch Gold allein ist auf 50,9 Proz. die durch Gold und Devisen zusammen auf 59,0 Proz. gestiegen.

**Goldwährung in der Tschechoslowakei.** Der tschechische Ministerrat hat jetzt einstimmig die Einführung der Goldwährung in der Tschechoslowakei beschlossen. Der entsprechende Gesetzentwurf sieht vor, der Tschechoslowakei einen Goldwert von 44,88 Milligramm Feingold zugrunde zu legen. Die Nationalbank ist verpflichtet, den Kurs der tschechischen Banknoten auf diesem gesetzlichen Niveau zu halten. Ferner sieht der Gesetzentwurf die Einführung der Golddeckung vor, die 25 Proz. bis Ende dieses Jahres, 30 Proz. bis Ende 1930 und bis 1935 mindestens 35 Proz. des Notenumlaufes betragen muß. Die im Umlauf befindliche Tschechoslowakei entspricht einem Wert von 12 Goldpennigen.

Eine Zuschrift aus der Bernsteinindustrie weist darauf hin, daß im Gegenlaß zu einer früheren Meldung des „Morgens“ die deutsche Bernsteinindustrie noch nicht voll verstaatlicht ist. In Berlin, Joppot, Königsberg und Stolp befänden noch einige selbständige Bernstein verarbeitende Firmen.

# Werbeversammlungen

Heute, Freitag, den 18. Oktober:

- 92. **Abt. Neukölln.** 20 Uhr in den Passage-Festfäden, Bergstraße 151. Zur Aufführung gelangen die Filme „Brüder“ und „Die Kinderrepublik“. Referent Stadtrat Hermann Köhn.
- 101. **Abt. Treptow.** 19½ Uhr Film- und Vortragsabend im Lokal vorm. Nischke, Am Treptower Park 25/26. Filmvorführung: „Was wir schufen“. Ansprache: Stadtverordnete Dr. Käthe Frankenthal. — **Achtung!** Vor der Versammlung Demonstration durch den Dr. Abmarsch mit Musik pünktlich 18½ Uhr von der Wiener Brücke.
- 120. **Abt. Friedrichsfelde.** 19¼ Uhr im Lokal Tempel, Bringenallee 45, Filmvorführung „Freie Fahrt“. Anschließend Vortrag des Genossen Hermann Harnisch über das Thema: „Der Kampf um die Stadtverwaltung“. Zum Abschluß laufen zwei kleine Filme. Eintritt frei.
- 124a. **Abt. Mahlsdorf-Süd.** 20 Uhr bei Draber, Uhlstraße 18. Referent: August Niemann.

Sonntag, den 20. Oktober:

- Blankenfelde.** Antreten zum Werbezug pünktlich 14¼ Uhr in Blankenfelde an der Gabelung der alten und neuen Chaussee. — Um 15 Uhr Rundgebung im Lokal von Linus, Hauptstraße. Ansprache: Stadtverordnete Minna Todenhagen. Mitwirkende: Sozialistische Arbeiterjugend, Sprechchor, Reichsbanner usw. Genossinnen und Genossen aus anderen Bezirken, die sich an der Veranstaltung beteiligen wollen, fahren ab Pantow mit dem Omnibus 8 bis Blankenfelde. Fahrzeit 25 Minuten. Eintritt frei.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind bis zum 1. Oktober 1929 an das Parteisekretariat, Berlin, G. B., Lindenstraße 2, zu richten.

- 7. **Kreis Friedrichshagen.** Die Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde hält heute, Freitag, 18. Oktober, 20 Uhr, im Jugendheim Frankfurt-Wiese 307, ihre Elternversammlung ab. Tagesordnung: 1. Kommune und Jugend. Referent: Genosse Köhler, Dittlitz, Friedrichshagen.
- 12. **Kreis Steglitz-Zoo-Lichtenberg.** Heute, Freitag, 18. Oktober, 19 Uhr, Beginn des Vortrags der Arbeiterbildungsstelle im Lokal der Stadtbücherei, Brunnenstraße 2. Thema: „Geschichte der Revolution“. Referent: Paul Feinlein.

Heute, Freitag, 18. Oktober:

- 7. **Abt. 194.** 19¼ Uhr bei Bäcker, Schlegelstr. 8, Funktionärstagung. Alle anwesenden Kandidaten müssen erscheinen. Flugblattausgabe.
- 14. **Abt. Mitte.** Freitag, Sonntag und Sonntag bei Scholz, Genslerstr. 22, Flugblattverteilung.
- 15. **Abt. 23.** 20 Uhr, Bezirks-Gesamtsabend um 20 Uhr im Lokal-Neuna, Reichstraße 2. Vortrag: „Die kommenden Wahlen“. Referent: Stadtverordneter Richard Reile, Döllnichen, Parteizentralenleiter. Alle Mitglieder müssen erscheinen. — 20. **Abt. Mitte.** Alle Bezirke. Bezirksführer oder deren Stellvertreter holen heute, 18. Okt., von Reich, Deutscher-Str. 28, Flugblätter und wichtiges Material bestimmt ab. — 27. **Abt. 194.** 19¼ Uhr Funktionärstagung bei Koch, Schlegelstr. 25-26.
- 124. **bis 120.** **Abt. Pantow.** Die für heute anberaumte Funktionärstagung fällt wegen der Kreisdelegiertenversammlung aus. Erscheinen jedes Bezirks ist unbedingt notwendig.

Morgen, Sonnabend, 19. Oktober:

## Flugblattverbreitung und Flugblattabholung von den nachstehend angegebenen Lokalen aus:

- 12. **Abt. Sonntagabend** ab 18 Uhr und Sonntag ab 9 Uhr Flugblattverteilung von Schmidt, Reichstr. 17.
- 14. **Abt. 194** ab 18 Uhr von den Pahlensblöfen aus.
- 15. **Abt. 23** ab 17 Uhr bei Krüger, Döllnichenstr. 34, Edt Scheringstraße.
- 22. **Abt. 23** Die Bezirksführer holen die Flugblätter am Sonntagabend, dem 19. Oktober, zwischen 16 und 18 Uhr, von Postamt, Reußstr. 44, ab. Die Flugblattverteilung erfolgt von den Pahlensblöfen am Sonntagabend ab 18 Uhr und am Sonntag ab 9 Uhr.
- 23. **Abt. 18** 18 Uhr Flugblattverteilung von den Pahlensblöfen aus. Die Bezirksführer holen dieselben vorher vom Genossen Grunewald, Samariterstraße 19, ab.
- 24. **Abt. 23** ab 18 Uhr: 1. Gruppe bei Köhler, Immanuelstraße 25, 1a. Gruppe bei Köhler, Wilmstraße 44, 2. Gruppe bei Köhler, Schlegelstraße 28, 3. Gruppe bei Köhler, Jahnstraße 9, 4. Gruppe bei Köhler, Schlegelstraße 28, 5. Gruppe bei Köhler, Schlegelstraße 28.
- 25. **Abt. 23** 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstraße 28. Sitzung des Abteilungsorgans mit den Bezirksführern. Jeder Bezirk muß vertreten sein.
- 26. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstraße 28.
- 27. **Abt. 18** 18 Uhr von den Pahlensblöfen aus. Die Bezirksführer treffen sich um 17½ Uhr bei Köhler, Genslerstr. 22.
- 31. **Abt. 23** ab 18 Uhr im Lokal von Goldammer, Stolpische Str. 26, Flugblattverteilung.
- 33. **Abt. 18** 18 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Lokalen aus: Behn, Simon-Dach-Str. 9, Reich, Genslerstr. 22, Wertheim, Bodenlocherstr. 3, und Hoffmann, Stolpische Str. 17.
- 44. **Abt. 23** am Sonntag, dem 20. Oktober, treffen sich sämtliche Genossinnen und Genossen zur Flugblattverteilung um 9 Uhr in den Pahlensblöfen. Die Bezirksführer holen am Sonntagabend, dem 18. Oktober, das Material um 17 Uhr im Lokal Postamt, Reußstr. 44, ab.
- 45. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 46. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 47. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 48. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 49. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 50. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 51. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 52. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 53. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 54. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 55. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 56. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 57. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 58. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 59. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 60. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 61. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 62. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 63. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 64. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 65. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 66. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 67. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 68. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 69. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 70. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 71. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 72. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 73. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 74. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 75. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 76. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 77. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 78. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 79. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 80. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 81. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 82. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 83. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 84. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 85. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 86. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 87. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 88. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 89. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 90. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 91. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 92. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 93. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 94. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 95. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 96. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 97. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 98. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 99. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 100. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.

- 101. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 102. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 103. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 104. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 105. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 106. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 107. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 108. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 109. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 110. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 111. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 112. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 113. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 114. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 115. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 116. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 117. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 118. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 119. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 120. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 121. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 122. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 123. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 124. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 125. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 126. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 127. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 128. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 129. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 130. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 131. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 132. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 133. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 134. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 135. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 136. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 137. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 138. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 139. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 140. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 141. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 142. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 143. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 144. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 145. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 146. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 147. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 148. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 149. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 150. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.

Sonntag, 20. Oktober:

- 26. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.
- 121. **Abt. 23** ab 18 Uhr bei Köhler, Schlegelstr. 28.

Frauenveranstaltung.

- 23. **Abt. Sonntag, 20. Oktober.** Besichtigung des Kopfbades. Treffpunkt 10 Uhr auf dem Hofe des Hauses Volkshausstr. 27.

Jungsozialisten.

- Gruppe Schöneberg. Heute, Freitag, pünktlich 20¼ Uhr, Jugendheim Baujahr, 18, Vortrag des Genossen B. Gröbel über den „Jugendplan“. Die Mitglieder der benachbarten Gruppen und interessierte Genossen und G.S.J.-Genossen sind herzlich eingeladen.
- Gruppe Wedding-Schöneberg. Heute, Freitag, 20 Uhr, beginnt die Arbeitgemeinschaft des Genossen Gröbel im Rahmen der Arbeiterjugendschule über: „Die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Jugendpolitik“. Tagungsort: beim Orchester, 10, Parteizentralen und G.S.J. sind hierzu eingeladen.

## Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- 17. **Kreis Kladow.** Freitag, 18. Oktober, Parteiverammlung im Jugendheim, Treffpunkt 17¼ Uhr am Bahnhof Kladow-Strand. Referent: Genosse Köhler, Dittlitz, Friedrichshagen.

## A·HEFTER

SEIT 75 JAHREN

**HEFTERS billige Qualitäts-Fleischwaren:**

Rindfleisch	Mk. 1,45 p. Pfd.
Schweinefleisch m. Blut	1,20
Schweinefleisch m. Blut	1,25

**Außerdem in alibekannter Spitzenqualität**

**HEFTERS prima Gansfleisch teinsten Stallmats!**

**HEFTERS prima Lammfleisch teinsten Stallmats!**

**HEFTERS prima Doppeltender Kalbfleisch!**

**Aus HEFTERS Geflügelabteilung**

Prima junge Hahnenfleisch	v. Mk. 1,35 p. Pfd. an
Stückenfleisch	von Mk. 1,20 p. Pfd. an
Hähnchen	1,40
Doppeltender	1,50
Linsen	1,70
Gänsefleisch ohne Magen	1,10
Gänsefleisch mit Linsen	1,60 p. Pfd.

**Prima Suppenhühner** v. Mk. 1,35 p. Pfd. an

**Fleisch junge Brauhühner** v. Mk. 1,70

**Junge Mastentien** v. Mk. 1,65 an

**HEFTERS frische Blut- und Leberwurst**

jeden Donnerstag und Freitag in bekannter Frische und Güte

**Ausnahme-Angebot!**

**Hochfeine Molkekäse Mk. 1,95 p. Pfd.**

erst einmal  
bald öfter  
dann immer

**Feiner Holländer**  
ohne Rinde  
pro Pfund Mk. 1,-

**A·HEFTER**

**BEIM ANZIEHEN**

**DURCH ELEKTRIZITÄT!**

**MORGENS**

**IM NU WOHLIGE WÄRME**

**AM FRÜHSTÜCKSTISCH**



# Heute zu Tiets:

## billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf soweit Vorrat - Mengenabgabe vorbehalten

### Gemüse und Obst

Möhren gewaschen..... Pfd. 5 Pf.	Kartoffeln ..... 10 Pfd. 32 Pf.
Kohlrüben..... Pfd. 4 Pf.	Graubirnen ..... Pfd. 15 Pf.
Weißkohl ..... Pfd. 5 Pf.	Kochäpfel u. Essäpfel 4 Pfd. 30 Pf.
Rofikohl od. Wirsingkohl Pfd. 7 Pf.	Schweizer Essäpfel..... Pfd. 18 Pf.
Grüne Bohnen ..... 2 Pfd. 38 Pf.	Französ. Wein ..... Pfd. 38 Pf.
Zwiebeln ..... 3 Pfd. 20 Pf.	Zitronen ..... Dutzend von 38 Pf. an

**Bergamotten 35 Pf.** 2 Pfund  
**Paranüsse 62 Pf.** Pfund

**Diabetiker-Brot** nach Dr. Semtner hergestellt, Roggenbrot, St. 45 Pf. Weizenbrot, Stück 50 Pf.  
**Neuseeland-Honig** ..... Glas 1,10

### Frisches Fleisch

Kalbsaxen ..... Pfd. 72 Pf.	Suppenfleisch ..... Pfd. von 88 Pf. an
Kalbskamm ohne Bellage . Pfd. 90 Pf.	Gulasch ..... Pfd. 1,10
Kalbskeule bis 9 Pfund schwer, ganz oder geteilt..... Pfd. 1,05	Schmorfleisch Keule o. Ka. Pfd. 1,25
Schweinebauch o. Bellage, Pfd. 1,28	Schabefleisch, Backspet., gew. Pfd. 1,28
Schweineschinken od. Blatt, Pfd. 1,30	Hammelvorderfleisch Pfd. 1,08 an
Rückenfeil bratf. u. schwarz, Pfd. 1,18	<b>Kalbsroulade</b> gerollt..... Pfd. 1,58
Schweinekamm oder -schalt, ohne Schwarte..... Pfd. 1,34	Roastbeef ohne Knochen, Pfd. 1,58
Schweinekotelett..... Pfd. von 1,38 an	Rinderleber gefroren..... Pfd. 1,25
Kassler mit 6 gesalzen, Pfd. von 1,25 an	Rinderzunge o. Schmalz, Pfd. 1,08

### Geirierfleisch

Schmorfleisch ohne Knochen, Pfd. 1,20	Hammelskeule ..... Pfd. 1,12
Suppenfleisch ..... Pfd. von 68 Pf. an	Rinderbacken ohne Kn., frisch, Pfd. 58 Pf.
Gulasch ohne Knochen..... Pfd. 98 Pf.	Rinderherzen frisch..... Pfd. 70 Pf.
Hammelvorderfleisch Pfd. v. 86 Pf. an	Euter frisch ..... Pfd. 36 Pf.
Hammerrücken..... Pfd. 94 Pf.	Schweineköpfe o. Sacke, frisch, Pfd. 58 Pf.

### Käse und Fette

Romedour ..... Stück 22 Pf.	Blockkäse 1/2 Kilo, Pfd. 78 Pf.
Allg. Stangenk. 20%, Pfd. 58 Pf.	Blockkäse 1/2 Kilo, Pfd. 1,15
Holländer 20%, Pfd. 78 Pf.	Milch 2 gr. Da. 85, 4 kl. Da. 95 Pf.
Edamer 20%, Pfd. 78 Pf.	Margarine ..... Pfd. 50, 62 Pf.
Dän. Schweizer 30%, Pfd. 95 Pf.	Kokosfett ..... Pfd. 50 Pf.
Edamer 40%, Pfd. 1,10	Molkereibutter..... Pfd. 1,75
Holländer 40%, Pfd. 1,10	Grasbutter ..... Pfd. 1,95
Tilsiter vollfett ..... Pfd. 95 Pf.	Ausländ. Tafelbutter Pfd. 2,08

### Wild und Gellügel

Gänse ..... Pfd. von 98 Pf. an	Suppenhühner frisch..... Pfd. von 90 Pf. an
Junge Enten ..... Pfd. von 1,25 an	Hirschblätzer ..... Pfd. von 98 Pf. an
Tauben ausländische ..... Stück von 65 Pf. an	Birkhühner ausländische ..... Stück 1,50
Hasselhühner ausländische ..... Stück 1,50	Gänse-Ausschlachtartikel zu bill. Tagespreisen

### Fische und Räucherwaren

*Grüne Heringe... 3 Pfd. 68 Pf.	*Leb. Spiegelkarpf. Pfd. 1,20 an
*Schellfisch 1 g. ... Pfd. 30 Pf.	Seesal geräuchert... Pfd. 88 Pf.
*Kabeljau o. Koptl. ganz, grosse Fische..... Pfd. 40 Pf.	Bundeale ..... Bund 28 Pf.
Zander gefroren..... Pfd. 58 Pf.	Geräuch. Aal stark ..... Pfd. 2,50
Senfgurken, Essiggurken, Mixedpickles, 50 g 50 Pf.	Böcklinge..... Pfd. 58 Pf.

\*Für Leipzig, Str., Mansfeldpl., Fraust. Allee, Kottbus. Damm, Bell.-Bl.-Str., Wilsdorf Str.

### Kolonialwaren

Moulinmehl ..... Pfd. 26 Pf.	Patateis ..... Pfd. 30 Pf.
Harweizengriss ..... Pfd. 29 Pf.	Neue Linsen ..... Pfd. 38 Pf.
Pollerte Erbsen ..... Pfd. 32 Pf.	Grüne Erbsen ..... Pfd. 24 Pf.
Viktoria-Erbsen ..... Pfd. 24 Pf.	Fadennudeln ..... Pfd. 46 Pf.
Eiermakkaroni ..... Pfd. 48 Pf.	Schokoladenpulver Pfd. 95 Pf.
Gehr. Gerste od. Roggen, Pfd. 23 Pf.	Teelose ..... Pfd. von 3,20 an

**Frisch gebr. Kaffee** aus eigener Rösterei, Pfund 1,90 2,40 2,80 3,20

### Obst- und Gemüsekonserven

Gemüseerbsen ..... 50 Pf.	Leisler Allerlei ..... 98 Pf.	Preisselbeeren ..... 1,20
Erbsen, fein, mit Karotten ..... 1,25	Berliner Allerlei ..... 80 Pf.	Stachelbeeren ..... 1,00
Erbsen mit geschnittenen Karotten 78 Pf.	Sauerkirschen mit Stein ..... 1,10	Reineclauden ..... 1,00
Gemischtes Gemüse, mittelfein ..... 1,10	Aprikosen, 1/2 Frucht ..... 1,40	Ananas (Hawaiian) 8 Scheib., 1/2 Da. 1,20
Südkirschen ohne Stein ..... 1,45	Johannisbeeren ..... 1,15	Kirsch ..... 1,35
	Pflaumen ..... 92	Erdbeer ..... 1,40

**Billige Angebote unserer Wein-Abteilung**

1928 er Isingheimer Weis., 1/2 Fl.	1927 er Späthmer Lay .. 1/2 Fl.
1927 er Eschelsheim. Riesling, 1/2 Fl.	1928 er Liebfraumühl .. 1/2 Fl.
1928 er Oberhaselr. Weis., 1/2 Fl.	1927 er Riesling, Eschelsheim, 1/2 Fl.
1928 er Gieseler, 1/2 Fl.	Ruster Dessertwein ..... 1,45
Grüchischer Muskatwein, 1/2 Fl.	Douro-Portwein ..... 1,85
Roter Tarragon, 1/2 Fl.	1927 er Burgund. Pomard 2,85
Jam.-Rum-Verschnitt, 1/2 Fl., 4,00	Deutscher *** Weinbrand, 4,00

**Enorm billig! Halb und Halb 3 75 4 10**

Cherry Brandy oder Präselle-Likör, 1/2 Fl., 80 Pf., 38 Pf.

Preise ohne Flasche

### Wurstwaren

Sölze ..... Pfd. 45 Pf.	Schinkenpolonische ..... Pfd. 1,55
Schinkenpolonische ..... Pfd. 1,55	Zerelatwurst ..... Pfd. 1,65
Salami ..... Pfd. 1,65	Schinken-u. Teewurst Pfd. 1,60
Wiener Würstchen ..... Pfd. 1,15	

**Corned Beef 98 Pf.** Dose 540 g

### WIRTSCHAFTSARTIKEL

Wärmflasche gute Ausführung, St. 95 Pf.	Wassereimer Emaille, ca. 25 cm, St. 95 Pf.	Flößenkessel Emaille, mod. Farben, St. 1,90	Waschtisch zusammenlegbar, Stück 2,85	Schmortöpfe m. Deck, unborstert, Satz 5 St. 6,75
Aschelimer lackiert, Stück 95 Pf.	Washbecken Emaille, Porzell.-Form, St. 1,90	Tollfeuertimer Emaille m. St. 2,85	Wanne Emaille, oval, Stück 4,50	Schmortöpfe m. Deck, unborstert, Satz 3 St. 4,50
Ofenvorsetzer lackiert, St. 95 Pf.	Bazarwanne Emaille, ca. 30 cm, hohe Form, Stück 95 Pf.	Wasserkessel Aluminium, gute Qualität, ca. 3 Liter, Stück 2,85		Torienplatte mit messing. veredeltem Rand, Stück 1,90
Salon-Kohlenkasten mit dekoriertem Deckel, St. 2,85				Brotkorb Messing vernick., mod. Form, Stück 2,85

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
 Verwaltungsstelle Berlin  
**Todesanzeige-Berichtigung**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß die Einäscherung unseres Kollegen, des Schloßers  
**Albert Hildebrandt**  
 am Freitag, dem 18. Oktober 1929, 13<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße stattgefunden.  
 Hohe Beteiligung wird erwartet.  
 Die Ortsverwaltung.

Am 18. Oktober verstarb nach langer Krankheit unser Kollege, der Buchhändler  
**Rudolf Otto**  
 im Alter von 65 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Belegschaft der Firma  
**C. Ade und S. J. Arnheim,**  
 Badstraße.

Die gute  
**Armband- u. Taschen-Uhr**  
 Große Auswahl, enorm billig, lange Garantie  
**Hermann Wiese** Artilleriestraße 30  
 Passauer Straße 12  
 Neu eröffnet: Kottbuser Damm 2

Zeichenbedarf bei  
**JUERGENS**  
  
 Alexanderplatz  
 Neue Königstr. 43

**Tüchtige Rohrleger**  
 für Gas, Wasser und Heizung (nur erfahrene Fachleute) per sofort gesucht. Stundenlohn Mk. 1,70. Meldung von Arbeitern anderer Berufe zwecklos. Originalzeugnisse sind mitzubringen. Wolfferts & Wittmer, Berlin W 8, Mauerstraße 86/88.

**Original - Befema**  
 Patentmatten / Ruhbetten mit Befema-Federung  
 Patent-Drehheit (D.R.P.) ein Griff - ein Bett, sowie das neue Holzbett mit Befema-Federung sind vollkommen geräuschlos! - Kein Einliegen. Für schwerste Belastung. Überall erhältlich. 20 Jahre Garantie.  
 Hapt. Federmatratz.-Fabrik, Kopenstr. 29

Zum 26. Geburtstag meines lieben unversehrten Bräutigams  
**Erich Kiefer**  
 ein schmerzliches Gebenken!  
 Deine Braut Hertha  
 nebst Eltern und Brüdern.  
 18. Oktober 1929. Wöllner Straße.

Neu! Versuchen Sie Neu!  
**HERKULES**  
**BROT**  
 (VOLLKORNFEINBROT)  
 Unser Herkules-Brot ist ein Vollkornbrot. Das hierzu verwandte Vollkornmehl macht durch wissenschaftliche Aufbereitung Umwandlungen durch, wodurch das Eiweiß für die leichte Verdauung vorbereitet wird und die eingebetteten Vitamine und Nährsalze freigesetzt werden. Die wichtigen Mineralstoffe sind reichlich vorhanden. Deshalb ist das Herkules-Brot einen Bienenbesuch im Sinne der neuen Ernährungstheorie zuweisen.  
 Wittler-Brot-Fabriken N 65  
 Erhältlich in ca. 7000 Verkaufsstellen

**Verkäufe**  
**Musikinstrumente**  
 Violinen, Horns, Trompeten, Pianoforte, Viol. Guggenstraße 35.  
**Hoffmann Pianos.** Stammbaum erhalten 1887. Pianos, Flügel, Harmoniums, 100 Instrumente. Ausmähl. gefertigte Tonqualität, Preiswürdigkeit, günstige Teilzahlungen. Neue Pianos 90 Mark, gebrauchte 400 Mark an. Preis-Günstigkeit! Kaufe. - Ihre Instrumente Gegenrechnung. Pianoforte-label Gera Hoffmann G. m. b. H., Berlin SW. 11, Leipzigerstraße 37 (Gütermarkt).  
**Spezialapparate, Klavier, Becke, Rundschleife, größte Auswahl. Wladimir, Weinmeisterstraße 14.**  
**35 - japanisch. Pianos 175 - 275 - 375 - gebrauchte, neue. Große Auswahl. Eblie, Kottbuser Damm 44, 1 (am Hermannplatz).**  
**Klavier, 150 - 175 - 200 - 275 - 425 - gebraucht, große Auswahl auch in neuen. Langjährige Garantie. Beschädigung losnehm. Teilzahlung gestattet. Deet, Brunnenstraße 191, 1 Trepp. (Kottbuser Tor)**

**Fahrräder**  
 Gebrauchte Fahrräder, größte Auswahl, 15 - 20 - 25 - 30 - 35 - 40 - 45. Wladimir, Weinmeisterstraße 14.  
**Grundstücksverkäufe**  
 Bienenweiden 1100 - (sich selbsten) kleine Umzählung. Kiewitz, Opatzenburg, Berlin, Allee 30-35, Verkaufsbüro.  
**Kaufgesuche**  
 Gebrauchte, Vietinabfälle, Stämme, St. Luchlinder, Silberfameise, Goldschmelzer, Chiffonier, Kleiderstr. 30 (Sollstraße überdachte).  
**Unterricht**  
 Konrad-Friedrich-Torath, Michael-Fischstraße 30, Bismarck-Ufer, Unterricht für. Täglich Anfänger- und Fortschrittskurse.  
**Vergnügungen**  
 Kaminofen, Rappanbantenstraße 58, große Übernahmungsbei neuer Stimmungskapelle.

**Siedlung Holländer Hoppegarten**  
**PARZELLEN**  
 baureif! bequem! billig!  
 Verkaufsbüro: Gestift an der Frankfurter Chaussee  
 Fernruf: Hoppegarten 114

**Mollige Ulsier** **M. Schulmeister**  
 39.- 49.- 59.- 69.- 79.- 89.- 98.- 115.- Mk.  
 Eckhaus Kottbuser Tor

## Siemens kontra AEG.

### Kampf auf dem Rücken der Arbeiterschaft.

Wir haben in den letzten Tagen mehrfach im „Vorwärts“ auf den scharfen Zusammenstoß zwischen Herrn von Siemens und der AEG. Verwaltung hingewiesen. Es ist kein alltägliches Schauspiel, daß die prominenten Herren der Großkonzerne in aller Deffektivität ihre schmutzige Wäsche waschen. Es müssen schon besondere Gründe vorliegen, wenn Herr von Siemens sich plötzlich bemüht fühlt, die AEG., die vor wenigen Monaten 30 Mill. ihres Aktienkapitals, also etwa 15 Proz. dem amerikanischen Elektrokonzern General Electric Company abgegeben hat, anzurempeln.

Die AEG. hat ja in ihrer Antwort bereits durchblicken lassen, daß Herr von Siemens offenbar deswegen so verschupst ist, weil er mit seinen Plänen, ein großes deutsches Schwachstrommonopol aufzurichten, Pannne erlitten hat. Von anderen Stellen wieder verkauft, daß der Siemens-Konzern sich schon längere Zeit mit dem Plan getragen hätte, durch Verschmelzung mit der AEG. einen riesigen deutschen Elektrokonzern aufzubauen, und daß diese Pläne jetzt durch das Eindringen amerikanischer Kapitalien bei der AEG. ins Wasser gefallen sei.

Natürlich deutet Herr von Siemens bei den Angriffen auf die AEG. die wahren Hintergründe seiner Unzufriedenheit nicht auf. Er spielt den „nationalen“ Mann, dem die „Ueberstimmung“ der deutschen Wirtschaft keine Ruhe läßt. Er wird da sogar poetisch. Er vergleicht sich mit einem Kapitän, der sich unter größten Schwierigkeiten bemüht, sein Schiff mit eigener Mannschaft durch den Sturm der Zeiten zu steuern, während die anderen sozusagen fahnenflüchtig werden und fremde Linsen an Bord nehmen.

Hinter diesem poetischen Vergleich schaut aber der geschäftliche Pferdefuß hervor. So werden die öffentlichen Stellen angerufen, denen die Aufgabe und Verantwortung auferlegt sei, für

die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft zu sorgen. Mit diesen Stellen sind natürlich die großen öffentlichen Unternehmungen, in erster Linie die Reichspost und Reichsbahn, gemeint, die jährlich hohe Millionenausträge an die Schwachstromindustrie vergeben. Ein besonderer Appell an die Reichsbahn erscheint allerdings höchst überflüssig. Schließlich ist Herr von Siemens Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn.

Seit Jahr und Tag haben die Arbeiter und Angestellten bei Siemens zu hören bekommen, daß sie zu teuer arbeiteten und daß man auf Heller und Pfennig kalkulieren müsse, um nur einigermaßen konkurrenzfähig zu bleiben. Auch hat es Herr von Siemens nicht unterlassen, wieder und wieder in der Deffektivität über die ungeheure „Belastung“ und „mangelnde Kapitalbildung“ der deutschen Industrie zu jammern. Wenn er jetzt in dem Konflikt mit der AEG. betont, daß es dem Siemens-Konzern bei den bevorstehenden Kämpfen in der Elektrowirtschaft gelingen wird, seinen bisherigen Charakter zu wahren, so heißt das auf deutsch, daß der Siemens-Konzern in den letzten vier Jahren aus seinen Konjunkturgewinnen sich derartige Fettpolster hat anlegen können, daß er auch den schärfsten Konkurrenzkampf nicht zu fürchten braucht. Herr von Siemens verschweigt natürlich, daß die ganze Last der bevorstehenden Kämpfe auf dem Elektroweltmarkt wiederum der Belegschaft in Form eines verschärften AntreiberSystems und noch rücksichtsloseren Ausbeutung der Arbeitskraft aufgebürdet wird.

Will die Arbeiterschaft nicht das Opfer im Kampfe des Elektrokonzerns sein, so muß sie den Einfluß der Sozialdemokratie härten und durch lückenlosen gewerkschaftlichen Zusammenschluß allen Willkürakten des Kapitals entgegenzutreten können.

## Die Reeder kriechen zu Kreuz!

### Eine nichtsagende Kompromißresolution.

Genf, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Eine Konferenz der Regierungsvorsteher und der Arbeiter auf der Seeschiffahrtstagung nahm am Donnerstag den Vermittlungsvorschlag mit 54 Stimmen der Regierungsvorsteher gegen 19 Stimmen der Arbeiter an. Ein Teil der Arbeiter fehlte. Die Kommissionsberatungen konnten danach unter Teilnahme der Arbeitgeber fortgesetzt werden. Sie mußten sich jedoch damit abfinden, ihre Meinung zu den schon behandelten Punkten schriftlich einzureichen.

In der Arbeitslosen-Kommission betonte der Vorsitzende der Arbeitgebergruppe, daß er es für unmöglich halte, die Arbeitszeit an Bord international festzusetzen. Die Arbeitgebergruppe werde einen Minderheitsbericht ausarbeiten. Im übrigen jelteten sich die Arbeitgeber sehr zurückhaltend. Als wahrer Grund der brutalen Aktion der Unternehmer zeigt sich immer mehr die Angst vor dem Zustandekommen des Arbeitslosenentwurfes.

Die Reeder haben sich nunmehr bereiterklärt, zur Seeschiffahrtstagung zurückzukehren, weil ihnen von den Regierungsvorstehern eine nichtsagende Entschließung angeboten wurde, die die Reeder in der vorigen Woche abgelehnt hatten und in der die Konferenz den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts bittet, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, um den Schwierigkeiten, wie sie sich bei dieser Seemannskonferenz gezeigt haben, künftig vorzubeugen.

Die unerschämte Forderung, wonach die Unternehmer bei der Auswahl der Arbeiterdelegierten mitzubestimmen hätten, ist gebührend zurückgewiesen worden. Wenn die Reeder jetzt als die Blamierten zur Konferenz zurückkehren, so wohl aus der Erwägung heraus, daß die Beschlüsse der Konferenz ohne Mitwirkung der Reeder nur günstiger für die Seeleute sein können als bei Fortdauer des Unternehmerstreiks, der vor allem die Entbehrlichkeit der Unternehmer aufgezeigt hat.

## Bilanz der Abwehr.

### Die Novelle zur Arbeitslosenversicherung.

Zuschüsse des Reichs oder Beitragserhöhung — das ist noch immer die Frage. Als die Reichsregierung den Vorschlag machte, die Beitragsfrage erst zusammen mit der großen Finanzreform zu lösen, mußte sie sich darüber klar sein, daß ein solcher Beschluß für das Reich die Uebernahme einer finanziellen Verantwortung bedeutet. Auf diesen Umstand hat nicht umsonst vor kurzem die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des ADGB., mit besonderem Nachdruck hingewiesen.

Die Finanzfrage der Reichsanstalt steht also noch offen. Anders liegt es bei dem sozialpolitischen Problem. Der sozialpolitische Teil der Versicherungsreform muß als abgeschlossen gelten. Für die freien Gewerkschaften ist er abgeschlossen, und nur aus diesem Grunde konnte von ihnen auf die sofortige Beitragserhöhung verzichtet werden. Die Andeutungen in der bürgerlichen Presse, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeit bestehe, bei Neuanschwellen der Arbeitslosigkeit die Wartezeit zu verlängern und die Unterstützungsdauer zu kürzen, sind höchst unangebracht. Wer sich die Finger verbrennen will, der mag eine neue Debatte über die Arbeitslosenversicherung heraufbeschwören.

## Die Finanzlage der Reichsanstalt.

### Günstiger als bei der Reform angenommen.

Von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird mitgeteilt:

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beschäftigte sich bereits am 17. d. M. mit dem neuen Gesetz zur Reform der Arbeitslosenversicherung und behandelte die ihm durch die Novelle zugewiesenen neuen Aufgaben. So faßte er die erforderlichen Beschlüsse zu den Fragen der beruflichen Arbeitslosigkeit und trat in eine erste Aussprache über die Neuregelung der Versicherung für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter ein.

In einem zusammenfassenden Bericht stellte Dr. Syrup die wichtigsten neuen Bestimmungen dar, die der Verwaltung eine Handhabe zur wirksamen Bekämpfung mißbräuchlicher In-

anspruchnahme der Versicherung geben. Anknüpfend an die Darlegung der durch die Novelle geschaffenen Ersparnisse gab der Präsident ein Bild der finanziellen Lage der Reichsanstalt. Danach werden sich Einnahmen und Ausgaben etwa bis Anfang November die Waage halten. Der in den Sommermonaten angesammete Restposten von nur 28 Millionen Mark dürfte voraussichtlich bis Mitte Dezember ausreichen. Das Beitragsaufkommen hat sich günstiger entwickelt, als seinerzeit bei der Vorbereitung des geltenden Gesetzes angenommen wurde, so daß die Reichsanstalt künftig etwa 850 000 Hauptunterstützungsempfänger im Jahresdurchschnitt aus eigenen Einnahmen tragen kann. Doch hat sich infolge der sehr ungünstigen Monate April und Mai die Durchschnittszahl für die letzten 6 Monate bereits auf 928 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht. Angesichts der vielen unübersichtlichen Faktoren, insbesondere der Witterung, der allgemeinen Konjunktur und des Kapitalmarktes ist eine einigermaßen sichere Voraussage über die Belastung der Arbeitslosenversicherung im kommenden Winter kaum möglich. Immerhin muß wohl mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine Ziffer von mindestens 1,65, wahrscheinlich aber von 1,8 Millionen unterstützungsberechtigter Arbeitsloser im Durchschnitt der Wintermonate erreicht werden wird. Der Betrag von 68 Millionen Mark, der im Reichshaushalt für Darlehen an die Reichsanstalt noch zur Verfügung steht, wird daher bei weitem nicht ausreichen; vielmehr muß damit gerechnet werden, daß das erforderliche Darlehen bis zur Größenordnung von 200 bis 250 Millionen Mark ansteigen kann.

Wenn die Reichsanstalt bereits jetzt durchschnittlich für 850 000 Hauptunterstützungsempfänger aus eigenen Mitteln die Ausgaben zu decken in der Lage ist, wird sich in den nächsten Jahren kaum eine Inanspruchnahme des Reichs notwendig machen. Der diesjährige Mehrbedarf ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die Auswirkungen der Wintertatastrophe.

## Kommunisten 1 Prozent.

### 77,8 Prozent der Eisenbahner für den Einheitsverband.

Die Bedeutungslosigkeit der Kommunisten bei den Eisenbahnern ergibt sich schlagend aus dem jetzt vom Einheitsverband festgestellten örtlichen Ergebnis der Betriebsratswahlen. Danach haben die Kommunisten von insgesamt 17 878 örtlichen Mandaten 180 Mandate, d. h. ein Prozent der Gesamtzahl erhalten. Der Einheitsverband konnte seine Mandatsziffer trotz maßloser kommunistischer Hege und den gehässigen Verleumdungen seiner übrigen Gegner von 12879 im Vorjahre auf 12 913 örtliche Mandate erhöhen. Der Anteil des Einheitsverbandes an der Gesamtzahl der Mandate beträgt 77,8 Prozent, während die christlichen Gewerkschaften 2569 Mandate gleich 14,3 Prozent und der Hirsch-Dunckerische Verband 723 Mandate gleich 4 Prozent erhalten haben. Der Rest verteilt sich auf sonstige Gruppen und Unorganisierte, auf diese entfallen 302 Mandate, das heißt 2 Prozent. Doppelt bemerkenswert ist, daß die Zahl der unorganisierten Betriebsräte in den Bezirken am höchsten ist, wo die kommunistische Hegearbeit seit dem vorigen Jahre am schimmsten betrieben wurde. Der Einheitsverband hat seine Wählerfolge der entlassenen und zielbewußten Interessenvertretung der Eisenbahner zu verdanken.

## Reform des Versicherungsgewerbes.

### Stellung der Versicherungsangestellten.

Der Zentralverband der Angestellten hatte die im Versicherungsgewerbe tätigen Angestellten zu einer Tagung nach Ebersfeld geladen, um zu den Forderungen im Versicherungsgewerbe Stellung zu nehmen. Der Leiter der Reichsgruppe Privatversicherung, Genosse Erwin Brille, Berlin, behandelte das Thema in gründlicher Weise. 2,3 Milliarden Mark Prämieinnahmen haben jetzt die privaten Versicherungen im Deutschen Reich. Nicht alle Unternehmer handeln als Treuhänder des ihnen von den Versicherten anvertrauten Geldes. Aber die Versicherungsangestellten fühlen sich als diese Treuhänder.

Die Demokratisierung der Verwaltung im Versicherungsgewerbe ist unbedingt notwendig. Trotz des gewaltigen Aufschwungs der privaten Versicherung in Deutschland hat die Klasse der Versicherten keinen Einfluß gewonnen. Das Gewerbe wird ausschließlich von den Großaktionären aus Banken und Industriekreisen beherrscht. Die Konzentration im Versicherungsgewerbe ist ebenso stark vorgeschritten wie in anderen Industrie-, Handels- und Gewerbebranchen mit hochkapitalistischer Organisation. Die An-

**Qualitätsschuhe aus unseren eigenen Fabriken**

**schon zu 12.50**

**Mercedes**

**In Berlin eigene Verkaufsstellen an allen Hauptverkehrspunkten**

gestellten sind dadurch schwer betroffen worden. Die Frankfurter Vorgänge und andere sind ein Beweis dafür, daß das Versicherungsgewerbe sich bei der Anlegung der Gelder auf abwegige Gebiete begeben hat. Banken, bankähnliche oder sonstige Unternehmungen, wie Abfahrfinanzierung, Kreditvermittlung, Unternehmungen, Auskunftsstellen und dergleichen, gehören nicht zum Aufgabengebiet des Versicherungsgewerbes.

Weite Kreise fordern jetzt ein geschicktes Eingreifen. Das größte Interesse daran haben die Versicherungsangestellten. Der DVL hat als Berufsgewerkschaft dieser Angestellten bereits die notwendigen Schritte eingeleitet. Im Vordergrund einer gesetzgeberischen Reform muß in erster Linie die Garantie für die Versicherer stehen. Schließlich muß die Forderung verwirklicht werden, daß bei Fusionen und ähnlichen Vorgängen die Existenz der Versicherungsangestellten ausreichend gesichert wird. Daneben ist zu fordern, daß die Rückversicherung und andere noch unbeaufsichtigte Versicherungszweige unter die Reichsaufsicht gestellt werden. Das Betreiben versicherungsfremder Geschäfte muß den Gesellschaften verboten sein.

Auch auf klare und einwandfreie Versicherungsbedingungen und -tarife ist hinzuwirken. Der Versicherungsbeitrag im Reichsaufsichtsausschuß muß so zusammengesetzt werden, daß die Versicherten und Angestellten zur Geltung kommen. Eine ständige Revisionsstelle im Reichsaufsichtsausschuß, die die Aufgaben nach § 65 WVG. laufend übernimmt, muß geschaffen werden.

In einer Denkschrift werden die freien Gewerkschaften zu dem gesamten Fragenkomplex demnächst öffentlich Stellung nehmen. Die Aktion gilt den Interessen der Millionen der Versicherten. Die Versicherungsangestellten haben die Pflicht, sich geschlossen zu den Forderungen zu bekennen.

Der Vortag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die den gewerkschaftlichen Forderungen zustimmt.

### Gewerkschaften und kommunistische Partei. Die Klust vertieft sich.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker hatte zu Dienstagabend nach dem „Deutschen Hof“ eine allgemeine Mitgliederversammlung einberufen, in der der Bürgermeister, Genosse Reimann, zunächst ein Referat über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen hielt. Genosse Reimann forderte zum Schluß seines Referats die Mitglieder dieser Organisation auf, am 17. November der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimmen zu geben. Der einzige Kommunist, der in der Diskussion für seine Partei Propaganda machte, fand in der Versammlung kein Echo. Mit erdrückender Mehrheit stimmte die Versammlung den Ausführungen Reimanns zu.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit der angeblichen „Vermittlung von Streikbrechern“ durch den Angestellten der Organisation, Genossen Sabina. Die kommunistische Presse hatte mehrmals die Behauptung aufgestellt, daß Genosse Sabina keine Stellung als Verbandsangestellter mehr braucht und für die Baugenossenschaft „Ideal“ in Brügge Arbeitsträfte als Rohrlagerhelfer vermittelt habe.

Sabina ist Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser Baugenossenschaft. Als die Riederkirchner-Bereinigung dazu überging, auch diesen durch Arbeitergroßen aufgebauten Betrieb in ihren wilden Streik einzubeziehen, setzte sich Sabina im Auftrag des Aufsichtsrats der Baugenossenschaft „Ideal“ mit dem Metallarbeiterverband, dem Baugewerksbund und der Hamag in Verbindung, damit diese freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter zur Fortführung der stillgelegten Rohrlagerarbeiten entsenden sollten. Die Baugenossenschaft „Ideal“ mußte auf die Weiterführung der Rohrlagerarbeiten dringen, weil sie gegenüber ihren Mitgliedern die Verpflichtung eingegangen war, die Wohnungen bis zum 1. bzw. 15. Dezember fertigzustellen. Da die für die Neubauwohnungen vorgemerkten Genossenschaftsmitglieder ihre Wohnungen bereits zu diesem Termin getündigt hatten, mußte die Baugenossenschaft sich darum bemühen, mit Hilfe der freien Gewerkschaften die begonnenen Rohrlagerarbeiten beenden zu lassen. Die Versammlung zeigte auch für das Verhalten des Genossen Sabina das vollste Verständnis.

Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit erklärte der Vorsitzende, Genosse Hoffmann, daß sich jedes Verbandsmitglied, das für den kommunistischen Reichskongress der sogenannten Gewerkschaftsopposition in irgendeiner Weise Propaganda macht oder sich etwa zu diesem Kongress delegieren läßt, automatisch außerhalb der Organisation stellt. Diese Erklärung wurde von der überwältigenden Mehrheit der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt.

### Arbeitszwang in den Saargruben. Bei Verweigerung Unterfügungsentzug.

Saarbrücken, 17. Oktober.

Die Direktion des Innern der Regierungskommission hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt:

Die Regierungskommission hat beschlossen, daß diejenigen arbeitslosen saarländischen Bergarbeiter des Grenzbezirks, die die ihnen angebotene Arbeitsgelegenheit in den französischen Gruben verweigern, der Arbeitslosenunterfügung verlustig gehen.

### Berliner Gewerkschaftsschule.

Heute, Freitag, beginnen folgende Kurse im Reichs-Gewerkschafts-Haus, 20. 1. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschafts-Funktionär vom Betrieb und von der Wirtschaft wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: 19 Uhr. — 2. II. Nationalökonomisches Seminar. Volkswirtschaftliche Vorlesungen und Übungen, insbesondere über das Lohnproblem. Leitung: Dr. Paul Rost. Beginn: 19 Uhr. — 3. In den Räumen der Gewerkschaftsschule. Gewerkschaftslehre, Angelufer 24-26. Gew. 10. Praktische arbeitsrechtliche Übungen für Fortgeschrittene. Lehrer: Ministerialrat Joachim. Beginn 19 Uhr.

### Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Freitag, 19.4. Uhr, tagen die Gruppen: Nord-Westberliner: Beginn des Kurses „Sozialpsychologie“ im Konferenzsaal des Schloß-Steindurger Str. 2 (Rote Schule). — Charlottenburger: Jugendheim Grotte, 30. Karl-Liebknecht-Str. — Appellplatz: Jugendheim des Bezirksamts Wedding, Turiner Gde. Seestraße (Alte Turiner Straße). — Berliner Grotte und Wedding. — Hermannplatz: Jugendheim Grotte, 11. Gde. Dönhofsstraße. Vortrag: „Das Verhältnis der Jugend zu den Gewerkschaften“. — Eichen, Südwest: Gruppenheim Wasserwerk, 9. u. 10. Victoria: „Woher man spricht“. — Baumgartenweg: Jugendheim Baumgartenweg, Grotte, 14. Unterhaltungsabend. — Wedding: Jugendheim Grotte, Turiner Straße. Musikalische Konzerte. — Köpenick: Jugendheim Sonnenburger Straße 30. Holmann unternimmt mit uns Streikzüge durch die Dialektliteratur der deutschen Sprache.

### Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, findet folgende Veranstaltung statt: Südwest: Saugbahn, Fochstr. 11. (Raum 5, 2. Hof, Durchgänge 1. Treppen). Referend: „Romans Holland und seine Werke“.

### Musikaufträge

überlegt man aus dem Musikreis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Romanbanteur, 63.64. Telefon 3277-78. Besichtigung 9-5. Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Bestenverzeichnis.



Ein  
besonderes  
Angebot!

## 3 Spezialserien

unübertroffen in Stoff,  
Form, Auswahl und Preis

Nr. 111  
Ulster aus vorzüglichem, reinwollenem Cheviot, moderne graublau Farben, Überkaro

M. 98.-

Nr. 222  
Moderner Ulster aus feinem weichen Velours, reine Wolle, hochmod. blaumelierte Farböne

M. 125.-

Nr. 333  
Hocheleganter Ulster dunkelmarrone, aus allerbestem, reinwollenem Velours

M. 145.-

Vorrätig in mehr als 40 verschiedenen Größen / Ausgestellt in Fenster 24/25

# PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN, GERTRAUDENSTRASSE 25-27

## Lu Shiin: Der Kuli stirbt

Wie heissen im folgenden das Schicksal aus der in China sehr bekannten Novelle. Die wahre Geschichte vom Kuli Ah-D. Es handelt sich um die Verfassung eines Menschen aus der verachteten sozialen Klasse. Die Erzählung verleiht auf alle mörderischen Umstellungen, die hier in so charakteristisch für die epischen Literaturerzeugnisse der Chinesen waren, und wird so zur e r k l ä r t e n bemerkenswerten Schöpfung der neuen literarischen Bewegung in China.

Nachdem die Familie Tschau beraubt worden war, erfüllte Freude und Furcht die Bauern von Wei-quang. Der Kuli Ah-D erlebte die gleiche Freude und die gleiche Furcht.

Aber vier Tage später wurde er plötzlich mitten in der Nacht verhaftet und mit Gewalt in die Bezirksstadt gebracht. In der Finsternis machten sich leise eine Kompanie Soldaten, ein Trupp der neu geschaffenen Bürgerwehr, eine Abteilung Polizei und fünf Spione auf den Weg nach Wei-quang, und im Schutze der Dunkelheit umstellten sie den zerfallenen Lukutempel, in dem der Kuli hauste. Sie richteten ein Maschinengewehr unmittelbar dem Tore gegenüber auf. Sie warteten und lauerten; aber Ah-D rannte nicht heraus. Als nach langer Zeit sich noch immer nichts rührte, wurde der leitende Offizier höchst aufgeregt. Er versprach eine Belohnung von 20000 Käs für den, der als erster die Behauptung des Kulis betrete. Nun erst wagten zwei Leute der örtlichen Miliz den anscheinend gefährlichen Weg und kletterten kaum hörbar über die Mauer. Sie öffneten die Tür, und die bewaffnete Rote strömte ein. Sie rissen den Kuli vom Lager und unterfuchten ihn. Dieses oder taten sie erst, als sie ihn aus dem Tempel herausgeschleppt und in die Nähe des lauernden-stummten Maschinengewehres gebracht hatten. Der Kuli wurde allmählich wach.

Als sie in der Stadt ankamen, war es bereits Mittag geworden. Ah-D sah sich in ein verwahrlohtes Amtsgebäude hineingezogen, und nachdem er an fünf oder sechs Gangen vorbeigekommen war, stieß man ihn in einen schmalen Kalm. Er war kaum hineingeklopert, als auch schon die Türe, die aus stämmigen Säulen bestand, sich hinter seinen Fersen schloß. Die Wände waren fensterlos feste Mauern.

Als er genau hinsah, bemerkte er zwei Männer in einer Ecke des Raumes. Obgleich Ah-Ds Herz ein wenig schwer war, fühlte er sich doch nicht übermäßig niedergeschlagen; denn er bemerkte bald, daß sein eigener Schlafraum im Lukutempel nicht so groß wie diese Zelle war. Die zwei anderen, die in den Ecken lauerten, schienen arme Bauern zu sein, mit denen er zu plaudern begann. Der eine erzählte ihm, daß der ehrenwerte Herr Tschü als Vorsteher seines Heimatdorfes bestimmt worden sei, den Nachts hin einzuziehen. Da sein Großvater aber nicht zahlen könne, so läge er hier gefangen. Dann sprach der andere; aber er wußte nicht so recht, weshalb man ihn eigentlich verhaftet hatte.

Dann fragten sie Ah-D. Er antwortete sofort: „Ich habe immer gewünscht, ein Revolutionär zu sein. Das wird wohl der Grund sein!“ Der Kuli sagte dies ruhig und fast heiter.

Am späten Nachmittag wurde er aus der vergitterten Zelle herausgeholt und in die große Halle gebracht. Ganz oben sah ein glatt geschorener Kreis. Ah-D hielt ihn zuerst für einen Mähd. Aber als er eine Reihe Soldaten etwas unter ihm aufgestellt sah, dann mehrere Reihen von Männern, die alle lange Röcke trugen — es waren wohl Volksbeauftragte und Richter —, die zu beiden Seiten standen und die alle genau so sauber rasiert waren wie der alte Mann da oben, dann andere, die nur fußlanges Haar lose bis an die Schultern trugen, die alle sehr feindselige Gesichter machten und ihn mit bösen Blicken ansahen: da wurde es ihm klar, daß der Alte da oben jemand von großer Bedeutung sein müsse. Unwillkürlich lösten sich in tiefer Ehrfurcht seine Muskeln und er sank in die Knie.

„Steh auf, Kuli, und rede! Was kniest du da!“ schrien die Leute mit den langen Röcken.

Obgleich Ah-D die Worte zu verstehen schien, spürte er dennoch, daß es unmöglich sei aufzustehen. Sein Körper beugte sich noch tiefer. Er war ein armseliger Kuli. Wer mochte aber dieser hohe Herr da oben sein! „Skandenschele!“ spotteten die Männer in den langen Kleidern, aber sie besahen ihn nicht aufzustehen.

Der konsternierte alte Mann schaute unermüdet in Ah-Ds Gesicht. Dann sagte er ruhig und mit klarer Stimme: „Wenn du die Folter ersporen willst, so bekenne die Wahrheit! Ich weiß ja längst schon alle Einzelheiten deines Falles. Sprich, und du bist frei!“

„Die Wahrheit!“ schrien die Männer mit den langen Röcken.

„Ich hatte den Wunsch . . . mich zu verbinden . . . zu kommen,“ murmelte Ah-D unverständlich und in großer Verwirrung. Er arbeitete unter einer Last schwerer Gedanken.

„Ja — und warum kamst du nicht?“ fragte der alte Mann freundlich.

„Man wollte mich nicht lassen . . .“

„Geschwäh! Wenn du nicht gleich die Wahrheit sagst, wird es für immer zu spät sein. Sprich, wo sind deine Komplizen jetzt?“

„Was?“

„Die anderen Burschen, die die Familie Tschau in jener Nacht ausgeraubt haben!“

„Sie haben mich nicht gerufen, sie haben alles selber weggeschleppt.“ prubelte es heraus. Ah-D schien fast ein wenig ärgerlich zu sein.

„Wo gingen sie hin? Sag es und wir werden dich freigeben!“ redete der alte Mann freundlich auf den Kuli ein.

„Ich weiß es nicht — sie kamen mich nicht rufen . . .“

In diesem Augenblick machte der Alte ein Zeichen mit den Augen, und Ah-D wurde hinter das Gitter seiner Zelle gebracht.

Am Morgen des nächsten Tages wurde er zum zweiten Male aus der Haft vorgeführt. In der Halle war alles wie gestern: etwas über ihm sah der Kreis mit dem glattgeschorenen Kopf. Ah-D kniete von neuem nieder.

Der alte Mann fragte ihn freundlich: „Hast du heute irgend etwas zu sagen?“

Ah-D dachte gehorjam und angestrengt nach. Da er nichts fand, was er sagen sollte, antwortete er offen: „Nichts!“

Da brachte einer der Männer im langen Rod ein Blatt Papier und einen Schreibpinzel, den er vor Ah-D legte. Er verlangte barsch, daß der Kuli den Pinzel in die Hand nehme. In diesem Augenblick erschraf Ah-D sehr. Sein kleiner Geist begann auseinander zu fliehen; denn es war das erstemal in seinem Leben, daß seine Hand in Berührung mit dem Schreibpinzel kam. Er wußte

nicht, wie er ihn halten sollte. Der Mann neben ihm sah dies alles nicht; er deutete auf eine bestimmte Stelle auf dem Papier, auf die der Kuli seinen Namen zeichnen sollte.

„Ich . . . ich . . . kann nicht schreiben,“ flüsterte Ah-D erschrocken und beschämt, als er ungelent den Pinzel in den Händen drehte.

„Um so besser für dich! Dann brauchst du nur einen Kreis zu malen.“

Ah-D war im Begriff, einen Kreis zu ziehen; aber die Hand, die den Pinzel hielt, zitterte. Da breitete der Mann das Papier vor ihm auf die Erde aus. Ah-D beugte sich tief, und mit aller Kraft versuchte er einen Kreis zu malen, in großer Furcht, daß die anderen ihn auslachen würden. Er war fest entschlossen, den Kreis rund zu ziehen; aber dieser tückische Pinzel erwies sich nicht nur schwer, sondern auch ungehorjam und zitterig. Wie er den Kreis

schließen wollte, rutschte der verdammte Pinzel nach außen, so daß das erhoffte Rundzeichen die Form einer Melone bekam.

Während Ah-D große Scham über seine Ungelehrsamkeit verspürte, schien der Mann nicht die geringste Notiz von seiner Verlegenheit zu nehmen, sondern brachte nur Pinzel und Papier hinweg. Dann führte man ihn wieder in die vergitterte Zelle zurück.

Als er den schmalen Raum zum dritten Male betrat, fühlte er sich nicht sonderlich niedergedrückt. Denn er glaubte, daß die Menschen, die zwischen Erde und Himmel geboren worden sind, es als ein ihnen zugeteiltes Schicksal erdulden müßten, arretiert und in die Zelle und aus der Zelle geführt zu werden, außerdem dann und wann auf ein Stück Papier zu malen. Dieses Wissen um das unverständliche Schicksal des niedrig geborenen Menschen beruhigte ihn. Aber trotzdem war es ihm peinlich, daß der Kreis ihm nicht gelungen war. Wer weiß, die feinen Leute da draußen würden das vielleicht als einen Mangel in seinem Charakter ansehen! — Aber nach kurzer Zeit schon fühlte er sich beruhigt; er dachte: „Meine Söhne und Sohneskinder werden es besser können als ich, sie werden schreiben und schöne Kreise ziehen können.“

Er schlief ein.

(Schluß folgt.)

## Duck: Gurken — nichts als Gurken

War man da irgendwo ganz oben auf den an und für sich löblichen Gedanken gekommen, daß die Befragungen der Ostfront an den ruhigeren Stellen zur Erleichterung der Ernährungslage Deutschlands durch stetigen Gemüsebau hinter den Stellungen beitragen könnten. Also wurden uns im Winter 18/17 Sämereien für das Frühjahr angeliefert. Einige Bauern behaupteten zwar, Ferkel zur Aufzucht wären eine seltene Angelegenheit, aber die große Reifezeit träumte doch von Kohlrabi, Röhren, Rettich, Spinat und ähnlichen friedlichen Dingen.

Wir — die Sumpfbatterie — brachten die 300 Quadratmeter festen Bodens, die sich links hinter der Batterie als schwache Bodenwelle (und Flantendeckung für uns) erstreckten, rechtzeitig in Ordnung. Unser Wachtmeister, dem wir verschiedentlich von unseren Frischjungen in den Pinaarman abgegeben hatten, stellte sogar ein Bespann zum nächsten Misthofen aus einem zerfallenen Gutshof in der Nähe zur Verfügung; ein Biize, der Dorfschullehrer war, brachte die Geschichte auf ein höheres Niveau mit einem großartig blau und rot gezeichneten Anbauplan, auf dem Spinat, Röhren, Kartoffeln und andere für alle Fälle schon auf dem Papier standen. Die Kullen setzten zwar einmal eine Fünfhundertgranate in den zukünftigen Gemüsegarten, aber wir hofften, daß sie bis zum Sommer diese Schuttrichtung wieder vergessen haben würden.

Es wurde März, es kam nichts. Der Dorfschullehrer murmelte und behauptete, Deutschland nicht retten zu können, wenn die Sämereien zu spät kämen. Eine Anfrage bei der Division sollte den April als Pflanzungsmonat ergeben haben, folglich kam auch im April nichts. Der Mai war ein schöner Monat und alle Knospen sprangen. Nur unser Gemüsegarten sproß infolge mangelnder Sämereien nicht. (Dafür setzte der Russe zwei Fünfhundert vor die Batterie, wobei er einem guten Kameraden ein Sprengstück in den Oberschenkel verließ. Immerhin atmete der Biize auf, die Richtung Gemüsegarten hatten die darüber, schien es, wirklich vergessen.)

Aber im Juni! Aber im Juni! Man war oben ordnungsliebend und großzügig wie immer gewesen. Der Samen kam. Fast ein ganzer Sandsack voll für die Batterie. Der Biize beschützte den mit der Feldküche gekommenen Sandsack von allen Seiten, machte ihn auf, ließ den Samen durch die Finger gleiten und schrie den Küchenbuben an: „Duffel, ihr habt ja alles durcheinander geschüttelt!“

Der wehrte sich gekränkt: in denselben Sandsack sei der Samen von der Intendantur hineingeschüttelt worden. Und er hatte recht, der Samen war wirklich nicht durcheinandergeworfen worden. Es war nämlich nur eine Sorte! Die hervorragend geniale Intendantur hatte die Verteilungsfrage sabelhaft gelöst: jede Truppenformation hatte eine Sorte Samen bekommen. Die Landsturmbrigade hatte Mohrrüben erhalten, die Kavalleriegeschützendivision

schließlich von uns Salat, unsere Division — wie ein Divisionsbefehl zwei Tage später stolz verkündete: Gurken! Den Anbauplan des Biesebedwels schnitten wir in schöne rechteckige Stücke, packten ihn in ein Kuvert und adressierten ihn „Offizierskantine der Armees-intendantur“. Hoffentlich ist er angekommen.

Aber schließlich sind Gurken besser als gar nichts, und auf Guts-hoffnung wachen sie in tropischer Hülle. Im August also gab es Gurken. Gurken bei der Infanterie, Gurken bei der Division. Der Preis für Gurken sank in Pünkt rapide. Halten die Juden Anfang August noch ein halb Pfund Zucker oder 10 Zigaretten für ein Dugend Gurken gegeben, so gaben sie Mitte August höchstens einen erbärmlichen Schnaps dafür. Nur die Intendantur hielt Preis. Sie kam nämlich mit einer Einschränkung der Rationen „auf Grund der selbstgebauten Lebensmittel der Truppenteile“. Wir studierten und aßen Gurken. Niemand hätte den Gurken eine derartige Viel-seitigkeit zugestanden. Gurkensalat (natürlich ohne Del und Zucker) kennt jeder Mensch. Gurkenscheiben als Butterstark sind schon eine zweifelhaftere Delikatesse, wenn man kein Kostgänger ist. Wer in eigenem Saft geschmorte Gurken, Gurkenscheiben in schwarzem Kaffee als Bratkartoffeln gebraten, Gurkenmayonnaise mit landes-fremder Milch eingerührt, Gurken als Fleischersatz mit Dörrgemüse zusammengekocht, Gurken als Kartoffelersatz mit gefochten Hand-granatenfischen, Gurken früh, Gurken mitags und Gurken abends bringen schließlich Erscheinungen in menschlichen Gedärmen hervor, über die man öffentlich lieber nicht redet.

Schließlich kam ein unwirker Erlaß vom Armeoberarzt gegen übermäßigen Gurkengenuß und am selben Tage eine Ankündigung der Abteilung über eine einmalige Extrabekleidung in dicken Sand-säcken. Es fühlte sich an wie harte Schlackwurk. Nur die Menge machte mißtrauisch, und die harten langen Schlackwürste waren grün. Sie waren aus eigenem Mist gewachsen — nämlich Gur-ken! Man schickte uns die Gurken, die wir mit Freunden als über-zählig nach hinten abgeliefert hatten, großmütig als „Extrabekleidung zur Verpflegung“ zurück. Der Küchenbube erlebte etwas, was ein Kriegsgericht zweifellos als Reuterei bezeichnet hätte, trotzdem Batterieoffizier und Unteroffiziere am weitesten mitlitten.

Kanonierte sind friedliche Leute und praktische Leute. wir legten zu sauren Gurken ein, was nicht beim Bombardement in Rus zer-spritzt war. Da gab es irgendwo auf einem ehemaligen Bauern-feld, Essigessenz in der Kantine und Wasser im Sumpf. Wir stopf-ten die Munitionsunterstände mit Tonnen, Kartuschschüssen und Koh-lstöpfen voll Gurken voll. In zwei, drei Monaten, sagten die Küchen-fundigsten, würden wir in sauren Gurken schwelgen. Bis dahin hielten die grünen vor. . . Und sauer ist immerhin etwas anderes.

Nach vier Wochen kamen wir, als einzige feindlichfähige Ar-tillerieabteilung, nach dem Westen.

Da gab's keine Gurken mehr. Da gab es nur noch Saures.

## Besuch der Igel

Vom Frühling bis zum Herbst wohnte ich in einer alten Wassermühle, die seit Jahrzehnten leer gestanden hatte. Es war ganz einsam dort; die neue Mühle lag ein paar hundert Meter weit entfernt und die einzigen Besuche, die ich bekam wurden mir von Eichlägen abgestattet und von den Hunden der Nachbarschaft, die Kilometerweit herkamen und abends Serenaden vor meinen Fenstern veranstalteten, viellecht, weil sie manchmal, aber doch höchst selten, einen Knochen bekamen, oder weil sie mich liebten. Woher soll ich wissen, warum die Hunde kamen?

Der Kuckuck schrie die ganze Nacht, Käuzchen zeigten sich redselig, und es gab keine Automobile, die einen Misthaufen in die Natur-sinfonie bringen können. Überall waren tiefe Sandwege, und die Stinktütchen waren unrettbar stecken gelassen, um nach hundert-tausend Jahren als Zeugen einer untergegangenen Kultur von neu-gierigen Geschritten ausgegraben zu werden.

Wenn es dunkel wurde, war jedes Geräusch doppelt laut zu hören. Ich stand am Bach und sah nach den fernem Wäldern, über denen die letzte Glut der Sonne stand. Da raschelte es im Ufer-gebüsch, stark und anhaltend. Ich ahnte schon, wer's war — Taschen-lampe heraus und angeknipst! — und als ich hervorprang und unter einen Strauch leuchtete, hockte dort richtig die Igelmama, umgeben von sechs hellen, weichschaligen Pfannkuchen, der werten Familie.

Zum Igelgessen braucht man nur ein Taschentuch und einen Steden. Das Taschentuch breitet man auf der Erde aus, und mit dem Steden rollt man das zusammengeknäulte Stachelpaket aufs Tuch, nimmt die vier Stipfel zusammen und geht heim. Die sechs Junioren steck ich mit der Hand zur Mama ins Gefängnis.

Es stellte sich heraus, daß die jungen Herrschaften bereits aus dem Säuglingsalter waren, und ich hatte schwere Nahrung Sorgen wegen meines Familienzuwuchses. Milch allein genügt nicht, und auf Speck legten die Herrschaften keinen Wert. Schabestisch war nicht zu haben; der Wegger schlachtete im Sommer nur einmal in der Woche und wohnt fünfzigstündig Stunden weit entfernt.

Die Eichläge half mir aus dem Dilemma. Als sie am nächsten Morgen wieder ihren ungemessenen Darm vollführte, langte ich sie

mit dem Baum herunter. Ihr folgten noch verschiedene Krigenossen. Es ergab sich, daß die jungen Igel fast ausschließlich die Beber trafen.

Die Familie lebte in einer hochwandigen Kiste. Die Kleinen waren noch nicht groß genug, um die Kistenwände übersteigen zu können, und die Mama, für die die Kletterpartie eine Kleinigkeit gewesen wäre, ließ ihre Babys nicht im Siche. Aber sie war und blieb schüchtern und ließ sich nie anfasseln, ohne sofort die Dolche zu zücken. Sie hatte Angst und Kummer, und wenn es auch bei einem Igel nicht einfach ist, nach dem bloßen Augenschein festzustellen, daß er sich nicht wohl fühlt, hier konnte kein Zweifel bestehen. Es gab keinen Weg der Freundschaft.

So nahm ich eines Abends die ganze Familie und setzte sie dorthin, wo ich sie gefangen hatte. Erst blieb es ganz still. Dann raschelte es, und als ich nachleuchtete, war schon nichts mehr zu sehen. Nicht einmal „Danke!“ haben sie gesagt, die Unantbaren.

Kürzer war das Gossippiel, das ein alter Igelvater mit gab, den ich im Chaußeegraben fing. Er war gar nicht schüchtern, und als ich ihn auf den Tisch in der Laube setzte, ließ er darauf herum-schnupperte mit seiner Schweineschnauze am Kompenszylinder und war schließlich umgehoben, als er sich daran verbrannte. Er ließ sich streicheln, ohne sich zusammenzurollen (man kann mit der nötigen Vorsicht einen Igel wirklich streicheln), und bei dieser Gelegenheit konnte ich feststellen, daß Igel mehr Flöhe als Stacheln haben. Glücklicherweise machten sich die Flöhe nichts aus mir und benahmen sich außerordentlich zurückhaltend.

In der Nacht nahm ich den Igelvater mit in mein Schlafzimmer, aber nach zwei schlaflosen Stunden erledigte ich ihn auf den Flur hinaus. Igel haben in einer nämlich stillen Stube die Angewohnheit, herumzutrampelein wie eine Horde barfüßiger Jungen.

Am nächsten Morgen war der Vater verschwunden, obwohl die Türen fest verschlossen gewesen waren. In einem Winkel fand ich des Vaters Wohnung: er hatte einen offenbar laßen Siegel aus der Lünen Hauswand in den Bach gestoßen, der zwei Meter tiefer vorbeifloß, und war dann dem Siegel gefolgt und übers Wasser ge-schwommen. Am anderen Ufer sah ich im Schlamm deutlich seine Fährte.

C. B.

# Sonntag 11<sup>30</sup>

TELEFUNKEN-MATINEE IM GR. SCHAUSPIELHAUS

Matinee am 20. Oktober:

**Celestino Sarobe und Gitta Alpar**

Italienische Lieder und Arien - Am Flügel: Arpad Sandor

Vorverkauf: Bots & Bock, Wertheim und Großes Schauspielhaus

KARTEN 0,50 - 1,50 RM.



Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 18. 10. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 224 19<sup>15</sup> Uhr Die Zauberflöte

Freitag, 18. 10. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus IV 20 Uhr Tiefland

Staats-Oper Am Pl. d. Republik. Vorst. 67 20 Uhr Cardillac

Staatl. Schauspiel am Gendarmenmarkt A.-V. 198 20 Uhr Zum 25. Male Hans im Schnakenloch

Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr Der Kaufmann von Venedig

SCALA Tägl. 7 Vorstell. 5 und 8<sup>15</sup> Uhr Barbara 8256

PLAZA Tägl. 5 u. 8<sup>15</sup> Sonnt. 2, 3 u. 8<sup>15</sup> Alex. E. 4. 8066

Winter Garten Tägl. 8 Uhr 8 Uhr - Tanz. 2019 - Rauchen erlaubt

GROSSES SCHAUSPIELHAUS Tägl. 8 Uhr

3 Musketiere Regie: ERIK CHARELL

3 Uhr Sonntag nachm. ungekürzt halbe Preise.

Der Lebende Springbrunnen Mortado die Sensation des Tages

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr Frühlings Erwachen

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr Der Kaufmann von Venedig

Staatsoper Am Pl. d. Republik 8 Uhr Cardillac

Theater am Wollendorfsplatz Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Militärmusik

Deutsches Theater D.1. Norden 12 310 8 Uhr Die Fledermaus

Letzte Vorstellungen! Die Fledermaus

Kammerspiele D.1. Norden 12 310 8<sup>15</sup> Uhr Der Unwiderstehliche

Die Komödie J1 Bismck.2414/7316 8<sup>15</sup> Uhr Kolportage

Theat. d. Westens Tägl. 8<sup>15</sup> Uhr Maricetta

Friderike

Deutsches Künstler-Theat Barbarossa 3937 8<sup>15</sup> Uhr Die andere Seite

Berliner Theater Dönhoffstr. 70 8<sup>15</sup> U. Zwei Krawatten

Metropol-Th. Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Lehär dirigiert

Das Land des Lächels Vera Schwarz, Richard Tauber

Lustspielhaus Friedrichstr. 236 Bergmann 2922 Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Grand Hotel

Planetarium am Zoo

16<sup>15</sup> Uhr Herbst-abende am Sternenhimmel

18<sup>15</sup> Uhr Bis an die Grenzen der Welt

20<sup>15</sup> Uhr Röntgen des Sternlichtes

Kleines Theat. Merkur 1624 Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Max Adalbert

Barowsky-Bühnen Theater in der Königsgrüzer Straße Heute 7<sup>15</sup> Uhr Premiere Die erste Mrs. Selby

Komödienhaus Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Scribbys Suppen sind die besten

Trianon-Th. Merkur 2291 Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Das kommi doch alle Tage vor

Aschenbrödel Sonntag 5 Uhr Johannisseuer

Lessing-Theater Norden 10846 Gruppe junger Schauspieler Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Cyankali

Elite-Sänger Der doppelte Atwin - Ein Weib-ord d. Lach.

Metropol-Th. Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Lehär dirigiert

Das Land des Lächels Vera Schwarz, Richard Tauber

Lustspielhaus Friedrichstr. 236 Bergmann 2922 Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Grand Hotel

Planetarium am Zoo

16<sup>15</sup> Uhr Herbst-abende am Sternenhimmel

18<sup>15</sup> Uhr Bis an die Grenzen der Welt

20<sup>15</sup> Uhr Röntgen des Sternlichtes

Renaissance - Theater 8<sup>15</sup> STEMPELBRÜDER

Krankheit der Jugend

ROSE - THEATER Gr. Frankfurter Straße 132

Die leichte Jsabell

Das tapiere Schneiderlein

Schneewittchen.

CASINO-THEATER Lehniger Straße 57.

Neu! Täglich 8<sup>15</sup> Uhr Neu! Vertagte Hochzeitsnacht!

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 3

Bei der Stettiner

Verkäufe

Abends 8 Sonntag nachm. 3

Bei der Stettiner

Verkäufe

Abends 8 Sonntag nachm. 3

Bei der Stettiner

Verkäufe

Abends 8 Sonntag nachm. 3

Bei der Stettiner

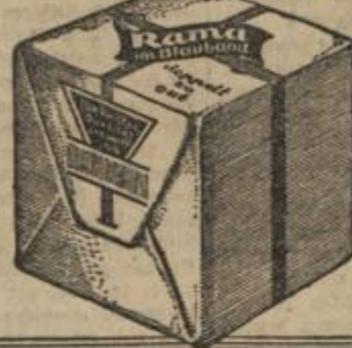
# In diesem Zeichen

liegt die Garantie für frische Qualität. Nur Rama im Blauband bietet Ihnen diese Sicherheit durch das Garantie-Datum auf jeder Packung: für guten Einkauf die beste Gewähr.

FÜR FRISCHE QUALITÄT GARANTIERT BIS:

MARGARINE

# Rama im Blauband



doppelt so gut

1/2 Pfd 50 Pfg

## Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Seidene Herrenanzüge, Spezialität...  
Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erhaltene Jacketts...

## Möbel

Möbelkoffer, merke Kredit...  
Schlafzimmer 45, Speisezimmer 245...

Reifend. Badstr. 34. Hausnummer...  
Reifend. Badstr. 34. Hausnummer...

# JM KARSTADT KELLER

Heute NEU!

Damenstrümpfe 95 Pf.

Washseide, m. gestickt. Zwick., 2. Wahl, Paar

Herrensocken 25 Pf.

Phantasie, 2. Wahl, Paar

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ, DER KARSTADT-BAHNHOF